



Donnerstag, 3. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

POLITIK

Owen nimmt Abstand von Palme-Plan

dpa, Stockholm
Zwei Mitglieder der Palme-Kommission für Sicherheit und Abrüstung haben sich gestern vom schwedischen Vorschlag zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa distanziert. Der frühere britische Außenminister David Owen erklärte in einem Interview der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter", daß der am 8. Dezember 1982 veröffentlichte Vorschlag nicht mit dem Bericht der Palme-Kommission übereinstimme. Owen soll neben dem früheren amerikanischen Außenminister Cyrus Vance einer der Urheber der Idee für ein kernwaffenfreies Mitteleuropa gewesen sein. Als eine völlig neuen Vorschlag und als eine drastische Veränderung bezeichnete der amerikanische Wissenschaftler Barry Blechman die schwedische Initiative. Zusammen mit Owen verwies er auf die von der Palme-Kommission herausgestellte Notwendigkeit einer Einigung über ein konventionelles Gleichgewicht zwischen Ost und West, ehe an die Errichtung der 300 Kilometer breiten kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa gedacht werden könne.

WIRTSCHAFT

Industrie: Spürbar mehr produziert

Mit Bonn
Die Industrieproduktion hat zu Jahresbeginn wieder spürbar zugenommen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Fertigung des produzierenden Gewerkes im Januar saisonbereinigt gegenüber Dezember um vier Prozent. Dabei nahm der Ausstoß im Investitionsgütersektor um sechs Prozent zu. Am stärksten fiel die Belegung mit plus 14,5 Prozent im Bauhauptgewerbe aus. Damit habe, so das Bundeswirtschaftsinstitut, die seit dem letzten Jahr zu beobachtende kontinuierliche - und zum Jahresende 1982 besonders ausgeprägte - Verbesserung der Nachfragesituation in der Bauwirtschaft erstmals statistisch in der Bautätigkeit ihren Niederschlag gefunden. Der Zwei-Monats-Vergleich (Dezember/Januar) gegenüber Oktober/November weist für das produzierende Gewerbe einen Anstieg der Fertigung um ein Prozent aus. Im Bau erreichte sich ein Zuwachs von drei Prozent. Das entsprechende Vorjahresniveau wurde an der Jahreswende 1982/83 jedoch noch um fünf Prozent unterschritten.

Im Februar erheblich weniger Arbeitslose als erwartet

Ab März Rückgang der Beschäftigungslosen-Zahl? / Mehr offene Stellen

MANFRED SCHELL, Bonn
Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosen-Zahlen in den vergangenen Monaten scheint jetzt gestoppt. Trotz der schlechten Wetterperiode im Februar hat sich die Arbeitslosen-Zahl um nur 48 000 erhöht. Dies ist erheblich weniger als nach den Erfahrungswerten aus den vergangenen Jahren von Experten angenommen worden war. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Februar somit 2,53 Millionen.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stügel, hat heute in Nürnberg detaillierte Erhebungen bekanntgegeben. Gestern wurde weiter bekannt, daß sich die Zunahme offener Stellen im Februar beschleunigt habe. Im Januar war die Zahl der offenen Stellen um 4020 auf insgesamt 61 828 angestiegen. Im Februar sind 7000 weitere freie Arbeitsplätze hinzugekommen.

Nach Meinung von Fachleuten ist mit diesen Februar-Zahlen die Winterspitze der Arbeitslosigkeit erreicht. Mit dem Nachlassen der saisonalen Belastungen ab März und der Besserung einer Reihe wichtiger Konjunkturdaten wird in Bonn mit einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten gerechnet. Diese Einschätzung wurde gestern durch die Erklärung des Bundesverbandes der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken gestützt, der betonte, der konjunkturelle Tiefpunkt sei inzwischen überwunden.

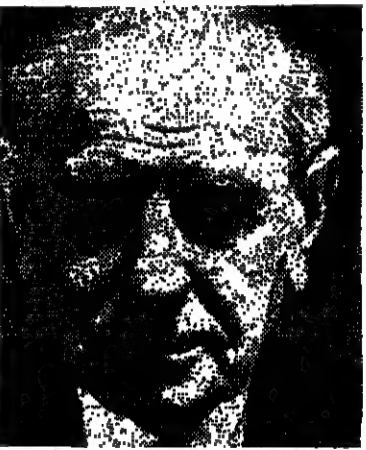
Die Banken sprechen in ihrem neuesten Konjunkturbericht von einer "neuen Stimmung" vor allem bei den mittelständischen Unternehmen. Ganz offensichtlich sei bei ihnen die weitverbreitete Resignation einer neuen optimistischen Einschätzung gewichen. Das verbesserte Klima führe die Institute zum einen auf die gesunkenen Zinsen und Importpreise, zum anderen auf die tendenziell verbesserte Ertragslage der Unternehmen zurück.

Konjunkturdaten signalisieren ebenfalls eine allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Situation. Von der Bundesregierung wird darauf verwiesen, daß die In-

landsbestellungen in der Industrie von September bis Dezember real um 18 Prozent angestiegen seien. Im Wohnungsbau hätten sich im gleichen Zeitraum die Aufträge um nicht weniger als 30 Prozent erhöht. Die Industrieproduktion habe im Januar erstmals wieder erkennbar zugenommen. Gegenüber Dezember saisonbereinigt um 4 Prozent. Zugleich wird von der Bundesregierung darauf verwiesen, daß die Anstiegssrate der Verbraucherpreise, die im Januar erstmals seit drei Jahren wieder unter der Marke von vier Prozent geblieben war, im Februar auf 3,7 Prozent zurückgegangen sei. Außerdem rechnet die Bundesregierung nach der Bundestagswahl mit einem weiteren Rückgang der Kreditzinsen.

Die im Februar erreichte Höchstmarke bei den Arbeitslosenzahlen ist offenkundig auch von der SPD so erwartet worden. Der wirtschaftspolitische Berater des SPD-Kanzlers, Prof. Dr. Hans-Joachim Lauth, war im Oktober 1982 vorgelegten Sachverständigenberichten. Schon damals war prognostiziert worden, die Arbeitslosenzahl könne auf 2,5 Millionen ansteigen.

ZITAT DES TAGES



Die anhaltenden Verfolgungen in Polen schädigen die internationalen Beziehungen und die Sache des Friedens in Europa.

Warnstreiks fortgesetzt

dpa/DW, Hamburg/Berlin
Die Beschäftigten der Metallindustrie haben ihre am Dienstag begonnene Warnstreiks gestern fortgesetzt. In Baden-Württemberg traten nach Angaben der IG Metall 7000 Metallarbeiter eine halbe Stunde lang in den Ausstand, um eine Erhöhung des 2,5-Prozent-Angebots der Arbeitgeber zu erzwingen. In Bayern streikten rund 5000 Metallarbeiter zwischen 15 Minuten und einer Stunde. In Berlin folgten 750 Beschäftigte dem Streikaufruf und versammelten sich zu einer Protestkundgebung.

Weniger Berlin-Reisen

dpa, Berlin
Die Zahl der Bahnreisenden von und nach Berlin ist nach einem Zuwachs in den vergangenen zehn Jahren 1982 um 514 000 (10,2 Prozent) zurückgegangen. Dies gab die Deutsche Bundesbahn gestern bekannt. Die rückläufige Tendenz setzte sich auch im Januar fort. Damit verzeichnen neben Flug- und Omnibusbahnverkehr auch die Bahn sinkende Reisenden-Zahlen. Im Berlin-Verkehr.

Belgien: Zuzugsstopp?

SAD, Brüssel
Eine Reihe von Maßnahmen zur Einschränkung des Zuzugs von Gastarbeitern stehen nach den Worten von Justizminister Jean Gol in Belgien bevor. Das Kabinett werde demnächst darüber entscheiden. In bestimmten Kommunen soll die Zulassung von Gastarbeitern begrenzt werden. Auch die Möglichkeiten für Familienzusammenführungen sollen eingeschränkt werden. Mit den Maßnahmen soll die 1974 beschlossene Politik des Einwanderungsstopps durchgesetzt werden.

Aktien sehr fest

od. Frankfurt
An der Aktienbörse hat sich gestern wieder Hausstimmung ausgebreitet. Die für die Koalition günstigen neuesten Wahlumfragen, die kräftige Auftragsbelegung im Maschinenbau, einer für die Konjunktur entscheidenden Branche, der Anstieg der Industrieproduktion im Januar, der Rückgang der Inflationsrate und die Hausse an der New Yorker Wall Street lockte in- und ausländische Käufer mit großen Aufträgen an den Aktienmarkt. Wo Spitzenwerte bei Bankaktien, Autos und Siemens bis zum Börsenschluß bis zu sieben Mark und Maschinenbauaktien bis zu 14 Mark gewannen. Renten zogen bis um 60 Pfennig an. WELT-Aktienindex 118,0 (117,1). Dollarmittelkurs 2,4280 (2,4406) Mark. Goldpreis je Feinunze 430,00 (414) Dollar.

WETTER

Heiter
Heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittags Temperaturen zwischen 5 und 9 Grad. Nachts meist wolkenlos und Abkühlung auf plus 1 bis minus 4 Grad, dabei streifenweise Reifglätte. Schwarzer Wind um Südost.

Wahl: Moskau nimmt massiv Einfluß

Anti-Stationierungs-Kampagne läßt keinen Zweifel, wen der Kreml als Sieger sehen will

dpa/DW, Moskau
Wenige Tage vor den Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland hat die Sowjetunion jede Zurückhaltung aufgegeben und versucht, massiv Einfluß auf die deutschen Wähler zu nehmen. Vorläufiger Höhepunkt der Medien-Kampagne sind drei sogenannte "Aufrufe" sowjetischer Arbeiter.

Die amtliche Nachrichtenagentur Tass hat die Aufrufe in den vergangenen Tagen verbreitet. Darin wird die Bevölkerung der Bundesrepublik aufgefordert, sich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zu wehren. Daß dies nur mit einer SPD-Regierung möglich sei, daran läßt Moskau keinen Zweifel.

Tass berichtete zuletzt am Dienstag über einen Aufruf von Bergarbeitern einer Zeche des Donetz-Kohlbeckens an Arbeiter in der Bundesrepublik. Darin heißt es unter anderem, die Sowjetunion habe nicht 20 Millionen Menschen im Kampf gegen Hitler-Deutschland geopfert, um erneut von deutschem Boden aus angegriffen zu werden. Das wird auf den Fall bezogen, daß in der Bundesrepublik neue amerikanische Mittelstreckenraketen aufgestellt würden. Dann würden nicht die deutschen Arbeiter, sondern Washington über den Einsatz der Raketen entscheiden.

"Washington macht auch zu Geiseln seiner abenteuerlichen Nuklearstrategie, zu einem Ziel eines erzwungenen Verzehrschlagens", hieß es weiter. "Wir solidarisieren uns mit den Fürsprechern des Friedens in der Bundesrepublik, die die nationalen Interessen und die Sicherheit ihres Landes hochhalten."

Wenige Tage zuvor hatte Tass über ähnliche Aufrufe aus Leningrad und Minsk berichtet. In allen drei Fällen handelte es sich um auf einzelne Betriebe beschränkte Veranstaltungen, die von der Partei organisiert worden waren. Die vorbereiteten Aufrufe gleichen Wort für Wort den offiziellen Verlautbarungen. Ausländischen Korrespondenten bot die Moskauer Zentrale Direktfäden zu den Veranstaltungen an.

Die sowjetischen Medien, die jetzt täglich über den deutschen Wahlkampf berichten, lassen deutlich erkennen, daß Moskau die SPD unterstützt. Ein Fernseh-Korrespondent stellte in dieser Woche

die Lage in der Bundesrepublik Deutschland so dar, als entscheiden am 6. März ein oder zwei Prozent der Wählerstimmen über Krieg und Frieden. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass sendet täglich Berichte, in denen angebliche Interessensgegensätze zwischen den Absichten Washingtons und den Bedürfnissen der Völker Europas herausgestellt werden. Der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel wird als Gegner des NATO-Doppelbeschlusses vorgestellt, der alles daransetze, die Aufstellung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen zu verhindern. Dabei werden ausschließlich Äußerungen Vogels zitiert, in denen er die USA auffordert, bei den Verhandlungen in Genf weiterreichende Vorschläge zu machen. Alle Aufrufe Vogels an die sowjetische Seite, ihre neuesten Abrüstungsvorschläge weiter zu präzisieren, werden unterschlagen.

Die Unionsparteien werden als "Kriegstrommler", Bundeskanzler Kohl wird als unbearbeiteter Gefolgsmann Washingtons dargestellt. Die CDU-Politik sei von einem "Schatten des Kalten Krieges" überlagert, schrieb die Regierungszeitung "Iswestija".

KPI gegen US-Raketen

dpa, Mailand
Der Generalsekretär der KP Italiens, Berlinguer, hat bei der Eröffnung des 16. Parteitags der KPI von der italienischen Regierung die Rücknahme ihrer Entscheidung zur Aufstellung der NATO-Mittelstreckenraketen bei einem Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen gefordert. Er räumte zwar ein, daß es "möglicherweise" in Europa im Bereich der Mittelstreckenraketen ein Ungleichgewicht zugunsten der UdSSR gebe. Als "gefährlich" bezeichnete er allerdings die Auffassung, daß deshalb zunächst bei der NATO nachgerüstet werden müsse.

Geringere Steigerung

ir, Washington
Die Gouverneure von 30 amerikanischen Bundesstaaten haben sich für Einschränkungen in dem von Präsident Ronald Reagan geplanten Verteidigungshaushalt ausgesprochen. Auf einer Gouverneursversammlung in Washington haben zehn ihrer Amtskollegen und verbündeten eine Resolution, wonach die Verteidigungsausgaben bis 1988 im Jahr um fünf Prozent, und nicht wie Reagan vorsah, um zehn Prozent gesteigert werden sollen.

Knappes Rennen

dpa, Hamburg
Die CDU/CSU wird nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Hamburger "Sample"-Instituts im Auftrag der Illustrierten "Bunte" bei der Bundestagswahl 43 Prozent der Zweitstimmen erhalten, während die SPD mit 42 Prozent knapp dahinter liegt. Die FDP und die Grünen kommen in dieser Umfrage auf je sechs Prozent und würden damit in den Bundestag einziehen.

DER KOMMENTAR

Indizien

PETER GILLIES

Der erhsehnte Wirtschaftsaufschwung ist nicht durch Wahlplakate herbeizukleben. Konjunkturen gehorchen anderen Gesetzen, wenngleich sie nicht ohne politische Sensibilität sind. Auf die Frage, wann und in welcher Stärke die wirtschaftliche Belebung einsetzt, kann nur mit Indizien geantwortet werden. Die Politiker mögen sie je nach Standort etwas hoffnungsvoller oder etwas trüber deuten, aber eines ist unbestritten: Die Aussichten haben sich aufgehellt.

Wichtige Daten unserer Volkswirtschaft markieren das Ende der Stabilisierungskrise. Die Inflationsrate liegt bereits unter 4 Prozent, und die rutschenden Ölpreise stabilisieren die Preise weiter. Das zerbrochene Ölkartell muß wie ein Belebungsfördernd wirken - wachstumsfördernd und preisdämpfend.

Die Zinsen sinken, ebenso die Importpreise, die haussierenden Aktienkurse signalisieren Vertrauen. Die Produktionsziffern im Januar haben sich deutlich belebt. Die Bauwirtschaft befindet sich bereits in einem Aufschwung, andere Branchen, wie der Maschinenbau oder die Automobilindustrie, berichten Erstaunliches.

Die Arbeitslosenzahlen sind im Februar trotz des Wintereinbruchs nur um 48 000 auf 2,53 Millionen geklettert. Gewiß, zuviel wie stets, aber die Alarmmeldungen von der dritten Million erweisen sich als plump. Wollte man die 700 000 Erwerbslosen seit dem Regierungswechsel in Bonn Helmut Kohl anlasten, hielte man den Bürger für ziemlich naiv. Zwingend - aber nicht weniger töricht - wäre der Rückschluß, Kanzler Schmidt habe seinerseits 1,8 Millionen Arbeitslose produziert.

Der Arbeitsmarkt reagiert sehr spät auf konjunkturelle Wendungen. Selbst wenn sich Lage und Stimmung bessern, wird es noch viele Monate, ja Jahre dauern, bevor in der Bundesrepublik wieder Vollbeschäftigung herrscht. Ohne Gewerkschaften mit Augenmaß und ohne Unternehmer mit Mut zum Risiko ist es nicht zu gewinnen. Es gibt weder schmerzlose, noch patentierte Rezepte. Die Arbeitslosigkeit wird andauern, aber sie muß keineswegs schicksalhaft starr sein. Der Aufschwung wird sich einstellen, wenn alle ihn wollen und alle ihn bewirken.

Polens Kirche von Regierung zurechtgewiesen

AP/ir, Warschau
Polens Regierungssprecher Jerzy Urban hat, extremen Elementen "vorgeworfen, katholische Gottesdienste zu politischen Veranstaltungen umzufunktionieren, und den für Juni geplanten Besuch des Papstes stören zu wollen."

Urban meinte, es gebe "keine politische Kräfte auf der Welt", die an der Verhinderung des Papstbesuchs interessiert seien. In Polen wollten "einige extreme Elemente eine unpassende politische Atmosphäre um die Kirche schaffen."

Die Aufhebung des Kriegsrechts, das seit Jahresbeginn lediglich suspendiert ist, stehe noch nicht zur Debatte. "Die entsprechenden Bedingungen sind noch nicht eingetreten", sagte Urban. Es gebe in Polen zur Zeit "weniger als tausend politische Gefangene". Seit Januar seien 70 wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht inhaftierte Personen begnadigt worden.

Mit aller Härte, so Urban, will die Regierung gegen Korruption und Steuerhinterziehung vorgehen. 1982 seien 2000 der insgesamt 5800 Leiter halbprivater Tankstellen eines Vergehens für schuldig befunden worden, und 400 seien entlassen worden. Die Regierung werde ein neues Gesetz in die Tat umsetzen, wonach "Parasiten und Drückbecker" in Arbeitslager geschickt würden, wenn sie nicht binnen zwei Monaten eine Arbeitsstelle annähmen. Rund 130 000 Polen fallen in diese Kategorie, erklärte Urban.

Anna Walentynowicz, prominente Mitglied der verbottenen Gewerkschaft "Solidarność", soll ab 9. März wegen Verstößen gegen das Kriegsrecht vor ein Militärgericht gestellt werden.

Sowjets setzen Technologie schneller ein

AFF/DW, Washington
Die sowjetischen Streitkräfte setzen bereits westliche Technologien ein, mit denen die amerikanische Militär nicht ausgerüstet ist. Das versicherte der für internationale Sicherheitspolitik zuständige stellvertretende US-Verteidigungsminister Richard Perle vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses in Washington.

Perle erklärte, er hätte ein Beweismittel für seine Angaben mitbringen können, mit 363 Kilogramm sei es ihm aber zu schwer gewesen. Es handele sich um Militärmaterial, das mit im Westen hergestellten mikroelektronischen Komponenten ausgerüstet sei. Um welche Art von Rüstungsgegenstand es sich handle und wie er in den Besitz der Amerikaner gelangt war, wollte Perle nicht sagen. Er forderte die Ausschußmitglieder aber auf, sich das Rüstungsmaterial selbst anzusehen. Von den Sowjets werde es auf jeden Fall schon eingesetzt, von den USA aber noch nicht.

In den vergangenen 15 Jahren, so Perle, habe sich die UdSSR legal oder illegal Zugang zu westlicher Technologie verschafft, die zu einer erheblichen Verbesserung ihres Militärpotentials beigetragen habe. In gewissen Bereichen habe sie den technologischen Vorsprung des Westens von zehn auf zwei Jahre verringern können.

Die USA drängen seit geraumer Zeit auf eine Verschärfung der Beschränkungen für den Transfer moderner westlicher Technologie in den Osten, wie sie in der "Co-com-Liste" niedergelegt sind. Die Überarbeitung der "Co-com-Liste" wird voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

„konkret“-Dokumente aus Ost-Berlin?

NATO-Papiere aus Brüssel kamen mutmaßlich über Frau Lorenz in die „DDR“

MANFRED SCHELL, Bonn
Die Sicherheitsbehörden sind in ihren Analysen zu dem Ergebnis gekommen, daß die bei der Hamburger Zeitschrift "konkret" beschlagnahmten NATO-Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe "Cosmic" wahrscheinlich aus Ost-Berlin stammen. Die Bundesanwaltschaft hatte im Zuge einer Durchsuchungsaktion - gegen "konkret"-Chefredakteur Bissinger und Redakteur Saupe wird wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen ermittelt - insgesamt 11 Dokumente dieser Geheimhaltungsstufe sichergestellt.

Die Behörden kamen aufgrund ihrer Bewertung zu dem Schluß, daß die Dokumente in Ost-Berlin aus der englischen Sprache ins Deutsche übersetzt worden sind. Die Originaldokumente, so heißt es, habe die frühere "DDR"-Spionage im NATO-Hauptquartier in Brüssel, Frau Lorenz, geliefert, die im Vorzimmer eines britischen Generals tätig war und aus Angst vor einer Enttarnung die Flucht ergriffen hatte. Zu Propagandazwecken war sie danach im "DDR"-Fernsehen mit vorbereiteten Texten des Geheimdienstes aufgetreten.

Bei den bei "konkret" beschlagnahmten Unterlagen handelt es sich angeblich um Fotokopien der NATO-Dokumente, die zwar mehrere Jahre alt sind, aber in der Substanz nach wie vor geheimhaltungsbedürftig sind. Ungeklärt ist bislang, auf welchem Wege sie zu den Sicherheitsbehörden gelangt sind. Bei den Sicherheitsbehörden gibt es

die Vermutung, daß die Ablichtungen in zurückliegenden Jahren dem "stern" aus durchsichtigen Gründen zugänglich gemacht worden sind, als Bissinger noch bei dem Blatt gewesen ist. Bissinger habe sie dann bei seiner Trennung vom "stern" möglicherweise mitgenommen. Eine andere Version lautet, die "DDR" habe sie erst später, als Bissinger nach seiner Tätigkeit bei dem Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) ausgeschieden und die "konkret"-Chefredaktion übernommen habe, dem Blatt zugeleitet, um einen Teil der innenpolitischen Szene zu beeinflussen. Dies sei ihr um so leichter gefallen, nachdem das Material nach der nachrichtendienstlichen Auswertung für sie "wertlos" gewesen sei.

Heute in der WELT

| | |
|--|---|
| Meinungen: Gibt es ein Rezept für ärztliche Abrechnungen? S. 2 | Brief an Thüringer Kirche bleibt unstritten S. 8 |
| Egon Franke - „Wo man mich hinstellt, arbeite ich“ S. 3 | Wirtschaft: Investitionsklima im Inland hat sich wieder belebt S. 9 |
| WELT-Gespräch mit dem Kieler Ministerpräsidenten Barschel S. 4 | Sport: Turnerstreit um eine Berliner Schülerin S. 15 |
| Ursprung und Heilung der internationalen Bankkrise S. 5 | Fernsehen: Ein blaues Wunder auf 45 Kanälen S. 16 |
| Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 6 | Kultur: Bundes-Filmarchiv in Koblenz feiert Jubiläum S. 17 |
| Spanien: Beginn des Wechselbaues zwischen Marx und Markt S. 7 | Aus aller WELT: Touristen zwischen Taxikrieg-Fronten S. 18 |

Lohnverzicht, um Arbeit zu retten

US-Stahlindustrie vereinbart mit Gewerkschaft „Rettungspaket“ / Reinvestition

H.A. SIEBERT, Washington
„Ein halber Leib ist besser als gar kein Brot“, sagte einer der 230 Gewerkschafts-Ortschefs nach der Abstimmung über die ersten Konzessionen, die Amerikas Stahlarbeiter-Gewerkschaft seit ihrer Gründung vor 40 Jahren den Unternehmen zugestanden hat. „Wir hatten keine Chance; wir sorgen uns um unsere Familien, unsere Gemeinwesen und die Existenz der Stahlwerke“, meinte ein anderer, der aus Houston nach Pittsburgh gereist war.

Im Verhältnis von 2:1 votierten die Vorsitzenden der Ortsverbände für ein Rettungspaket, durch das in den kommenden 41 Monaten sieben Stahlkonzerne - U.S. Steel, Bethlehem Steel, Jones & Laughlin, National Steel, Republic Steel, Inland Steel und Armco - 4,8 Milliarden Mark einsparen werden. Da es in der US-Stahlbranche keine Unabstimmung gibt, ist der bis zum 31. Juli 1986 gültige Tarifvertrag in Kraft getreten.

Die neue Vereinbarung sieht vor, daß die 263 000 Stahlarbeiter mit Wirkung vom 1. März auf 1,25 Dollar je Stunde verzichten. Dadurch sinkt der durchschnittliche Stundenlohn in Höhe von 14,33 Dollar um rund neun Prozent. In den Jah-

ren 1984, 1985 und 1986 wird der Lohn um 40, 40 und 45 Cent angehoben, so daß am Ende wieder der alte Zustand hergestellt ist.

Überdies fällt im ersten Vertragsjahr die automatische Inflationsanpassung der Löhne („Clausel“) fort, und der Tag der Vereinten Nationen* als bezahlter freier Tag wird gestrichen. 1983 verlieren zudem die Stahlwerker eine Woche Urlaub. Auf Dauer zurückgenommen werden die Vorteile für ältere Arbeitnehmer. Je nach Betriebszugehörigkeit erhalten sie freie Tage, die sich auf 13 Wochen summieren.

Im Gegenzug zahlen die Unternehmen zusätzlich 50 Cent je Arbeitsstunde in den Arbeitslosen-Ergänzungsfonds ein. Um für jüngere Arbeiter Platz zu machen, werden außerdem die Rentenzusprüche verbessert. Darüber hinaus versprechen die Konzerne, die eingesparten Beträge im Stahlbereich zu reinvestieren oder zur Aufstockung des Betriebskapitals zu verwenden.

Wie bei der Chrysler Corp., die dem Lohnverzicht der Mitarbeiter ihr Überleben verdankt, stellt die Einigung für die amerikanische Stahlindustrie eine wichtige Umkehr dar. Die Branche hat im vergangenen Jahr 3,3 Milliarden Dol-

lar verloren, mehr als 40 Prozent der Beschäftigten gehen stempeln, und die Produktion hat den tiefsten Stand seit der Großen Depression in den 30er Jahren erreicht.

Als größtes Übel hat sich die Indexierung der Löhne erwiesen. Doppelstellige Teuerungsraten kapitulierten in den letzten Jahren die Arbeitskosten derart in die Höhe, daß die US-Stahlkonzerne international nicht mehr konkurrenzfähig waren. Auf sie entfallen inzwischen rund 35 Prozent der gesamten Produktionskosten. Die Stahlwerker sind heute die am höchsten bezahlten Arbeiter in Amerika.

Zwei Versuche, mit der Stahlarbeiter-Gewerkschaft ins reine zu kommen, waren im Juli und November gescheitert. Vermutlich hatten die Unternehmen ihre Forderungen zu hoch geschraubt. Sie verlangten Lohnkürzungen um 18 Prozent. Die Gewerkschaft wiederum bestand darauf, daß die Konzerne auf die Schließung ganzer Werke verzichten. Den Ausschlag gab schließlich die dramatisch verschlechterte Lage der US-Stahlindustrie bei rasch wachsender Arbeitslosigkeit. Angesichts der Streikgefahr drohte General Motors außerdem mit der Vergabe von Stahlordern ins Ausland.

Papst „voller Hoffnungen“ nach Mittelamerika gereist

Grenzen der Reise betont / Waffenruhe angekündigt

KNA/dpa, Rom
Johannes Paul II. hat gestern seine 17. Auslandsreise angetreten. Die neuntägige Pilgerfahrt, die den Papst in acht Länder Mittelamerikas führt, gilt als eine seiner schwierigsten Reisen. Durch seinen Besuch in den zum Teil von blutigen Bürgerkriegen und ideologischen Kämpfen erschütterten Gebieten will der Papst nach eigener Aussage seine Solidarität mit der notleidenden Bevölkerung unter Beweis stellen.

Bei einer technisch bedingten Zwischenlandung in Lissabon begrüßten den Papst auf dem Flughafen der portugiesische Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes, der Patriarch von Lissabon, Kardinal Antonio Ribeiro, sowie die Bischöfe des Landes. Vom Balkon des Flughafengebäudes aus richtete der Papst eine kurze Ansprache an die rund 7000 portugiesischen Gläubigen, die sich auf dem Flughafen versammelt hatten.

Der Papst sagte, er reise nach Mittelamerika „für eine friedliche, humane und brüderliche Welt“. Sein Herz sei „voller Hoffnung“. „Aber wenn mein Herz für

alle durch das Übel der Gewalttätigkeit verletzten Herzen leidet, wo immer auch sie sein mögen, so herrscht in ihm doch das Vertrauen auf Gott vor.“

Die Mittelamerika-Reise führt den Papst zunächst nach Costa Rica, dann nach Nicaragua, Panama, El Salvador, Guatemala, Belize, Haiti und Honduras. Vor der Gefahr einer politischen Fehlinterpretation dieser Pilgerreise des Papstes hat der Präsident des Lateinamerikanischen Bischofsrates (CE-LAM), Kardinal Lopez Trujillo, in einem Artikel der vatikanischen Tageszeitung „L'Osservatore Romano“ gestern gewarnt. Zugleich erinnerte der Kardinal daran, daß der Papst angesichts der Fülle der Probleme in jenen Ländern die Berichte und Begegnungen mit den Bischöfen als nicht ausreichend betrachte.

Die Bürgerkriegsparteien in El Salvador haben für die Zeit des Papst-Besuches eine Waffenruhe angekündigt. In Guatemala haben die vier im Lande operierenden Guerrilla-Organisationen wegen des Papst-Besuches ebenfalls einen Waffenstillstand zugesagt.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Urteil

Von Hermann Renner

Marianne Bachmeier, die Unergründliche, hatte am Tag der Urteilsverkündung noch einmal die deutsche Seele provoziert: Journalisten im Dutzend, einen Hamburger Filmemacher sogar, auf dem Sprung, den alten Nitribitt-Knüller zu wiederholen. Das Urteil – sechs Jahre Freiheitsentzug – mag die Erwartungen des einheimischen Publikums, denen die Altstadtkneipe „Pipasa“ der Pistolenschützin mit ihrem Mief vor Augen stand, enttäuscht haben: zu mild. Es mochte die ebenfalls präsente Gruppe jüngerer Frauen, die sich als „das andere Geschlecht“ fühlen, schocken: Brutalität der Justiz.

Tatsächlich legte der Vorsitzende Richter Bassenge in diesem Sensationsprozeß gegen eine mediogene Frau den ganzen Kalvarienweg zu dem, was demokratische Einsicht notgedrungen als Gerechtigkeit bezeichnet, stolpernd zurück. Das Urteil von Lübeck wird Bestand haben, auch dann wohl, wenn die Verteidigung Revision einlegen sollte. Denn es genügt sowohl dem vom Gesetz geforderten schuldadäquaten Strafanspruch des Staates als eben auch dem Rechtsgefühl der Mitmenschen, für die, wenn auch vielleicht aus atavistischen Motiven, die Attacke des Muttertieres auf den Töter ihres Jungen verzeihlich ist.

Bassenge verzichtete wochenlang darauf, Schwachstellen der Angeklagten oder ihrer Verteidigung in der Hauptverhandlung zu akzentuieren – und setzte sich so allen von dem Hamburger Gesellschaftskritiker und Bachmeier-Anwalt Maefert hochgespielten Emotionen gegen die Lübecker Justiz aus. Am Ende fand er, plausibel begründet, einen Weg aus der Zwangsjacke des Mordparagrafen 211.

Lebenslängliches Zuchthaus hätte die rächende Mutter in einer Schulblase verwahrt mit Figuren wie dem norddeutschen Frauenmörder Imela oder dem süddeutschen Frauenmörder Schärmer. Das konnte so nicht sein. Erst nachdem der Weg für ein Totschlagsurteil – fünf bis fünfzehn Jahre Freiheitsentzug – frei gemacht war, konnten nuanciert Strafmäß und Schuldvorwurf aufeinander abgestimmt werden. Zum Trost für die sentimentalen Gemüter wies Bassenge schließlich darauf hin, daß Frau Bachmeier „nur noch“ zweieinhalb Jahre abzusitzen hat.

Vollendete Tatsache

Von Christel Pilz

Man setze auf das kurze Gedächtnis des Westens, wiederhole politische Propaganda, bis sie als pure Wahrheit erscheint, zitiere die UNO-Charta, soweit sie eigene Argumente unterstützt, bekämpfe UNO-Beschlüsse als reaktionär und friedensgefährdend, wenn sie den Vorstellungen des Sozialistenlagers widersprechen. Mit solcher Taktik ist Hanoi weit gekommen. Guter Grund, sie weiterzuführen.

Das jüngste Beispiel im Zitat von UNO-Prinzipien: Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha – neuerdings als „Freiwillige“ tituliert – sei im Einklang mit den Prinzipien der Blockfreiheit und der UNO-Charta, die das Recht der Nationen bestätige, sich gegenseitig bei der Verteidigung zu unterstützen.

Möge der Westen vergessen, daß die Vietnamesen als Aggressoren nach Kambodscha kamen und seitdem eine Marionettenregierung ihrer Gnaden stützen. Möge der Westen die jüngste Enthüllung ignorieren, daß unter den Invasoren auch Truppen aus Laos waren. Die Fakten aus der Sicht Hanois: Die Ära, da Vietnam, Laos und Kambodscha drei getrennte Staaten waren, ist vorbei. Die Zukunft eines „geeinten Indochina“ hat begonnen, oder auch: Kambodscha und Laos werden von Vietnam annektiert. So beschlossen von den Regierungen und Parteichefs, die sich Ende Februar zu ihrem ersten „historischen“ Gipfel trafen.

Die Folge: Nicht länger wird Hanoi von „vietnamesischen“ Truppen in Laos und Kambodscha sprechen. Es werden „Indochinatruppen“ sein. Da mag der Westen protestieren, so viel er will – wie können Indochinatruppen aus Indochina abgezogen werden?

Grass-Wurzeln

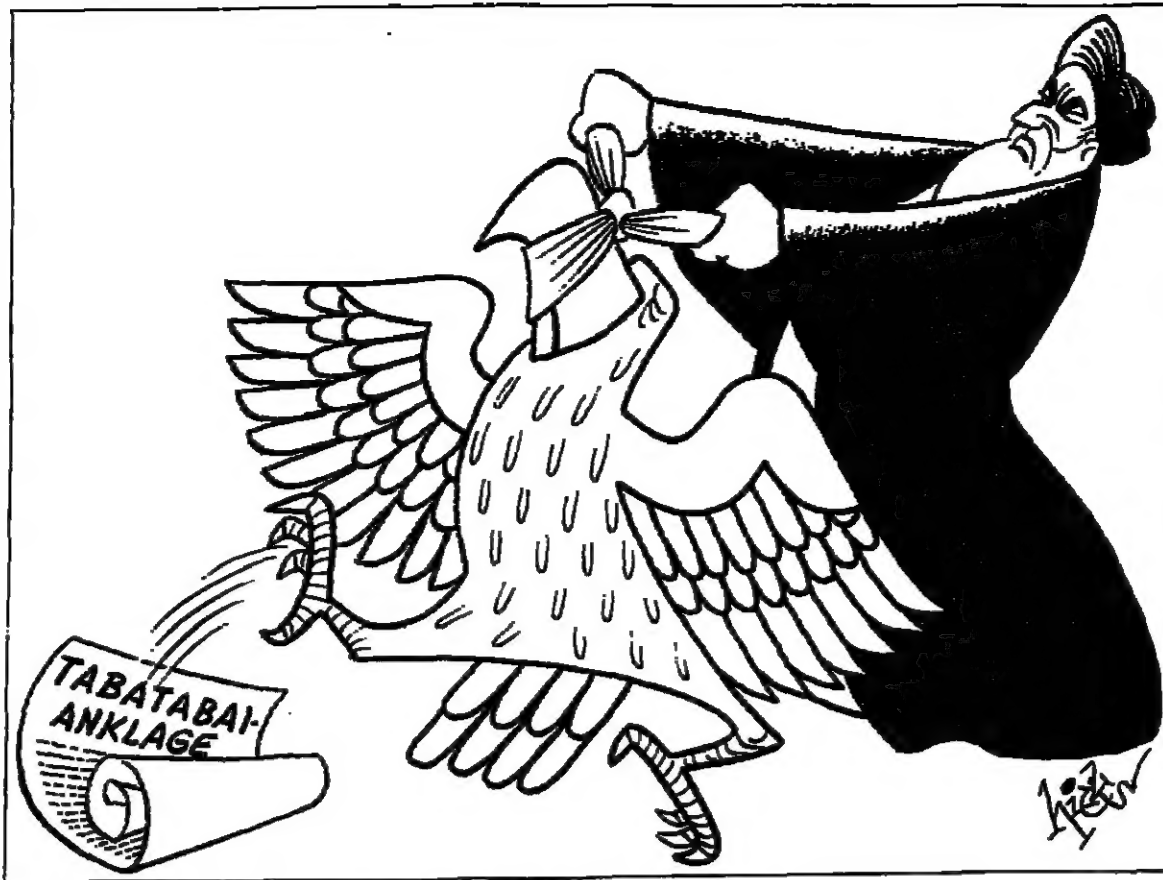
Von Alfred v. Krusenstern

Günter Grass ist besorgt. Er sieht die USA als „reiches Land, das bis heute Rassismus praktiziert“. Als ein Land, in dem „starke faschistische Tendenzen“ am Werke sind. Seiner Ansicht nach sind die USA deshalb nicht berechtigt, „die Verbrechen der Sowjetunion und ihrer Alliierten in Polen“ moralisch zu verurteilen. Überhaupt seien die USA nicht qualifiziert, Außenpolitik zu betreiben, denn „selbst in den gebildeten Klassen“ Amerikas lehne man es ab, sich mit fremden Kulturen zu befassen. Schließlich hätten die Amerikaner ja auch in Vietnam „ein älteres Volk, das eine entwickelte Zivilisation hatte, ... zerstört“.

Diese Behauptungen wurden in einem Interview der „New York Times“ anlässlich der deutschen Buchmesse in New York vorgetragen. Die Amerikaner werden es mit Fassung tragen. Sie kennen das. Nur manchmal stellen sie den Europäern behutsam die Gegenfrage, wieviel außenpolitische Weisheit in dem alten Kontinent versammelt sei, der zweimal in diesem Jahrhundert in Weltkriege steuerte, in die dann die Amerikaner rettend eingreifen mußten. Später haben sie ihre vietnamesischen Verbündeten nicht zu retten vermocht. Aber ist Hanoi nach Meinung von Grass etwa der Sachwalter der vietnamesischen Zivilisation?

Faschismus: In Europa gab es in diesem Jahrhundert zeitweise mehr faschistische als demokratische Regime; wenn man den „linken Faschismus“ einbezieht, gibt es ihrer heute noch mehr als genug. In einer offenen Gesellschaft wie den USA mag es Faschisten linker wie rechter Provenienz geben; die Macht aber konnten sie nie ergreifen. Es gibt gewiß Rassisten, aber es gab nie ein Auschwitz dort; dafür gibt es schwarze Bürgermeister, frei gewählt in vorwiegend „weißen“ Städten wie Los Angeles, Atlanta, Detroit, New Orleans und bald wohl auch Chicago.

Vielleicht sind die Amerikaner ihren Schwarzen nicht so zugetan wie die Deutschen ihren Türken. Vielleicht ist Günter Grass auch nicht so erfahren in dieser fremden Kultur. Vielleicht aber ist das auch alles sehr bewußt inszeniert, im Zeichen unserer neuen kulturellen Selbstäußerung, des Antiamerikanismus.



„Was Rauschgifthandel ist, bestimme ich!“

ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Der dritte Ölschock

Von Heinz Heck

Der dritte Ölschock beruht nicht – wie seine beiden Vorgänger von 1973/74 und 1978/80 – auf einer Preisexplosion, sondern auf einem Preisrückgang. Er hat daher nicht nur andere Opfer und Nutznießer, sondern auch andere gesamtwirtschaftliche Auswirkungen.

Außerdem gibt es einen mehr strategischen Unterschied: Noch bei der zweiten, durch die Vertreibung des Schah ausgelösten Preisexplosion konnte Saudi-Arabien durch Aufdrehen des Ölprinzips bis zu 10,5 Millionen Faß täglich Schilmeres verhindern. Bei der sich jetzt abzeichnenden Talfahrt kann das größte Ölproduktland nicht mehr allein die Ölpreiswogen glätten. Dafür gibt es Gründe in großer Zahl.

Der hohe Preis hat das Angebot an Erdöl (Nordsee) wie anderen Energieträgern erheblich gesteigert. Er hat zugleich die Nachfrage gedrosselt. Denn der rückartige Anstieg dieses Basispreises hat die Welt in eine Rezession gestürzt und zugleich Spar- und Substitutionsprozesse („weg vom Öl“) in Gang gesetzt oder beschleunigt.

In dieser Situation könnte Saudi-Arabien nicht einmal durch völligen Rückzug vom Markt (derzeit noch vier Millionen Faß) ohne Mitwirkung anderer Anbieter etwas ändern; natürlich aber kann Saudi-Arabien sich auch keinen solchen Rückzug leisten.

Doch die Frage stellt sich, ob zum Beispiel der Westen überhaupt an einer gebremsten Talfahrt des Ölpreises interessiert sein kann. Wenn der Anstieg uns die Krise beschert hat, muß uns dann nicht ein Ölpreisverfall den Aufschwung bringen? Ölpreise von drei Dollar je Faß, das waren noch Zeiten. Ist eine Rückkehr in dieses goldene Zeitalter möglich, und wenn ja, wäre sie zu wünschen? Beides nicht.

Alle Energieträger stehen in Konkurrenz miteinander (wenn auch nicht jeder durch jeden beliebigen direkt und kurzfristig zu ersetzen ist). Welche Folgen hätte zum Beispiel eine Halbierung des Ölpreises für die Förderung in der Nordsee oder in Niedersachsen?

Alle Energieträger stehen in Konkurrenz miteinander (wenn auch nicht jeder durch jeden beliebigen direkt und kurzfristig zu ersetzen ist). Welche Folgen hätte zum Beispiel eine Halbierung des Ölpreises für die Förderung in der Nordsee oder in Niedersachsen?

Welche Wirkungen ergäben sich für die selbst bei heutigen Preisen stark auf öffentliche Subventionen angewiesene deutsche Steinkohle?

So viel ist klar: Das Energieangebot würde weltweit drastisch zurückgehen, wenn der Ölpreis wirklich drastisch fiel; der Öldruck (und damit die gerade verminderte Abhängigkeit von Nahost) würde aber gewaltig zunehmen. Mit einer solchen Entwicklung wäre, da kann man Finanz-Staatssekretär Hans Tietmeyer zustimmen, die dritte Ölpreiskrise bereits „programmiert“ (DIE WELT vom 28. Februar).

Gelting es dagegen, die Talfahrt wenigstens zunächst bei 28 bis 30 Dollar zu stoppen, so wären bereits erhebliche Impulse für die Weltkonjunktur zu erwarten, ohne daß sich gleich in großer Zahl negative Folgewirkungen einstellen: Ein Preisrückgang um fünf Dollar beschert den Ölimportländern insgesamt eine Einkommensverbesserung durch Entlastung ihrer Ölrechnung von schätzungsweise sieben Milliarden Dollar jährlich. Die Exporteure hätten zwar eine Erlöseinbuße in dieser Höhe hinzunehmen, würden aber ebenfalls von dem zu erwartenden allgemeinen Zinsrückgang profitieren.

Auch die verschlechterten Kreditrisiken (wie Mexiko, Nigeria) scheinen im Weltwährungssystem beherrschbar, zumal da ihnen auch Verbesserungen bei wichtigen Ölimportländern (wie Brasilien) gegenüberstehen.

Die Erhöhung des weltweiten Energieangebots hilft langfristig, das wirtschaftliche Potential der Opec zu begrenzen und damit den politischen Risikofaktor Nahost (Ölabhängigkeit) einzudämmen. Diese Erhöhung trägt zugleich dem Umstand Rechnung, daß trotz aller Sparbemühungen im Westen der Energieverbrauch in der Dritten Welt explodieren wird (er heute je Kopf nicht einmal zehn Prozent des westlichen Verbrauchs ausmacht).

In der jetzigen Episode eines Preisrückgangs dürfen daher auch andere Exportländer (Großbritannien) die Bürde nicht allein den Saudis aufhalsen, sondern sie sollten sich an einer vorübergehenden Drosselung beteiligen. Darüber hinaus gilt es, alle eingeleiteten Bemühungen zur Energieeinsparung, Substitution und Steigerung des Angebots (vom Öl bis zur Kernenergie) fortzusetzen.

Die Erhöhung des weltweiten Energieangebots hilft langfristig, das wirtschaftliche Potential der Opec zu begrenzen und damit den politischen Risikofaktor Nahost (Ölabhängigkeit) einzudämmen. Diese Erhöhung trägt zugleich dem Umstand Rechnung, daß trotz aller Sparbemühungen im Westen der Energieverbrauch in der Dritten Welt explodieren wird (er heute je Kopf nicht einmal zehn Prozent des westlichen Verbrauchs ausmacht).

Gibt es ein Rezept für die ärztlichen Abrechnungen?

Fehler im System sind keine Entschuldigung, aber auch nicht bestreitbar / Von Peter Jentsch

Es gibt schwarze Schafe in weißen Kitteln, die verdienen ihr Honorar auch ohne Patienten. In Bochum etwa sind nach Darstellung der Staatsanwaltschaft vierzehn Ärzte und elf Apotheker in den „Rezeptskandal“ verwickelt; sie sollen die Krankenkassen um rund anderthalb Millionen Mark geprellt haben. Ähnliche Fälle wurden in Ulm und in Stuttgart aufgedeckt. Doch nicht nur mit Rezepten wird betrogen. Die Schlichtungsstelle der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe verhandelte jetzt den Fall eines Chirurgen, der die Leistungen gegenüber einem Patienten zweimal mit der Kasse abrechnete.

Sind das nun Einzelfälle? Einer der beschuldigten Bochumer Mediziner verneinte dies öffentlich mit der Bemerkung: „Das machen doch fast alle Ärzte so.“

Da sucht, so scheint es, einer seine Entschuldigung in der Beschuldigung eines ganzen Berufsstandes. Aus gutem

Grund: Die Quantität des Betrugs impliziert einen Fehler im System, im System der gesetzlichen Krankenversicherung. Erleichtert das System den Betrug, dann mag die Schuld des Betrügers nach dem Motto „Gelegenheit schafft Diebe“ geringer ausfallen. Es wird ja auch der Kraftfahrzeughalter bestraft, der den Diebstahl seines Wagens erst dadurch ermöglicht, daß er die Türen nicht verschließt. Liegt es also am System?

Auf den ersten Blick scheint es so. Das „Schlichtungsprinzip“ garantiert dem Kassenpatienten eine Leistung des Arztes, zum Beispiel eine Beratung, auf Krankenschein. Mit diesem Schein rechnet der Arzt die Behandlungskosten mit der Kassenärztlichen Vereinigung ab. Diese erhält die Kosten von der Krankenkasse erstattet.

Dieses System bietet zwei Vorteile. Zunächst die soziale Komponente: Kein Patient wird gezwungen, für die zum

Teil erheblichen Kosten einer medizinischen Behandlung (etwa im Krankenhaus) in Vorleistung zu treten, um sich diese Kosten erst später von seiner Kasse erstatten zu lassen. Das ist insbesondere für einkommensschwache Versicherte wichtig. Weiter erfolgt die Abrechnung der kassenärztlichen Vereinigungen mit den Krankenkassen pauschal, nicht aber mit jedem Patienten einzeln. Folge: Der Verwaltungsaufwand bleibt gering. Die Ortskrankenkassen haben für ihre sechzehn Millionen Mitglieder nur einen Verwaltungsaufwand von 4,8 Prozent. Ein Einzelabrechnungssystem würde diesen Aufwand erheblich vergrößern, ohne daß die Patienten davon medizinischen Nutzen hätten.

Freilich bietet dieses System auch einen Nachteil, den die schwarzen Schafe nutzen: Die Kontrolle der Krankenkasse über die Abrechnung des Arztes wird sehr erschwert. Auch der Patient scheitert als Kontrollinstanz aus, da er die Ab-

rechnung des Arztes nicht zu Gesicht bekommt.

Die Private Krankenversicherung (PKV) kennt diese Probleme nicht. Vom Ausstellen des Rezeptes über seine Bezahlung bis hin zur Rückerstattung durch sein Versicherungsunternehmen hat der privat Versicherte eine Kontrolle über alle Abläufe. Das gilt auch für die Behandlungskosten, die der Arzt seinem Patienten in Rechnung stellt. Betrug ist dennoch auch hier nicht auszuschließen, nur geht es nicht ohne den Patienten.

Ist also das Erstattungsprinzip dem Sachleistungsprinzip vorzuziehen, um Betrug zu vermeiden, oder gibt es andere Kontrollmöglichkeiten?

An Vorschlägen fehlt es nicht. So hat der Bochumer Apothekerverein angeregt, die Abrechnung des Arztes mit den Kassen für die Versicherten durchsichtbar zu machen. Die Mediziner sollen ihren Patienten schriftlich mitteilen, welche Leistungen sie in Rech-

nung gestellt haben. Aber abgesehen vom Aufwand in der Praxis ist damit nichts erreicht. Eine Kontrolle wäre erst gegeben, wenn die Kasse die Rechnung des Arztes mit der Information des Patienten vergleicht.

Auch ein Übergang vom Sachleistungs- zum Erstattungsprinzip brächte eher Nachteile mit sich. Diese Art der Kontrolle würde nicht nur die soziale Komponente aufheben (wobei man sich auch hier technische Lösungen vorstellen könnte), sie würde auch noch Sicherheit mehr kosten, als sie an Betrug verhütet.

Bleibt als einzige Lösung eine noch stärkere Kontrolle durch die Kassenärztlichen Vereinigungen. Wer den hohen Schild des Arztes hochhält, sollte in die Pflicht genommen werden. Auch ist ein Teil der Eigenverantwortung der Selbstverwaltung der Medizinverbände zur Einhaltung seiner freiberuflichen Struktur und zur Sicherung der Solidargemeinschaft.

IM GESPRÄCH Thomas Enders

Sorge um den Subkontinent

Von Manfred Neuber

Die Lateinamerika-Politik der Vereinigten Staaten hat wieder Hand und Fuß. Im State Department und im Weißen Haus wird nicht mehr aneinander vorbei geplant. Zu einem festen Kurs gehört ein klares Konzept. Nach dieser Maxime handelt Thomas O. Enders, Leiter der Lateinamerika-Abteilung im US-Außenministerium. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, bis vielleicht in vier oder fünf Jahren am Panamakanal und an unserer Grenze mit Mexiko gekämpft wird“, erklärte Enders zur revolutionären Gefahr in Mittelamerika. Solche Entschlossenheit gegenüber der von Havanna und Moskau unterstützten Guerrilla, die Nicaragua als Stützpunkt dient, fehlte oft in der Vergangenheit in Washington.

Enders ist zwar kein langjähriger Kenner der Verhältnisse südlich des Rio Grande wie die amerikanische UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick, die mit ihrer deutlichen Meinung nicht zurückhält. Aber er geht öfters vor Ort, um an der Realität orientierte Entscheidungen zu treffen. In der letzten Woche besuchte er Uruguay und Paraguay.

Da Außenminister Shultz mit dem Ost-West-Verhältnis und den Beziehungen zu den Europäern vollauf beschäftigt ist und sich aus der eigenen Interessenlage am stärksten für den Nahen Osten engagiert, kann Enders die Lateinamerika-Politik nahezu eigenständig lenken. Enders' Spielraum ist um so größer, als seine beiden einflussreichen Stellvertreter kürzlich mit neuen Aufgaben betraut wurden. So stößt er sich auf Luigi Einaudi, den Leiter des Planungsstabes für Lateinamerika, auf Robert Ryan, der Präsident Reagans Hilfe-Programm für den karibischen Raum entwickelt, sowie auf Miles Frechette, Chef der Kuba-Abteilung, zu dessen neuen Aufgaben der nach Kuba geschickte, freibessender „Radio Marti“ gehört. Als Sonderbotschafter stehen ihm



Nahzu freie Hand im Süden: Thomas O. Enders. FOTO: CAMERA PRESS

zwei Militärs zur Verfügung – General Vernon Walters und General Gordon Sumner –, die schon in der Halg-Ara auf Missionen nach Lateinamerika entsandt wurden. Enders ist ein Karriere-Diplomat. Im März 1981 wurde er von der Ford-Administration als Henry Kissinger als Berater für Energieprobleme. Im Umgang wirkt er intellektuell kühl. Sein Maskottchen ist ein ausgestopftes Mungo, den er aus Kambodscha mitbrachte.

Der Sohn eines Bankiers aus Connecticut, 1951 geboren, studierte Geschichte in Yale und an der Sorbonne. Sein Staatsexamen in Volkswirtschaft legte er in Harvard ab. 1968 trat er in den diplomatischen Dienst ein; in verschiedenen Funktionen war er in Washington, Stockholm, Belgrad, Phnom Penh, Ottawa und als Vertreter der USA bei der EG in Brüssel tätig.

Enders ist knapp zwei Meter groß. In Marokko lernte er die ziele Tochter eines italienischen Diplomaten kennen. Ihr auliebte er sich. Nach der Hochzeit von der Hochzeit zum katholischen Glauben über.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

Das Blatt aus Wien schreibt zum Papst-Besuch in Mittelamerika:

Was bei (Staatspräsident) Pertini für Italien imponiert, imponiert bei diesem Papst im Rundhorizont der Welt. Der Mut nämlich, unbekümmert um die feindlichen Kräfte und ihre Gier, diesen Besuch für ihre Machtinteressen zu nutzen, sich direkt an die Völker, an die Leidenden, zu wenden. Verheißungen zu senden. Der Grundkonflikt des Christentums am Ende seiner europäischen und bürgerlichen Epoche exemplifiziert sich in Zentralamerika. In ihr bewährt sich aber auch die polnische Erfahrung dieses Papstes, was unerwarteter Glaube alles zu wenden vermag. Da geht es nicht mehr um die Erfolgsgeschichte des Tages, um „Volkssprüche“ gegen „Basisge-meinden“, Befreiungstheologie gegen Gehorsamsreligion usw. Dieser Papst reist in die Welt von morgen, während die Staatsmänner noch mit der von gestern nicht fertig sind.

KRONEN-ZEITUNG

Die Wiener Kronen-Zeitung schreibt zum Papst-Besuch in Mittelamerika:

Man mag sie mögen oder nicht, des Kanzlers mangelnde Anziehungskraft auf intellektuelle Kritiker oder die vielstündige Karriere seines Herausforderers unter die Lupe nehmen. Beide sind redliche und brave Deutsche: Helmut Kohl ebenso wie Hans-Jochen Vogel. Niemand wird an ihrer demokratischen Gesinnung zweifeln. Die beiden trennen Welten, und doch haben sie manche interessante Gemeinsamkeit – zum erstenmal steht einem katholischen CDU-Mann ein katholischer SPD'ler gegenüber. Das Sympathische an beiden – sie respektieren den Gegner, verzichten auf Verleumdung

THE GUARDIAN

Die Zeitung aus London merkt über den Wahlkampf Strauß an:

Journalisten, die Farbe im Wahlkampf suchen, müssen nach Bayern reisen und Strauß durch die Bierhallen folgen, wo Dorfkapellen spielen und die Leute Federhüte und Trachtenjacken tragen. Ich hatte erwartet, ihn unterhaltsam zu finden, und so war es auch. Doch unter seinem Wortschwall und seinen tiefsinnigen Witzen ist Strauß tödlich ernst.

Le Quotidien de Paris

Hier heißt es über die Bundespräsidentenwahl:

Die verfassungsmäßige und politische Krise, die Deutschland seit nahezu zwei Jahren erschüttert, wird wahrscheinlich durch die Wahlen am 6. März nicht gelöst. Aus einem einfachen Grund: Die historische Rolle Deutschlands ist zu Ende ... Diese historische Rolle spielt die Bundesrepublik tatsächlich nicht mehr: Man schreibt sie ihr vor. Die Frage der eurostrategischen Waffen wird nicht in Bonn entschieden und noch weniger von den Wählern, gleich wie das Wahlergebnis ausfallen wird. Egal ob die SPD oder CDU siegt, die westdeutsche Diplomatie und die Stationierung von Mittelstreckenraketen werden von einer „Vogelstraßpolitik“ geleitet sein ... Die Annahme, daß die Wahl von Helmut Kohl die Bestätigung des Atlantismus bedeute und die Einwirkung Bonn zu den „Peripherie“ ist zweifellos ebenso voreilig wie zu glauben, daß die Wahl von Hans-Jochen Vogel eine Abkehr von diesen Hypothesen bedeute.

Handwritten text in a box: "Handwritten signature or note."

Inders
itinent

Hand im Sa
Foto: CANAL

Verfügung
alters und Ge
die schon
disziplin, ras
und wurde
Kernbereich
September 19
ika-Debit be
Illustration d
r als Chirac
leone im Un
kleine Kult
um aussteig
aus Kamb
nes Bankle
geboren, 2
1. Vale und
Staatsbank
legte er in
in den drit
er in Wasser
rad, Pharis
Vertreter d
usset tag
napp zw
o lerne zw
nen halbe
nen in z
teus Englis
um kaduk

DERE

alten und
gkeit. Aber
o groß und
e. Wahle
nicht ein

ARDIA

und, merkt
an. Die Par
in der Par
wurden nach
Straß, um
wo Dierke
Leute Foto
den tragen
unterhalte
er noch
Reich, und
Wahle ist

in die Par

die Hande
am Ende
Deutschlan
dren ersie
nicht durch
danz nicht
schen Grün
Deutschlan
republik
Man schre
er nicht z
ich wie das
in ward. Ep
10 sagt, d
dette und
dette trake
n einer
dette ren
he Wahl
stärkung d
te und die
den. Der
n. Wahle
Wahl von
e Abschr
bedeutet

haben Ab

Antwand
t nichts
würde erst
Kasse die
s mit der
Patienten

überp
zum E
brachte
sich. Das
vorteil
n sich ab
sungen
würde, a
n Kosten
dette
nicht. Los
Kore. K
auswande
Wer den
es. Anst
in die P
rien. Au
er. Eige
elbstver
achte d
e. Inwie
zur. S
emch

haben Ab

Antwand
t nichts
würde erst
Kasse die
s mit der
Patienten

überp

zum E
brachte
sich. Das
vorteil
n sich ab
sungen
würde, a
n Kosten
dette
nicht. Los
Kore. K
auswande
Wer den
es. Anst
in die P
rien. Au
er. Eige
elbstver
achte d
e. Inwie
zur. S
emch

haben Ab

Antwand
t nichts
würde erst
Kasse die
s mit der
Patienten

Der ungekrönte König von Paris auf Stimmenfang

Von A. GRAF KAGENECK

Jacques Chirac ist plötzlich da, als sei er mit dem Fallschirm direkt auf dem Dach gelandet. Er kommt aus dem Dunkel des Eingangs, springt mit zwei federnden Schritten in das gleißende Licht der Tribune, reißt beide Hände mit zum V-Zeichen gespreizten Fingern in die Höhe und stellt sich dem Anprall des Jubels aus 3500 Kehlen. Braungebrannt, als komme er gerade vom Skilaufen, ein Sieger vom Scheitel bis zur Sohle, „Chi-rac, Chi-rac“ rufen seine Anhänger und klatschen dazu in Takt. Er scheint vor allem bei den Frauen, fast die Hälfte des Publikums hier in dem Zeit auf einem kleinen Platz im 13. Pariser Arrondissement, anzukommen. Verstohlene Küßhände fliegen zu ihm hinauf. Chirac ist der ungekrönte König von Paris.

Man muß schon eine bärenstarke Kondition haben, wenn man das Pensum durchhalten will, das sich dieser Mann auferlegt. Am Morgen verläßt er im 85köpfigen Stadtrat im Pariser Rathaus die 2,6 Millionen Einwohner der französischen Hauptstadt, am Nachmittag präsidiert er in einem Haus neben der Nationalversammlung den Vorstand seiner „Sammungsbeziehung für die Republik“ (800 000 Mitglieder), am Abend jettet er in irgendeine Ecke Frankreichs, um einen Lokalmatador seiner Partei im Wahlkampf gegen einen Sozialisten oder Kommunisten zu unterstützen. Warum nennt der „Jacky“ so?

Er hat es nämlich gar nicht nötig. Sein Sieg bei den Kommunalwahlen ist, wenn es am 6. März keine kleinen Hunde oder Raketen regnet, so gut wie sicher. Die Pariser halten eine Menge von ihrem ersten direktgewählten Bürgermeister seit über 100 Jahren. Chirac ist ein rastloser Organisator, kein Ministerpräsident und kein Präfekt des alten Regimes von vor 1877 hat in Jahrzehnten soviel für die Stadt getan wie der ehemalige Premierminister Giscard.

Es gibt mehr Sicherheit auf den Straßen und in der Metro, die Trottoirs sind keine Kloake für Hunde oder Tauben mehr (Chirac führte fixe kleine Reinigungsmaschinen mit Saug- und Kehrpfad ein), an jeder Ecke steht ein großer grüner Kasten, in den die Pariser ihren Sperrmüll werfen können, es gibt immer mehr Fußgängerzonen in einer immer noch von Autos erstickten Stadt, und das Loch an den Hallen, meistbeschriebener Skandal der Lichterstadt, füllt sich endlich mit allerlei lustigen Galerien aus Glas und Basaltstein, in denen sich die weite Welt bald zum Lustwandeln entfalten wird. Paris ist wieder eine Reise wert.

Die Sozialisten haben Chirac einen ihrer besten Leute entgegengestellt: Paul Quilès, 41 Jahre alt, Sohn eines Offiziers aus dem ehemals französischen Algerien, Polytechniker und praktizierender Katholik, der obendrein gut aussieht. Quilès ist eher ein stiller, nachdenklicher Typ. Seine bisher größte Leistung war die Organisation des Wahlkampfes Mitterrands für die Präsidentschaftswahlen 1981. Im Parteivorstand klinkert er sich ebenfalls um Organisation. Chirac scheint mit ihm zu rechnen. Denn er hat gegen ihn, den Kandidaten im 13. Pariser Arrondissement und seinen sozialistischen Abgeordneten von Paris, den besten seiner Schützlinge in die Arena geschickt: Jacques Toubon, einen geborenen Kämpfer, der sich in harter Parteiarbeit bis in den kleinsten Vertrauenskreis des Gaullisten-Chefs hinaufgerackert hat.

In Frankreich nennt man so einen Mann wie Toubon einen „Parachutiste“, einen Fallschirmjäger, der von seinem Chef zu einem

„Himmelfahrtskommando“ ausersehen und in einen heißen Wahlkreis entsandt wurde, um den politischen Gegner dort kaltzustellen, noch ehe der viel Profil gewinnen kann. Beide, Quilès und Toubon, sind solche „Fallschirmjäger“, keiner ist hier geboren, in diesem halb bürgerlichen, halb studentischen Arrondissement im Südosten der Hauptstadt mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung und seinen afrikanischen Gastarbeitern, die die Bevölkerung in den letzten Jahren auf 170 000 haben answellen lassen.

Beide Kandidaten mußten sich erst mit den Verhältnissen vertraut machen, ehe sie sich zur Wahl schlicht stellen konnten. Aber Toubon war schneller als der Sozialist, er hat in der ENA, auf der hohen Verwaltungsschule, gelernt, ein Dutzend Dossiers pro Tag zu verschlingen, und in 14 Tagen wußte er mehr über das „italienische Viertel“ (so benannt nach der „Porte d'Italie“, die dort mündet) als die meisten Einwohner, die dort lange leben.

Jacques Toubon heizt die Stimmung an. Die Wahlkampf-Munition hat ihm ein paar Tage vorher das Wirtschaftsministerium geliefert: Außenhandelsbilanz im Keller, Inflationsrate im Speicher. „Sie sind dabei, das Haus Frankreich auszuverkaufen, es an fremde Mächte zu verschleudern“, ruft er aus. So etwas kommt bei Gaullisten immer gut an. Er erinnert den Ministerpräsidenten Mauroy daran, daß er die Franzosen auf die nahe Wirtschaftsanknüpfung in den USA und in der Bundesrepublik vertraut hat, die auch Frankreich mitreißen werde. Und er wagt die eindringliche Prophezeiung: „Aber selbst wenn der Zug mit der deutschen Lokomotive ganz nah an uns vorbeifahren sollte, werden wir zu schwach sein, um aufzuspringen. So weit haben es die Herren im Elysée und im Mat-

ignon in zwei Jahren mit uns gebracht.“ Ein Geheul der Entrüstung und Zustimmung kommt aus dem Publikum.

Großes Vergnügen gibt es, wenn Chirac und Toubon auf die „Cocos“, die Kommunisten, eindreischen. Hier im 13ten geht es um zwei Metro-Linien, die verlängert werden sollen. Zuständig sind drei Kommunisten: Fiterman, der Transportminister, Quin, der Chef der Pariser Transportunternehmen, und Gisèle Moreau, die Abgeordnete des Arrondissements, die vom Listenplatz 1 zurücktreten mußte, um dem Sozialisten Quilès Platz zu machen. Mal sehen, wenn wir gewinnen, ob die rote Dreifaltigkeit endlich Wort hält und dafür sorgt, daß unsere Arbeiter ein wenig später aufstehen können, um zur Arbeit zu fahren“, grollt Toubon.

Wenige Tage vor der Chirac-Schau im Südosten der Stadt hatte eine andere Dreifaltigkeit im Norden, in den ehemaligen Schlachthöfen der Vilette, ein kaum ein-drucksvolles Spektakel abgezogen. Sozialisten, Kommunisten und Linksradikale, die drei Komponenten der 21 Monate alten Regierungskoalition, hatten ihre Heerschau aus den Arbeitervierteln zwischen Oise und Seine aufgezogen, um angesichts der Ungewißheit des Wahlausgangs Stärke zu demonstrieren. Hier wurde nicht weniger lustvoll auf die „Ewigestrigen“ eingedroschen, auf die „drei Reiter der Apokalypse“ Giscard, Chirac und Barre, die das Rad der Zeit aufzuhalten suchten, auf die, „die in den Schlössern wohnen“, und die, „den Wandel noch nicht begriffen hätten. Hier ging es nicht um Politik vom Rathaus. Hier war im drohenden Untertun der Redner zu hören, daß Frankreich nach dem 6. und 13. März dem ersten und zweiten Wahlgang, ganz anders werden könnte, wenn die Linke in den Gemeindevahlen siegen sollte.



Toubon contra Quilès - Kommunalwahlkampf der Piktakleber im 13. Pariser Arrondissement

Seine Hausmacht in der Bundestagsfraktion sind die „Kanalarbeiter“, seine Hausmacht in der SPD ist Niedersachsen. Doch seinen politischen Höhepunkt hat er wohl überschritten. Das Innerdeutsche Ministerium, dessen Chef er 13 Jahre lang war, kann zum Stolperstein werden: Gegen Egon Franke hat die Staatsanwaltschaft wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im Amt ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Wer ist Egon Franke und welchen Einfluß hatte er in der Regierung Schmidt?



Jede Sitzungswoche ein fester Termin: Dienstags abend trafen sich die „Kanalarbeiter“ der SPD mit ihrem Chef Egon Franke (2. v. rechts) im „Kesselschiff“ in Bonn, um beim Bier ihre Politik abzustimmen.

„Wo man mich hinstellt, arbeite ich“

Von GEORG SCHRÖDER

Vom 17. September 1982 bis zum 1. Oktober 1982 war Egon Franke der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, zugleich Stellvertreter des Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Niemand hat das in jenen stürmischen Krisentagen bemerkt. Auch am Ende seiner Ministerzeit galt das, was man in der WELT im Oktober 1969, als er auf den Ministerstuhl kletterte, über ihn lesen konnte: Sein Hauptkennzeichen ist die Unauffälligkeit.

Seltsam: Damals, 1969, schätzten diesen grauen Mann aus Hannover manche als eine Art grauer Eminenz in der SPD ein. Das war sehr hochgegriffen, enthielt aber einen Kern von Wahrheit. Denn der 1951 in den Bundestag Eingezogene hatte sich langsam, unauffällig und unaufhaltsam zum ungekrönten Chef der „Kanalarbeiter“ entwickelt. So nannte sich selbstironisch eine bis zum heutigen Tag bestehende Gruppe von 60 bis 100 SPD-Bundestagsabgeordneten, meist Hinterbänker, aber keineswegs nur einflußlose Männer. Das war die Hausmacht Frankes in Bonn, der Landesvorsitz in Niedersachsen (bis 1975) seine Hausmacht in der Parteioorganisation. Beides zusammen genommen war nicht wenig, aber auch nicht ein ausschlaggebender Faktor für die politische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei.

Diese Gruppe der Kanalarbeiter machte entscheidende Personalpolitik in der Bundestagsfraktion. An ihr konnte keiner vorbeigehen. Sie gab vielen der SPD-Abgeordneten des zweiten und dritten Gliedes das Gefühl, nicht nur von „denen da oben“ kommandiert zu werden. Sie waren nicht Anti-Wehner, aber auch Herbert Wehner lernte schnell, daß er um sie werben mußte. Man darf mit Fug und Recht sagen, daß Egon Franke und seine Freunde die lebendige Verkörperung der SPD der Weimarer Zeit waren und sind, einer nur schon Vergangenheit gewordenen SPD mit allen ihren Vorzügen und Nachteilen. Für sie war die SPD wirklich eine Arbeiterpartei, solide, handfest, ohne Utopien nachzujagen.

Der Chef der Kanalarbeiter hat Ende der sechziger Jahre einmal einen offenen Brief an einen jungen Apo-Anhänger veröffentlicht. Darin hieß man: „Ich unterscheide mich in nichts von Tausenden und Abertausenden sozialdemokratischen Funktionären meiner Generation.“ Die Partei, so schrieb er, sei sein Leben. Warum? „Ich meine die Solidarität, das Wissen, daß man einer Gemeinschaft angehört, daß man sich auf einen Freund und Genossen verlassen kann.“ 1980 versuchte der sozialdemokratische „Vorwärts“ zum erstenmal ein Porträt Frankes zu zeichnen: „Er neigt dazu, die Dinge nüchtern zu betrachten und Entscheidungen vorsichtig abzuwägen, von der Erkenntnis getrieben, daß man Politik nicht im luftleeren Raum treiben kann, sondern den realen Gegebenheiten anzupassen habe. Insofern ist er ein echter Hannoveraner.“

Solidarisch sein heiße für ihn loyal sein, versicherte einmal Franke. Damit aber begab er sich in den entscheidenden Jahren der neuen Ostpolitik fast ganz und gar seines Einflusses. Ost- und Deutschlandpolitik wurde von Brandt und Bahr im Kanzleramt gemacht. Franke und seine Kanalarbeiter warfen keine Knüttel in das Getriebe. Die Deutschlandpolitik wanderte aus Frankes Ministerium ab. Der Minister wurde in der politischen Realität zum Erfüllungsgelhilfen Brandts und Bahrs.

Wundert man sich, daß mehr als einmal öffentlich die Frage ventiliert wurde, ob es nicht sinnvoller sei, dieses Ministerium überhaupt aufzulösen. „Solche Stimmen sind weder wohlwollend noch boshaft, sondern böse“, antwortete schon Ende 1971 Franke. Die Arbeit seines Hauses sei zwar nicht spektakulär, aber Aufgabe des Ministers sei es, sorgfältig und seriös wichtige Vorbereitungen zu erarbeiten, um zu positiven Ergebnissen bei Gesprächen und Verhandlungen zu kommen.

Man hat einmal geschrieben, die Rolle als Rangiermeister und manchmal auch Weichensteller auf dem großen Verschiebebahnhof der Politik charakterisiere Franke. Es gibt Beispiele dafür. Aber sicher ist auch, daß selbst seine ärgsten Feinde ihm nie nachgesagt haben, daß er die Partei je mit neuen Ideen überschüttet habe. Deshalb auch blieb sein Einfluß immer begrenzt. Er war und blieb der Lieferant eines Blocks von Stimmen in der Fraktion, die meistens für einen gemäßigten Kurs in der Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eingesetzt wurden. Darin lag seine Bedeutung für den Bundeskanzler Schmidt. Deshalb büßte dieser die mehr als einmal auftauchende Anregung unter den Tisch, das innerdeutsche Ministerium mit seinem glanzlosen Minister aufzulösen.

Auch darüber ist nun schon ein Jahrzehnt vergangen, daß sich Frankes Kanalarbeiter leicht ironisch, aber doch mit unübersehbarem Stolz als „Freunde sauberer Verhältnisse“ bezeichneten. So hat sich Franke selber bis auf den heutigen Tag verstanden. Daher wohl auch seine Trotzgebärden angesichts der Vorwürfe, die heute gegen ihn erhoben werden. Er hat sich verstanden als den wahren und echten Sozialdemokraten, ohne darob ein großes Gedöns zu machen. Der Mann des Jahrgangs 1913 ist gewiß ein geborener Sozialdemokrat. Sein Leben, das nun wohl politisch zu Ende geht, ist exemplarisch für die SPD von gestern und vorgestern.

Der Sohn eines freidenkerischen Klavierlehrers wuchs nahezu zwangsläufig in die SPD Hannover und in die freireligiöse Gemeinde herein. Schon als Tischlerlehrling nach der Volksschule war er Vorsitzender der örtlichen Sozialistischen Arbeiterjugend. Von seinem 18. Lebensjahr an war er dann hauptberuflich für die SPD tätig.

Als einer der Mitorganisatoren der geheimen „Sozialistischen Front“ in Hannover wurde Franke im April 1935 mit einigen anderen jugendlichen Sozialdemokraten von der Gestapo festgenommen und dann zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Im Kriege steckte man ihn in die berühmte Bewährungseinheit 998. Im Mittelmeer wurde er nach Versenkung seines Transporters nach zwölf Stunden Seeboot verunglückt aus der Ägais gefischt. Damit seiner Lebensgeschichte der ironische Akzent nicht fehlt, geriet er ausgerechnet in Braunau am Inn in amerikanische Gefangenschaft.

Das zweite Leben begann mit Kurt Schumacher

Sein zweites Leben begann exakt an dem Tag seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 in Hannover, an dem Tag, an dem Kurt Schumacher dort die SPD wieder gründete. Der entlassene Kriegsgefangene Franke war schon dabei. Seitdem gab es für ihn nur Parteiarbeit, Funktionsarbeit, Organisationsarbeit: Bezirkssekretär in Hannover, hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes, Landesvorsitzender Niedersachsens, Landesvorsitzender Niedersachsen, Ratsherr, Landtagsabgeordneter, dann Bundes-

tagsmitglied.

Ein vorbildliches Parteilieben? Frankes alte Parteifreunde werden das so sehen. Aber die Generation, die heute an der Basis der SPD das Sagen hat, sieht es doch wohl anders. Oder warum sonst hätte man ihm schon vor Jahr und Tag Führungspositionen in der hannoverschen SPD entzogen? Warum wurde er in Hannover noch nicht mit Ach und Krach wieder als Kandidat für die Bundestagswahl nominiert? So oder so: Franke ist schon Vergangenheit.

??%

Gefällstrecke?

Viele hoffen, daß die Zinsen weiter fallen. Das wäre gut für die dringend nötigen Investitionen. Aber vieles spricht dafür, daß das Zinsniveau relativ hoch bleibt. Daher machen wir auf ein Zinsgefälle ganz anderer Art aufmerksam: die Zinsen für einen Langfristkredit der IKB sind niedriger als die für kurzfristige Kredite. Und außerdem: langfristige Vorhaben sollte man nicht mit kurzfristig fälligen Schulden finanzieren. Sprechen Sie daher mit uns über festverzinsliches langfristiges Darlehenskapital – damit Ihre Investitionsfinanzierung nicht mehr kostet, als sie Ihnen einbringt.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank

Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart

„Vom neuen Ministerpräsidenten keine Rede mehr. Ich bin der Ministerpräsident“

Von WILFRIED
HERTZ-EICHENRODE

Die Wahlkämpfer Helmut Kohl und Uwe Barschel haben zwei Gemeinsamkeiten. Beide sind Benjamin. Kohl unter allen bisherigen deutschen Bundeskanzlern, Barschel unter den Regierungschefs der Bundesländer. Und beide stellen sich den Wählern, obwohl sie erst wenige Monate regieren. Aber anders als Kohl muß Barschel nicht nur eine Wahl, er muß zwei Wahlen durchstehen. Acht Tage nach der Bundestagswahl am kommenden Sonntag wird in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt.

Niemand kann vorhersagen, welche Auswirkungen das Ergebnis der Bundestagswahl auf die Landtagswahl am 13. März haben wird. Nur so viel steht fest: Erfahrungsgemäß entscheiden sich die Schleswig-Holsteiner bei Bundestagswahlen für die „linke Mitte“, bei den letzten drei Landtagswahlen hingegen gelang es Gerhard Stoltenberg, für die CDU eine absolute Mehrheit – zumindest der Mandate – herauszuholen, das letzte Mal allerdings nur mit einem Vorsprung von einem hundert Stimmen. Hat Uwe Barschel für das gesplittete Wahlverhalten seiner Landesbürger eine Erklärung?

Wir sitzen uns in Geesthacht in einem Fährhaus an der Elbe gegenüber. Der doppelte Wahlkampf scheint Barschel nicht zu strapazieren. Er wirkt entspannt, elastisch. Barschel bestellt sich eine Cola. Die journalistische Anmerkung, in der Getränkewahl eifere er wohl Helmut Schmidt nach, beantwortet er mit einem düsternen Zug aus dem Glas. „Schmidt“, sagt er dann, „ist ein Norddeutscher, schon vom Typ her ist er bei uns populär.“

Frage: Zieht der Name Schmidt noch bei der Landtagswahl?

Barschel: „Schwer zu sagen. Vielleicht hindert er ein bisschen die innerlich schon von der SPD abzuwenden, dann die CDU zu wählen. Aber sein Einsatz beim Landtagswahlkampf ist auffallend gering. Das mag wohl daran liegen, daß der SPD-Spitzenkandidat Engholm eine derartig linke und alternative Mannschaft aufgestellt hat.“

Der Ministerpräsident lehnt sich zurück, blickt konzentriert aus dem Fenster, greift mit einer ausstehenden Armbeuge in die Historie. Was das gesplittete Wahlverhalten der Menschen zwischen den Meeren betrafte, so sei Schleswig-Holstein – entgegen manchem Vorurteil – keineswegs ein typisches CDU-Land. „Solange wir in diesem Land demokratische Wahlen haben, also seit 1867, gibt es bei uns linke Mehrheiten. Auch nach dem letzten Krieg hatte die SPD die zunächst absolute Mehrheit.“ Aber wie kommt es zu den CDU-Mehrheiten bei Landtagswahlen? Barschels Erklärung: „Das liegt daran, daß die Landesregierung seit Jahren, ja Jahrzehnten, ein höheres Ansehen genießt als die Parteien, auch als die Bundesregierung.“

Frage: Ist die Landesregierung so populär, oder ist es der Ministerpräsident?

Barschel: „Die Landesregierung als Ganzes, wenn auch der Ministerpräsident die höchsten Popularitätswerte zu haben pflegt.“

Wenn demnach aller Erfolg der CDU am 13. März von der Beliebtheit der Landesregierung, vor allem des Regierungschefs, abhängt, so fragt es sich, wieviel Beliebtheit Barschel in vier Monaten Amtszeit als Ministerpräsident angesammelt haben kann. Ist er noch der junge Mann des nach Bonn entrückten Landesvaters Stoltenberg, oder steht er schon auf eigenen Füßen?

Barschel entwirft die provozierende Frage mit einem selbstbewußten Lächeln. Es sei für ihn nie ein Problem gewesen, aber in Stoltenbergs Schatten stehe. Erstens deshalb nicht, weil Stoltenberg unter den Ministerpräsidenten eine überraschende Figur war – er war ja schon eine bundespolitische Institution, als er nach Kiel kam. Zweitens, weil er Stoltenbergs Politik mitgetragen, „auch mitgestaltet“, habe. Drittens setze er seine



Als Uwe Barschel im Herbst vorigen Jahres von seinem Amtsvorgänger Gerhard Stoltenberg zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen wurde, war das keine Sensation, auch wenn der neue Regierungschef erst 38 Jahre alt war. Barschel, der seine politische Karriere als „Ochsenhirt“ verstanden wissen will, gilt schon seit Jahren als „Kronprinz“ in der CDU des nördlichsten Bundes-

landes. Barschel war Vorsitzender der Jungen Union und stellvertretender CDU-Landesvorsitzender, als er 1971 Landtagsabgeordneter und auf Anhieb stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde. Sechs Jahre lang war er bis 1979 Fraktionschef, danach ein halbes Jahr Finanzminister und bis zu seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 14. Oktober vorigen Jahres Innenminister. FOTO: WULF PFEIFFER/DA

eigenen Akzente, zum Beispiel im Umweltschutz, in der Politik gegenüber der dänischen Minderheit, in der Kommunalaufsicht, die er schon als Innenminister liberal praktiziert habe. Barschel sagt, er sei ein Mann der Kontinuität, aber er habe seinen eigenen Stil. Er blickt sein Gegenüber aus stahlblauen Augen an, als er erklärt: „Von dem neuen Ministerpräsidenten redet niemand mehr. Ich bin der Ministerpräsident.“ Die Sorge, nicht anerkannt zu werden, brauche er sich nicht zu machen – auch nicht in dem, wie er sein wolle.

Frage: Wie wollen Sie sein?

Barschel: „So wie ich bin.“

Frage: Und wie sind Sie?

„Um dies zu zeigen, daß es mir ernst ist, daß ich für den Frieden kämpfe bis zur Selbstauflösung, habe ich in maßloser Übertreibung – aber zu Ende gedacht – gesagt: Ich würde meinen Sohn umbringen, wenn er in einem Krieg mitmacht.“

Sophia von Behr-Negendanck am 26. Februar 1981 in der linksradikalen „Tageszeitung“. Sie gehört der „politischen Führungsmannschaft“ an, die Björn Engholm als Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein aufgestellt hat.

Barschel: „So, daß die Wähler und Bürger immer deutlicher die Kontur des Nachfolgers sehen. Damit will ich mich von Stoltenberg überheben.“

Er hat es andererseits auch nicht nötig, sich vorwiegend von seinem sozialdemokratischen Herausforderer Björn Engholm, der unter Kanzler Schmidt Bundesbildungsminister war, abzusetzen; denn für das Unverwechselbare sorgt Engholm auf seine Weise. Für Barschel besteht der Gegensatz vor allem in der Kompetenz: „Es ist ein Unterschied, ob man zwölf Jahre lang in der Landespolitik groß geworden ist.“

Barschel war CDU-Fraktionschef, Finanzminister, Innenminister – oder ob man im Bundestag gesessen hat, ohne Funktionen in Schleswig-Holstein auszuüben. Die Sachkompetenz und die Lösungskompetenz der Landesregierung wird unvergleichlich höher eingeschätzt als die der Mannschaft Engholm, die sich ja überwiegend aus Leuten zusammen-

setzt, die nicht aus Schleswig-Holstein kommen, die vielleicht auf ihrem Gebiet gearbeitet haben, aber weder politische noch administrative Erfahrung mitbringen.“

Frage: Zur FDP. Im Bund tritt sie für eine Koalition mit der Union ein, im Land für eine Koalition mit der SPD. Kann Rönneberger das den Wählern erklären?

Barschel: „Nein. Die Haltung der FDP kann Rönneberger niemand klarmachen, weil die Bundespartei sagt, sie wolle in Bonn die Politik der Mitte, die Regierung Kohl/Genscher, unterstützen, und genau das ist ja auch die Politik unserer Landesregierung. Dem läuft die Koalitionsaussage der Landes-FDP für

den Sozialdemokraten zuwider. Dieser schleswig-holsteinische Landesverband der FDP ist programmatisch kein Teil der Bundes-FDP mehr.“

Frage: Eine ganz andere Partei?

Barschel: „Ja, eine andere Partei.“

Der Ministerpräsident nimmt für sich in Anspruch, Umweltschutz schon aktiv betrieben zu haben, als es in der Politik noch keine „Grünen“ und „Alternativen“ gab. Vor Jahren hat Barschel die Stiftung Herzogtum Lauenburg ins Leben gerufen und durchgesetzt, daß sie in ihren breitgefächerten kulturellen Aufgaben die Pflege der Pflanzens- und Tierwelt zum Schwerpunkt machte. Umweltschutz ist auch das Hauptproblem der nachbarschaftlichen Politik mit Hamburg. Barschel stellt fest, daß 55 Prozent der Schwefeldioxyde, die in Hamburg in die Luft geblasen werden, von Schleswig-Holstein kommen. Wie soll das werden, wenn Hamburg neue Kohlekraftwerke

baut, um sich vom Atomstrom unabhängig zu machen?

Barschel: „Da bin ich sehr gelassen. Ich glaube nicht, daß Hamburg in der Lage ist, diese Energiepolitik zu verwirklichen. Das setzt ja voraus, daß die Energie aus dem Atomkraftwerk Brokdorf ansteigt, doch das ist rechtlich nicht möglich. Von dieser Hamburger Energiepolitik wird man bald nicht mehr reden.“

Barschel berichtet mit einigem Stolz, daß auf Initiative der Kieler Regierung Expertengespräche mit der „DDR“ über die Sanierung der Elbe zustande gekommen sind. Er hat jedoch eine große Sorge: Es geht um das Geld: „Von allen Anträgen ist Schleswig-Holstein derjenige, der die Elbe am wenigsten belastet, auch deshalb, weil wir bei der Ansiedlung neuer Industrien keine Kompromisse gemacht haben. Die Belastung kommt von den alten Betrieben, und darum ist Hamburg ein so großer Verschmutzer.“ Ganz zu schweigen von der DDR und der CSSR. Aber auch wir sollen zur Kasse gebeten werden, obwohl wir am Ende der Elbe sitzen und den ganzen Dreck an uns vorbeiziehen lassen müssen. Dennoch: An der Elbesanierung muß energisch gearbeitet werden.“

Barschel wohnt mit Frau und vier Kindern in Mölln, im Zonenrandgebiet. Er regiert ein Bundesland mit zweifacher Grenzlage. Welche Grenzlinie mehr schmerzt?

„Nicht die zu Mecklenburg“, sagt er, „jenseits der Elbe, sondern die Elbe und die mein politisches Denken und Fühlen schon in jungen Jahren geprägt hat. Hier weiß man, was Freiheit bedeutet, was Freiheit bedeutet. Die Grenze zu Dänemark betrachte ich gar nicht als Grenze, sie ist eher eine Brücke.“

Das Gespräch kehrt zum Eingangsthema zurück. „Jetzt den Aufschwung wählen“, ruft Bundeskanzler Kohl den Bürgern in der Schlussphase des Bundestagswahlkampfes zu. Aufschwung auch in Schleswig-Holstein? „Aufschwung“, sagt Barschel, „ist ein Begriff, der aus der Bundespolitik kommt. Da erkenne ich auch deutliche Erholungstendenzen. Auch bei uns registrieren wir geradezu rasante Zugänge bei den Baukrediten. Aber es gehört zu den Besonderheiten Schleswig-Holsteins, daß hier die Konjunkturzüge mit größerer Verzögerung ablaufen. Deshalb haben wir ein Schleswig-Holstein-Programm für Arbeitsplätze aufgelegt, das einen Investitionsanstoß von vier Milliarden Mark auslösen soll.“

Es gibt eine Vielzahl wirtschaftlicher Landesprogramme, sie werden trotz des Zwanges zum Sparen durchgeführt. Als „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie der Ministerpräsident sagt. Die Weichen zum viertierten „Neubeginn“ sind gestellt, in Bonn und auch in Kiel.

Doch es bleibt die Zweifelsfrage: Wie wird sich das Ergebnis der Bundestagswahl auswirken?

Frage: Angenommen, Bundeskanzler Kohl wird am 6. März von den Wählern bestätigt, müssen Sie dann befürchten, daß die Schleswig-Holsteiner am 13. März eine Art ausgleichende Gegenbewegung auslösen und dem CDU-Ministerpräsidenten Stimmen vorenthalten, möglicherweise so viele Stimmen, daß es zur absoluten Mehrheit der Landtagsmandate nicht mehr reicht?

Barschel: „Die wissenschaftlichen Wahlforscher haben mir gesagt, daß man keine verlässliche Prognose darüber anstellen kann, wie das Bundestagswahl-Ergebnis auf die Landtagswahl einwirken könnte. Mein Gefühl sagt mir: Bleibt Kohl Kanzler in einer Koalition mit der FDP, gibt es also in Bonn keine übermächtige Union, dann wird sich das für die CDU in Schleswig-Holstein am 13. März positiv auswirken. Die Frage ist allerdings, ob wir diejenigen potentiellen CDU-Wähler in Schleswig-Holstein, die am 6. März der FDP ihre Zweitstimme geben, um in Bonn die Kohl/Genscher-Koalition zu stabilisieren, am 13. März zurückbekommen. Dafür werden wir von Montag an arbeiten.“

„Ein wichtiger Grundstein für die Entscheidungen dieses Jahres“

Innenminister legte dem Kabinett den Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ vor

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bis zum Jahre 1990 werden die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland mit fast sechs Millionen Menschen 9,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen. Vor der Kulisse dieser „Modellrechnung“ unter Einbeziehung von Wanderungsüberschüssen legte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern in Bonn dem Kabinett den Bericht der Kommission „Ausländerpolitik“ vor. Die Kommission war im Herbst 1982 eingesetzt worden, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung die Anregung dazu gegeben hatte.

Ihr gehören Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden an, außerdem Repräsentanten der Spitzenorganisationen Deutscher Städte, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag. Aufgabe der Kommission war es zu ermitteln, wie „unter Wahrung der rechtlichen Grundordnung“ die gesellschaftspolitischen Probleme abgebaut werden können, die durch die große Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik entstehen. Minister Zimmermann meinte anläßlich der Vorlage des Berichts, trotz mangelnder Einigkeit in manchen wichtigen Punkten sei er „ein wichtiger Grundstein für notwendige Entscheidungen dieses Jahres“.

Während alle Beteiligten darin

übereinstimmen, daß es beim uneingeschränkten Anwerbestopp für Gastarbeiter, unabhängig von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, bleiben müsse, ferner bei der Förderung der Rückkehrbereitschaft oder dem Verbot eines Nachzugs erwachsener Ausländer, die von Deutschen adoptiert worden sind, gab es vor allem bei der Regelung des Kindermachzuges von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten verschiedene Voten. Keine Einigung kam auch beim Sachkomplex „Erleichterung der Einbürgerung“ sowie „Sanktionen bei Nichtanspruchnahme der Möglichkeit erleichterter Einbürgerung“ zustande. Das Land Bremen hat sich vom Gesamtbericht distanziert, Nordrhein-Westfalen hat, aus terminlichen Gründen, davon abgesehen, Empfehlungen zu den einzelnen Lösungsvorschlägen abzugeben.

Für die in Deutschland lebenden Ausländergruppen fordert der Bericht „eigene Integrationsbeiträge“, die vor allem im Erlernen der deutschen Sprache zu bestehen hätten. Einbürgerung könne zwar am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen, heißt es, sei aber „nicht notwendiges Ziel der Integration“. Von den Kommissionsmitgliedern forderten das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium der Finanzen sowie die hauptsächlich über hohe Ausländerzahlen klagenden

Länder Berlin, Baden-Württemberg und Bayern, das Höchstnuzugsalter für Kinder von Gastarbeitern grundsätzlich vom vollendeten 16. Lebensjahr, der bisherige Regelung, auf das sechste Lebensjahr herabzusetzen. Hier plädiert das Land Bremen für eine Grenze bei 18 Jahren.

Die gleiche Gruppierung von Kommissionsmitgliedern, die beim Kindermachzug die untere Grenze will, unterstützt durch kommunalen Spitzenverbände, hat außerdem empfohlen, für bestimmte Regionen mit hohem Ausländeranteil durch Änderung des Ausländergesetzes den Zuzug von Nichtdeutschen zu sperren. Da spräche, so heißt es im Bericht, teilweise „zögerliche Anpassung an die Situation“ und die Entbehrlichkeit von Verwaltungskräften. Dagegen wurde ins Feld geführt, daß die der Vergangenheit praktizierte „Sperrung überlasteter Siedlungsgebiete“ wegen Undurchführbarkeit aufgegeben werden mußte.

Die von der Bundesregierung einzelnen Bundesländern und kommunalen Verbänden angestrebte Regelung, einen Ausländer-Ausweisungsgesetz „Abhängigkeit von Herkunfts- und anderen harten Dingen“ einzuführen, stieß bei Bremen, Hessen und der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Frau Liselotte Fung (FDP), auf Widerstand.

Schelte Zimmermanns für FDP-Minister

„Außenpolitik der gefälligen Unverbindlichkeit“

MANFRED SCHELL, Bonn

Mit bisher ungehöriger Schärfe hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) Kritik an den FDP-Ministern im Bundeskabinett geübt und Veränderungen bei einer erneuten Regierungsbildung zwischen CDU/CSU und FDP nach dem 6. März verlangt. In einem Beitrag für das CSU-Organ „Bayernkurier“, der heute veröffentlicht wird, schreibt Zimmermann: „es kann ein schwerer Fehler bürgerlicher Wähler sein, wenn sie sich dem zulassen hingeben, mit der FDP könne die CDU/CSU besser regieren. Das Gegenteil ist der Fall.“

Diese Aussage des CSU-Politikers dürfte im Zusammenhang mit dem Bemühen der FDP stehen, Unionswähler zum Stimmensplitting bewegen zu wollen, denn er fügt hinzu: „wenn die FDP genug basisfähige Unionswähler findet, könnte der Sieg der CDU/CSU tatsächlich noch verhindert werden“. Über den FDP-Vorsitzenden Genscher schreibt Zimmermann, dessen „Außenpolitik der gefälligen Unverbindlichkeit, der rastlosen Herumreisen ohne konkretes Ergebnis kann nicht das Ziel einer Außenpolitik der CSU sein.“ Die „Wende“ dürfe nicht vor den Türen auswärtiger Ämter haltmachen.

Kritisch äußert er sich auch gegenüber Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Bundesernährungsminister Josef Ertl. Die Wirtschaftspolitik von Lambsdorff, so erklärt Zimmermann, „steht einer durchgreifenden Umweltschutzpolitik nicht gerade aufgeschlossen gegenüber“. Und Josef Ertl zeige in Fragen des Tiereschutzes, beispielsweise bei der notwendigen Beendigung des Zobenschlachtens, „keinerlei Einsicht“. Deshalb wäre es zweckmäßig, den Tier- und Umweltschutz zu verbinden und in einem Ressort, dem Bundesinnenministerium, zusammenzufassen.

Mit großer Deutlichkeit verweist der Bundesinnenminister auch auf Unterschiede zwischen der Union und der FDP in der Rechts- und Innenpolitik. Hier lägen „Weiten“ zwischen den Auffassungen. Er erwähnt den FDP-Parteitagsbeschluss zur Aufhebung des Kontaktparagraphe, das bei einer terroristischen Erpressung die Handlungsfähigkeit des Staates sichern solle. Die FDP „blockiert“ schärfere Strafgesetze gegen gewalttätige Demonstranten und „verurteilt“ Schwerstverbrecher nach FDP-Ideen bereits nach kurzer Haft sogenannte Freigänger, mit dem Geleit, „daß sie neue Opfer finden“, schreibt Zimmermann.

Genscher zieht FDP-Wahlkampf bilan

„Beachtliche Wirkung“ der Zweitstimmen-Werbung / Angriffe gegen die SPD

STEFAN HEYDECK, Bonn

Vier Tage vor den Bundestagswahlen hat sich der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher, zuversichtlich, aber auf keinen Fall übermäßig, zu den Chancen seiner Partei geäußert. Die Zweitstimmen-Werbung der Liberalen zeige eine „beachtliche nachhaltige Wirkung“, die zusätzlich durch die Gegenoperationen der anderen Parteien belebt worden sei.

Genscher verband vor Journalisten in Bonn seine Wahlkampf bilan mit neuen Angriffen insbesondere gegen die SPD, aber auch mit Kritik am Koalitionspartner CDU/CSU. So verurteilte er die Forderung des scheidenden SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner nach Anerkennung einer „DDR“-Staats-

bürgerschaft als „Zwangsaußbürgerung von 17 Millionen Deutschen“. Hier fehle ein „klärendes Wort“ des SPD-Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel.

Gleichzeitig warnte der FDP-Vorsitzende, daß Vogel als „Kanzler der Grünen“ gewählt werde, obwohl bei der Kanzler-Alternative sich eine zunehmende Zustimmung zugunsten von Helmut Kohl abzeichne. Daneben bestimme aber auch die Außenminister-Alternative „Genscher oder Strauß oder Bahr“ offenbar das Wahlverhalten.

Genscher bekräftigte entgegen Unions-Ankündigungen erneut das Festhalten der FDP an der gesetzlich festgeschriebenen Rückzahlbarkeit der Investitionsabga-

be. Die Freien Demokraten machten ihre Stellung zur CDU/CSU auch in Sachpositionen deutlich „ohne dabei eine Störenfriedrolle“ zu spielen. Die zeige sich vielmehr „in Meinungsäußerungen aus dem Süden“.

Zu dem von SPD-Geschäftsführer Peter Glotz aufgrund der jüngsten Allensbach-Umfrage geforderten Verbot von Meinungsumfragen zeigte sich erneut der Wille der SPD zur Bevormundung der Bürger.

Deutliche Vorbehalte gegen von Allensbach der FDP prognostizierten 8,3 Prozent meldete rang Mischnick an: Genaue Stimmzuteilungen hingen schon allein von der Wahlbeteiligung ab.

DELTAS MEDALLION-BUSINESS-KLASSI VON FRANKFURT NACH ATLANTA. LUXUS OHNE AUFPREIS.

Die Medallion-Business-Klasse ist Deltas spezielle Klasse für Geschäftsleute. Sie kostet viel weniger als der Erste-Klasse-Tarif und ist ideal für Geschäftsreisen ab Frankfurt. In ruhiger Atmosphäre können Sie arbeiten oder entspannen. Die Getränkekarte bietet Cocktails, erlesene Weine und Liköre. Darüber hinaus haben Sie eine höhere Freigepäckgrenze. Und all das ohne Aufpreis.

Delta fliegt an 5 Tagen in der Woche – außer dienstags und donnerstags – nonstop von Frankfurt nach Atlanta. Ab Atlanta fliegt Delta weiter nach 80 Städten in den USA. Nehmen Sie Delta

nach Atlanta, und ohne die Fluggesellschaft zu wechseln, erreichen Sie Ihr Reiseziel an der Ost- oder Westküste.

Für Informationen und Buchungen wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder rufen Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer 06 11/ 23 30 24, Telex 4 16 233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main. **DELTA**

Tarife und Flugpläne können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.



DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®



Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

Die internationale Kreditpyramide ist vom Einsturz bedroht. Banken und Regierungen bemühen sich, das Schlimmste zu verhindern. Der Bankier Sir Walter Salomon erinnert an die einstige Solidität des privaten Bankgewerbes und warnt davor, die Krise unter den Teppich zu kehren. Statt dessen

würden manche Kreditinstitute - aus Furcht vor Totalverlusten - „gutes Geld dem schlechten nachwerfen“. Salomon mißtraut den bisherigen Schuldenmanagern und plädiert für privatwirtschaftliche Lösungen. Je länger man zögere, den Schuldenberg zu konsolidieren, desto größer sei

die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung. Der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems übertrüge nach Salomons Ansicht noch die Depression von 1929 bis 1932. Bei den zahlreichen Umschuldungsversuchen werde zu stark auf das verführerische Prinzip Hoffnung gesetzt.

Ursprung und Heilung der internationalen Bankkrise

Von WALTER SALOMON

Die gegenwärtige Bankenkrise hat in hohem Grade ihren Ursprung darin, daß vor Jahren die Zentralbanken, die als private Unternehmungen vom Markt abhängig waren, nationalisiert wurden.

Als die Zentralbanken vom Markt abhängig waren, basierten ihre Entscheidungen auf wirtschaftlichen Überlegungen, gestützt auf Umsicht (Klugheit) und Voraussicht. Als der Staat der Eigentümer wurde, konnte er die Zentralbanken anweisen, in einer Art und Weise zu handeln, die völlig unvereinbar mit diesen Prinzipien waren.

Politische Überlegungen spielten eine wesentliche Rolle, und der Staat (die Politiker) ergriffen teilweise Maßnahmen, die darauf abzielten, das Wohlwollen der Öffentlichkeit zur Wahlpropaganda oder anderen Zwecken zu erkaufen. Ich sage vor vielen Jahren, daß in alten Zeiten den Politikern vorgeworfen wurde, Wählerstimmen mit ihrem eigenen Geld zu kaufen. Heute werden sie beschuldigt, sie mit dem Geld des Steuerzahlers zu kaufen. Damals stellte ich die Frage, ob es nicht besser wäre, zu den alten Prinzipien zurückzukehren.

Wir müssen erkennen, daß wir heute die Uhr nicht zurückstellen können und somit die Privatisierung der Zentralbanken nicht im Bereich des Möglichen liegt. Möglich ist es jedoch, gewisse Schutzmaßnahmen zu treffen, um die Zentralbanken vor unvernünftigen Handlungen, die ausschließlich in nationaler oder internationaler Politik begründet sind, zu verhindern.

Die Zentralbanken könnten unter Kontrolle einer gänzlich unabhängigen Körperschaft außerhalb des Regierungsapparates gestellt werden. Darauf habe ich in einem Artikel hingewiesen, der 1967 im „Spectator“ unter der Überschrift „Bankers der Welt, vereinigt euch!“ erschienen ist. Als Alternative könnte eine internationale Zentralbank gegründet werden, die dem Markt unterworfen wäre.

Die augenblickliche Krise ist darauf zurückzuführen, daß die Zentralbanken oder andere öffentliche Geldinstitute die internationalen Banken ermutigen - oder wenn nicht aktiv ermutigen, so doch zumindest nicht gebremst haben - Kredite an kreditwürdige Schuldner zu vergeben. Die alten Prinzipien eines soliden Bankgeschäfts wurden völlig mißachtet, da viele der Führungskräfte im Kreditgeschäft, die über die Verträge dieser Kredite zu entscheiden hatten, zwar vielleicht gelernt haben, welche Instrumente anzuwenden waren, aber nicht lernten, wie sie anzuwenden waren.

Mit dem Rückgang des Einflusses der Eigentümer-Inhaber - bedingt durch den Betrieb der Zentralbanken - begannen einige Leute mit anderen „bürgerlichen“ Leuten zu konkurrieren.

Eine der Maximen eines guten Bankiers ist, daß er, wenn er Geld verleiht, eine Anzahl von verschiedenen Kriterien anwendet:

- I. Wenn jemand einen Kredit haben möchte, wird der Bankier als erstes sich vergewissern, daß der Schuldner wirklich einen Kredit benötigt und daß es nicht Eigenkapital ist, was er in Wirklichkeit braucht.
- II. Wenn der Bankier dies festgestellt hat, muß er herausfinden, ob der Kreditnehmer auch kreditwürdig ist.
- III. Wenn er festgestellt hat, daß der Kreditnehmer kreditwürdig ist, muß er herausfinden, ob der Cash-Flow (Bruttoertrag) ausreichend sein wird, damit der Kredit

nehmer die Bedingungen seiner Kreditvereinbarung auch erfüllen kann, und schließlich, aber nicht am unwichtigsten:

IV. Falls der Kredit an einen Kreditnehmer in einem anderen Land vergeben ist, muß der Bankier völlig überzeugt sein, daß die Zahlungsbilanz des betroffenen Staates es erlauben wird, die Bedingungen der Vereinbarung einzuhalten.

Aber das ist erst der Anfang der Bedingungen, auf die der Bankier achten muß. Auch die folgenden Bedingungen sind von großer Bedeutung, wenn ein Bankier einen Kredit vergibt:

A. Der Umfang der gesamten Kredite, die er gibt, haben in Relation zu seinen Eigenkapital-Reserven zu stehen.

B. Er sollte einem Kreditnehmer nicht mehr als einen gewissen Prozentsatz des Kreditvolumens geben, das er insgesamt zu vergeben bereit ist.

C. Bei Krediten für Handel, den Warenmarkt oder für die Industrie sollten diese ebenfalls im Umfang von einem bestimmten Prozentsatz des Umsatzes des Handels oder des Industrieunternehmens oder des Warenwertes begrenzt werden.

D. Falls das Darlehen aus dem Ausland geht, sollte es auch hier in der Höhe begrenzt werden auf einen Prozentsatz des gesamten verfügbaren Kapitals.

Wir sind zur Zeit in der Situation, daß viele der führenden Banken gegen alle oder Teile dieser Kriterien verstoßen haben, und sie stellen nun fest, daß ein großer Teil ihres Kapitals und ihrer Reserven festgelegt sind in Anleihen, die als nicht mehr bediente Anleihen, „eingefroren“, genannt werden. Falls dies einer kleinen Bank passieren würde und ihr Kapital in solcher Weise festgelegt wäre, würden die zuständigen Behörden sofort einschreiten und fordern, daß diese Darlehen abgeschrieben werden oder daß zur Deckung dieser Darlehen genügend Rückstellungen gebildet werden; und sie würden der Bank nicht erlauben, weitere Kredite zu gewähren. Hier verweise ich auf die neuen Bestimmungen der Bankenaufsicht, d. h. auf die Relation in den Ausleihungen einer Bank zu ihrem Eigenkapital und den Rücklagen.

Wir haben nunmehr die außerwöhnliche Lage, daß einige der Zentralbanken ihre Geschäftsbanken aktiv ermutigen, den in Verzug geratenen Schuldnern zusätzlich zu den „eingefrorenen“ Anleihen weitere Kredite zu geben - das heißt: gutes Geld dem schlechten nachzuwerfen - um zu verhindern, daß in Verzug geratene Schuldner bei der Begleichung ihrer Zinsen säumig werden. Mit anderen Worten, das neu ausgeleierte Geld wird den bereits ausstehenden Darlehen hinzugefügt und dazu benutzt, Zinsen an den Darlehensgebern zu zahlen.

Eine der grundlegenden Bankprinzipien ist, daß es fast eine kriminelle Handlung ist, kurzfristig zu leihen und langfristig auszuliehen. Hier liegt ein weiterer Grund für die augenblickliche Bankenkrise. Der Präsident der Bank von England sagte am 8. Februar 1983 in einer Rede:

„Die Auslandsfilialen von Banken einiger in Schwierigkeiten geratener Länder hatten in sehr beträchtlichem Umfang kurzfristige Einlagen anderer Banken dazu benutzt, um sie längerfristig an Banken in ihren Heimatländern zurückzuleihen. Diese kurzfristigen Einlagen waren so umfangreich, daß die Rücknahme eines bedeutenden Teiles davon das ganze Paket der weitergegebenen Mittel gefährdet hätte. Wenn es einigen Banken gelänge, ihre Ausleihungen zu verringern, dann wären

die Weltbank Geld verleihen müssen. Er sagte, daß das Darlehen immer nur einem bestimmten Projekt dienen dürfte, gut geprüft und gründlich überwacht sein müßte. Wir sind seit langem von diesem Weg abgekommen, und Geld wird für sehr gefährliche, diese Haltung einzuhalten. Je länger man zögert, den Problemen in praktischer Weise zu begegnen, um so schlimmer wird die Situation werden. Es könnte sehr wohl geschehen, daß die Russen einer Abrüstung ihrer nuklearen Waffen getrost zustimmen und sich darauf verlassen könnten, was Lenin einmal gesagt hat: „Es ist kein Grund, sich über den Kapitalismus Sorgen zu machen; er wird sich selbst zerstören durch Zerfall des Währungssystems.“

Wie kann nun die Lösung aussehen?

I. Um zu verhindern, daß die Regierungen, die (Politiker) leichtsinnig mit der Macht umgehen, die sie durch die Kontrolle der Zentralbanken besitzen und

II. um zu verhindern, daß die Geschäftsbanken sich freiwillig den Zwängen unterwerfen, auf die ich bereits hingewiesen habe, müssen zuvor die Bilanzen der Banken in Ordnung gebracht werden: die eingefrorenen Kredite dürfen nicht als Aktive bei ihrer Kreditpolitik - oder genauer bei der Relation von Kapital und Reserven zu den Ausleihungen - betrachtet werden.

Ich werde hierauf noch später eingehen.

Es muß über eine sehr kreative

Initiative nachgedacht werden: Über etwas in einem sehr großen Maßstab nach der Art, wie General Marshall seiner Zeit den Marshall-Plan einleitete, nur daß jetzt die Hilfsmaßnahmen auf einen ganz bestimmten Zweck begrenzt werden.

In dem ursprünglichen Marshall-Plan konnten die Empfängerländer frei über das Geld verfügen. Einige, wie Deutschland, haben es weise genutzt für den Wiederaufbau ihrer Industrie und ihres Handels; andere, wie Großbritannien, haben es unklug genutzt, indem sie es für soziale Experimente und Zuwendungen verwendeten.

Sollte eine internationale Bank gegründet werden, sollte sie in den Händen von Bürgern und nicht in den Händen der Regierung sein. An dieser Stelle möchte ich gern daran erinnern, was in Genäva im 13. Jahrhundert geschehen ist - als die Wirtschaftsordnung von Genäva 1405 infolge von Eskapaden zu-

bank und der Öffentlichkeit ergänzt werden. Eine Bedingung für solch ein Vorgehen wäre natürlich, daß die Geschäftsbanken sich als Partner strikt an die von der Internationalen Zentralbank festgelegten Regeln und Statuten halten und sich hierbei einer ordnungsgemäßen Bankenaufsicht unterwerfen. Sollten sie es versäumen, diesen Bedingungen nachzukommen, würden sie aus dem Klub hinausgeworfen werden; dies würde in der Tat das Ende der jeweiligen Bank bedeuten, da sie alle ihre Einlagen verlieren würde.

Es ist natürlich hier nicht möglich, auf das Pro und Contra meines Vorschlags in allen Einzelheiten einzugehen. Ich würde aber vorschlagen, daß mit großer Dringlichkeit ein Ausschuss von namhaften Bankiers - unter Ausschluss derjenigen, die zu dem jetzigen Debakel beigetragen haben - gebildet wird mit der Aufgabe, einen abgewogenen Bericht zu erstellen. Dieser Ausschuss hätte das Recht, seine Mitglieder nach eigener Wahl auszuwählen. Die Banken, die letztlich teilnehmen wollen, müssen sehr kooperativ sein und diesem Ausschuss Informationen zur Verfügung stellen, damit dieser in die Lage versetzt wird, seinen Bericht zu erstellen.

Ich behaupte nicht, daß meine Vorschläge unbedingt namensicher sind, aber sie bieten wenigstens ein Konzept, das man wie man ein Problem lösen könnte, das, falls es nicht in einer praktischen und pragmatischen Art angepackt wird, zu einer großen Katastrophe führen wird. Neue Ideen werden stets als „nicht praktikabel“ angegriffen. Doch sollte man die hervortreten lassen, die konstruktive Ideen haben und die erklären, wie man Vorschläge, wie sie dieser Beitrag enthält, verbessern könnte.

Die Krise, der wir nunmehr gegenüberstehen, war absolut vorhersehbar und man hätte sich schon seit langem mit ihr befassen müssen.

Im Hinblick auf die internationalen Kredite möchte ich nur aus einer Rede zitieren, die ich 1976 gehalten habe:

„Es ist meine feste Überzeugung, daß die freie Welt, nachdem sie vor einem oder zwei Jahren den traumatischen Erfahrungen in der Finanzwelt gegenübergestanden hat, nun einer anderen ernststen Krise gegenübersteht. Ich denke hier an die internationalen Anleihen, die wir den Entwicklungsländern gegeben haben; in vielen Fällen ohne jede Kontrolle und sehr oft aus politischen Gründen; Anleihen, die wir zum Teil an das Publikum weitergegeben haben und die zum Teil in den Anleihe-Portefolios großer internationaler Banken gehalten werden.“

Ich kann den Tag kommen sehen - wenn er nicht schon da ist - an dem viele dieser Länder nicht in der Lage sein werden, die Zinsen zu zahlen oder fällige Rückzahlungen zu leisten; es ist durchaus möglich, daß sie argumentieren, es seien ohnehin Gelder, die ihnen die freie Welt schuldet für das, was sie ihnen in der Vergangenheit angetan hätte oder, um es anders zu formulieren, für das was sie in der Vergangenheit nicht für sie getan habe. Und die freien Länder werden einfach sagen: Wir schulden euch nichts. Der Schuldzuweis ist eine Propaganda, die durch den Ostblock transportiert wird und dem Endziel dient, die freie Welt zu zerstören.“

Rufen wir unsere Hände nicht in Verwirrung? Erinnern wir uns nicht an den Ausbruch der Götter? Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, ruft die Arme der Götter herbei.“

Gegendarstellung

Gegendarstellung zu den in der WELT vom 28. Februar 1983 wiedergegebenen Äußerungen des Tierarztes Ernst Holler.

1. Es trifft nicht zu, daß ich „Jungstammführer“ der Hitlerjugend gewesen sei. Ich bin weder dem Range noch der Funktion nach jemals Jungstammführer gewesen und auch niemals „in der Uniform mit den weißen Schnüren“ aufgetreten. Mein höchster Rang bei der Hitlerjugend war der eines Scharführers, und mit diesem Rang war ich als Leiter der Kulturstelle des Gießener Bannes eingesetzt.

2. Unwahr ist weiter die Angabe: „Vogel setzte praktisch die Kulturstelle fort, die von der Hitlerjugend durch die Nazis begonnen hatte. In dieser Funktion war er bei der HJ so etwas wie der verlängerte Arm des Reichspropaganda-Ministers Goebbels.“

Als Leiter der Kulturstelle des Bannes (ich war 15, als man mir diese Funktion, die ich knapp zwei Jahre ausübte, übertrug) oblag mir die Erledigung kultureller Aufgaben, wie die Betreuung eines Theaters, eines Gesangsvereins, die Betreuung von Jugendgruppen, die Musikpflege, Propaganda und ideologische Tätigkeiten gehörten nicht zu meinen Aufgaben. Insbesondere trifft nicht zu, daß ich Pimpfe und/oder Jungmäden dem „Führer“ geweiht hätte.

3. Um die disziplinären Folgen der Schlägerei eines uniformierten Hitlerjungen mit seinem Führer zu beenden, fiel nicht in meine Kompetenz und auch nicht in die eines Staatsanwaltes. Ich sehe es deshalb als ausgeschlossen an, daß ich einen Entscheid wegen der von „Bild am Sonntag“ referierten Degradierung getroffen oder daran mitgewirkt habe. Der Tierarzt Dr. Holler verwechselt mich offenbar bei der Schilderung seiner Degradierung mit jemand anderem. Dafür spricht auch, daß ich seiner Erinnerung nach Jungstammführer gewesen sei, und daß er behauptet, mich „mit den weißen Schnüren“ (Funktionsabzeichen des Führers eines Jungstammes) gesehen zu haben.

Dr. Hans-Jochen Vogel

Wachboot vereitelte Flucht aus Polen

AP Warschau

An der polnischen Küste ist der Versuch zweier Männer aus Danzig gescheitert, mit einem Schlauchboot über die Ostsee nach Schweden zu flüchten.

Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldet, sind die Flüchtlinge von Fischern aus Kolberg entdeckt und dem Grenzschutz gemeldet worden. Sie seien von einem Patrouillenboot bei dem Versuch aufgegriffen worden, „die nationale Seegrenze zu überschreiten“, und nach Kolberg gebracht worden. Dort wurden sie auf Anordnung des Staatsanwalts vorläufig festgenommen.

SS-Führer lebt in Argentinien

dpa, Buenos Aires

Der ehemalige SS-Sturmchef Walter Kutschmann alias Pedro Olmos lebt weiterhin und offenbar ungehindert in Argentinien, auf einem Bericht der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „Clarín“ hervor.

Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, wirft ihm vor, für Tausende von Morden an Juden und polnischen Intellektuellen während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich zu sein. „Clarín“ meldete gestern, daß einige argentinische Journalisten im vergangenen Wochenende mit Kutschmann ein Interview geführt hätten. Das Blatt veröffentlichte auch ein Foto von dieser Begegnung, das den ehemaligen SS-Sturmchef an seiner nur einen Spalt breit geöffneten Wohnungstür seiner Ferienwohnung im Atlantik-Badort Miramar mit abweisender Geste zeigt.

Anzeichen für Durchbruch bei KSZE

Mit Osten bereits Einigung in zwei Punkten erzielt / Bedingungen für Journalisten strittig

BERNT CONRAD, Bonn

Das Verhandlungsklima auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen hat sich in letzter Zeit so verbessert, daß „Bonnere“ Diplomaten einen Durchbruch „noch vor Ostern“ für möglich halten. In diesem Fall wäre die Verabschiedung eines Schlussschlusses nach letzten Textabstimmungen etwa im Mai denkbar.

Mit einer solchen Entwicklung hätten KSZE-Experten noch vor vier Wochen kaum gerechnet. Die inzwischen erzielten Fortschritte bei der Fortsetzung weiterer Texte waren der Anlaß für den gemäßigten Optimismus, den Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seine Amtskollegen aus den anderen EG-Staaten am Dienstag dem Außenminister-Treffen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in Bonn geäußert haben.

Nachdem Ende letzten Jahres zunächst politische Kritik und Disziplin im Verlauf der am 9. 11. 1982 wieder aufgenommenen Beratungen in Madrid bestimmt hatten, wird seit dem 8. Februar zum ersten Mal seit November 1981 wieder konkret über Texte verhandelt. Dafür sind fünf Arbeitsgruppen gebildet worden, in denen der Osten, der Westen und die Neutralen mit je einer oder zwei Diplomaten vertreten sind. Bonn arbeitet in den Kommissionen für die KSZE-

Prinzipien, für eine europäische Abrüstungskonferenz und für Korb III (menschliche Kontakte) mit.

In diesem Rahmen konnte über zwei Punkte Einigung erzielt werden: über eine Verbesserung der Möglichkeiten, ausländische Zeitungen zu abonnieren, und über den freien Zugang zu ausländischen Botschaften. Der Zugang zu Botschaften - eine wichtige Frage für ausreisewillige Osteuropäer - sollte aufgrund eines Vorschlages der Neutralen ursprünglich allgemein „nach Sicherheitsgesichtspunkten“ geregelt werden. Der Westen verlangte jedoch eine Präzisierung und erreichte, daß der Zugang nur die „Sicherheit der Missionen“, nicht also die Sicherheit des Gastlandes, zu berücksichtigen hat. „Dies ist eine positive Entwicklung“, kommentierte ein Bonner Experte.

Intensiv wird derzeit in Madrid über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Journalisten verhandelt. Dabei scheint eine Einigung in konkreten Punkten, beispielsweise über die Mitnahme von schriftlichem Material bei der Ein- und Ausreise, möglich zu sein. Dagegen sträuben sich die Sowjets noch hartnäckig gegen eine Erleichterung der Ausweisung von Journalisten. Der Westen erstrebt als Minimalziel, daß wenigstens Ausweisungen als Sanktion gegen die Haltung der Heimatredaktion

des Korrespondenten ausgeschlossen werden.

Bei der Diskussion über die KSZE-Prinzipien gibt es noch zwei große Probleme: die von Westen verlangte Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit und die Anerkennung des Rechts des einzelnen, sich für die Verwirklichung der Schlusssätze von Helsinki einzusetzen. Ein Kompromißvorschlag der Neutralen für diese beiden Prinzipien wird von den westlichen Teilnehmern noch für zu ungenau gehalten. Wahrscheinlich werden die Sowjets darüber erst ganz zum Schluß mit sich reden lassen.

Bei der Erörterung des Mandats für eine europäische Abrüstungskonferenz ist immer noch die geographische Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen umstritten. Moskau will große Teile des Atlantiks einbeziehen, ohne bisher jedoch Details zu nennen.

Dagegen sind drei westliche Kriterien für eine Abrüstungskonferenz schon von den Sowjets akzeptiert worden: die Verifizierbarkeit vertrauensbildender Maßnahmen, ihre politische Verbindlichkeit und ihre militärische Bedeutsamkeit. Moskau stellt nach Bonner Angaben auch nicht mehr das Vermittlungspapier der Neutralen vom 16. 12. 1981 in Frage, das sämtliche bilaterale vereinbarte Texte - rund 70 Prozent der Verhandlungsmaterie - umfaßt.

Blockfreie in zwei Lager gespalten

Bei dem Gipfeltreffen der Bewegung der Blockfreien in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi will sich Jugoslawien für eine Stärkung der Einheit und Grundprinzipien der Organisation einsetzen.

Präsident Petar Stambolic, der die jugoslawische Delegation leiten wird, sagte in Belgrad, besondere Bedeutung werde dabei der Lösung interner Konflikte beigemessen. Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi löst in der kommenden Woche turnusmäßig den kubanischen Staatschef Fidel Castro im Vorsitz der Bewegung der Blockfreien ab. Der Wechsel erfolgt jeweils bei einer neuen Gipfelkonferenz.

Die Blockfreien zerfallen in zwei Gruppen. Die eine spricht sich für striktes Herausstellen aus allen Rivalitäten der Supermächte aus, die andere ergreift die Partei Moskaus. Die prosozialistische Gruppe verstärkte ihren Einfluß, während Kuba Fidel Castro den Vorsitz führte (1979 bis 1983).

Mehrere Mitgliedsländer werden in Neu-Delhi versuchen durchzusetzen, daß die Konferenz den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan fordert. Frau Gandhi wird versuchen, die Mitgliedsländer Iran und Irak zur Beendigung ihres Krieges zu bewegen. Die Chancen dazu sind jedoch gering.

Szene bevorzugte die Odenwaldbahn

Erkenntnisse über die mutmaßliche Terroristin Gisela Dutzi / Nach Stammheim verlegt

WERNER KAHL, Bonn

Die Sicherheitsbehörden suchen jetzt im Odenwald nach der Terroristin Gisela Dutzi. Nach der Festnahme der zur RAF gerechneten früheren technischen Zeichnerin Gisela Dutzi in Darmstadt schließt die Polizei nicht aus, daß der „harte Kern“ der terroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF) in der Bundesrepublik neue Anschläge vorbereitet. Frau Dutzi ist inzwischen aus Stuttgart-Stammheim verlegt worden.

Die Odenwaldbahn, auf der Gisela Dutzi an der Endstation Darmstadt in der Arme von Zelfahndern lief, war in der Szene anscheinend bevorzugtes Verkehrsmittel. Bevor RAF-Anhänger auf dem Darmstadter Bahnhof Richtung Frankfurt-Norddeutschland, Köln-Ruhrgebiet oder Süddeutschland-Schweiz/Österreich umstiegen, versuchten sie durch Benutzung des Odenwaldbahnhofs etwaige Verfolger zu erkennen und abzuhängen.

Daß die mutmaßlich seit fast zwei Jahren verhältnismäßig neu im RAF-Untergrundkommando eingesetzte frühere Sympathisantin aus Zeutern bei Bruchsal ihre „Schatten“ nicht bemerkte, als sie Dienstag vormittag 10.14 Uhr in Michelstadt der Personenzug G630 bestieg, spricht für die Umsicht der BKA-Fahnder, die im Odenwald

die 1981 in Mannheim verwickelte Spur wieder aufgenommen hatten.

Der Fall der 30-jährigen Badenerin leuchtet fast exemplarisch die Verflechtung des Umfeldes mit dem „harten Kern“ der RAF aus. Beim Zurückverfolgen des Dutzi-Weges tauchen seit 1977 Namen auf, die sowohl der RAF wie Frankfurter „Revolutionären Zellen“ (RZ) sowie der Bande um den internationalen gesuchten Venzeleraner llich Ramirez-Sanchez (genannt Carlos) zugeordnet werden. Dazu gehört die unlangst in der Schweiz zu vierjähriger Freiheitsstrafe verurteilte Barbara Augustin aus Eberbach bei Heidelberg.

Die in der Frankfurter Szene unter anderem mit mutmaßlichen Beteiligten an der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Herbert Karry in Verbindung gebrachte Waffen- und Sprengstoffschmugglerin hatte ihren Hauptsitz 1977 bis 1979 an der Wiltshäuser Allee 143 in Frankfurt; dort waren zugleich der mutmaßliche Chef der „Revolutionären Zellen“, Johannes Weinrich, und dessen - im Vorjahr in Paris abgeurteilte - Lebensgefährtin, die Ulmer Fotografin Magdalena Kopp, politisch gemeldet. Zu Solidaritätsdemonstrationen für RAF-Gefangene erschien Barbara Augustin im April 1981 mit dem jetzt wegen Verdachtes terroristischer Unterstützung vor Gericht beschuldigten Jürgen Schneider, einem ehe-

maligen Studenten aus Wiesbaden. Schneider wiederum lebte nach Polizeiangaben zeitweise mit Gisela Dutzi zusammen.

Nachdem ein Bombenanschlag auf den Pfälzer US-Stützpunkt Ramstein (30. 8. 1981) und dem darauf folgenden mißglückten Raketenangriff auf US-General Frederick Kroesen (15. 9. 1981) fahndete die Terroristenabwehr nach Gisela Dutzi. Dabei stellte sich heraus, daß sie offenbar im Rhein-Main-Neckar-Raum wechselnde Wohnungsverstecke hatte. Dazu gehörten zwei dicht beieinander liegende Quartiere als Untermieterin Mannheim: Sympathisanten, Briefkastenadressen, Matratzenlager in Frankfurt und Heidelberg. Die Wohnungsgeber nutzten die Vorteile eines zu Beginn der achtziger Jahre verunsicherten Staatsschutzes.

Als die Polizei nämlich eine der Mannheimer Wohnungen, die der Dutzi als Adresse diente, zu observieren begann, mobilisierte sie zur Szene gehörende Vermieterin Nachbarn gegen die polizeiliche „Schnüffelei“ und erreichte den Abzug der Beamten.

Wie die RAF-Anführer Gisela Dutzi mutmaßlich seit 1981 in der Bundesrepublik einsetzen, beleuchtet bereits vor ihrer Verhaftung gewonnene Erkenntnisse: Ihre Fingerspuren wurden sowohl in hessischen RAF-Edeldepots sowie im nördlichsten Versteck „Daphne“ vor Hamburg entdeckt.

Der „Schlächter von Prag“ machte als Oberst im KGB Karriere

Die Affäre Klaus Barbie hat in Frankreich hohe Wellen geschlagen, meist wegen der in einzelnen noch nachzuweisenden Tätigkeit Barbies gegen Gruppen des französischen Widerstands. Daß eine Reihe von Gestapo-Leuten während und vor allem nach dem Krieg mit kommunistischen Geheimdiensten kollaborierte, blieb bisher unerwähnt. Diese „Ost-Barbie“ aber gibt es. Einige Fälle sind nachweisbar.

Von R. STRÖBINGER

Er war einer der am meisten gefürchteten Gegner des tschechischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg. SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer, Chef der Prager Gestapo-Abteilung zur Bekämpfung der Fallschirmjäger, mit Hilfe des übergeordneten Agenten Kindl wäre es Leimer 1943-1944 fast gelungen, die gesamte tschechische Widerstandsbewegung zu vernichten. Er nahm Funkkontakte mit dem tschechoslowakischen Militärgeheimdienst in London auf, ließ sich Namen von Kontaktpersonen der Widerstandsgruppen sowie ihre Aufgaben nennen. Nur durch Zufall fand man in London heraus, daß die Gestapo auf diese Weise wertvolle Informationen erhielt. Die Verbindung wurde unterbrochen. Leimers Funkspiel, es führte den Decknamen „Hermelin“, war einer der erfolgreichsten Spionagetätigkeiten des Zweiten Weltkrieges. Noch zwei Tage bevor die Rote Armee Prag besetzte – am 7. Mai 1945 – führte Leimer im Auftrag des damaligen Staatsministers in Böhmen und Mähren, K. H. Frank, Gespräche mit internierten tschechischen bürgerlichen Politikern und wollte sie für die Bildung einer unabhängigen Regierung Böhmen und Mähren gewinnen.

SD-Chef wurde Verkäufer

Am 9. Mai 1945 wurde SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer im Auftrag des „Tschechischen Nationalrats“ verhaftet, aber bereits am 11. Mai mußte er Offiziere des sowjetischen Geheimdienstes übergeben werden. Leimer verschwand. Er war, wie der von den Kommunisten von der Prager Karls-Universität verjagte Professor Václav Cerný in seinen Memoiren schreibt, ein hundertprozentiger Gestapo-Beamter und wurde „Schlächter von Prag“ genannt.

Erst 16 Jahre später, 1961, erinnerte sich ein Offizier des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes an Leimer. Er hieß Major Josef Frolík. Auf der Suche nach Mitarbeitern der Gestapo stieß Frolík auch auf die Spur Leimers und erreichte bei seinen Vorgesetzten, daß sie bei dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst KGB nachfragten, was denn mit Leimer geschehen sei und ob er bei den Verhörern nicht auch tschechische Mitarbeiter erwähnt hätte.

Am 25. Juli 1961 erhielt der Chef der 1. Hauptverwaltung des tschechoslowakischen Innenministeriums, Oberst Josef Houška, einen Brief aus Moskau. KGB-Generaloberst Kotow teilte ihm im Auftrag des KGB-Chefs mit, daß auf Grund von einwandfreien Beweisen und einem Geständnis Wilhelm Leimer am 10. September 1947 hingerichtet wurde. Leider konnten die Sowjets keine Protokolle der Leimer-Verhöre schicken. Denn – so General Kotow – bei einem Brand im Gebäude des KGB in Saratow im Jahre 1948 wurden alle Unterlagen, die mit Leimers Tätigkeit zusammenhingen, vernichtet.

Josef Frolík – der im August 1968 in den Westen floh – gab sich mit dieser ausweichenden Auskunft des KGB-Generals nicht zufrieden. Aber seine weiteren Nachforschungen wurden von seinen Vorgesetzten gebremst. Er erfuhr auch warum. Frolík wurde von Oberstleutnant Táborický davon unterrichtet, daß die Sowjets untersagt haben, weiter nach Leimers Aufenthalt und Schicksal zu forschen. Warum? Táborický wußte auch die Antwort. SS-Obersturmbannführer Wilhelm Leimer, der „Schlächter von Prag“, hatte bereits während des Zweiten Weltkriegs Kontakte mit dem sowjetischen Geheimdienst aufgenommen, um nach dem Krieg den Sowjets wichtige Informationen über den tschechischen Widerstand zukommen zu lassen. Selbstverständlich wurde Leimer niemals – wie KGB-General Kotow behauptete – hingerichtet. Im Rang eines Obersten des KGB stand er noch Anfang der sechziger Jahre im Dienste der Sowjets.

In seinem Buch „Ein Spion sagt aus“ erinnert sich Josef Frolík auch an andere Fälle. In den fünfziger Jahren gewann sein Dienst den

früheren Chef des deutschen Sicherheitsdienstes (SD) in Königsgrätz, Johann Siebert. Siebert war nach 1945 wegen seiner Aktivitäten gegen tschechische Widerstandskämpfer während des Zweiten Weltkrieges zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 in Prag bot man Siebert an, beim Geheimdienst mitzuarbeiten, was er sofort akzeptierte. Nach mehreren Jahren fand der tschechoslowakische Staatssicherheitsdienst für Siebert, der den Decknamen „Daniel“ führte, eine Stelle als Teppichverkäufer in einem Prager Kaufhaus.

„Zeuge“ gegen Slánský

Ein anderer SD-Mitarbeiter, Josef Wondratschek, spielte ebenfalls in den fünfziger Jahren eine wichtige Rolle. Nachdem er in die Dienste des tschechoslowakischen und offensichtlich auch des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes eingetreten war, benutzte man ihn als „Agent provokateur“ gegen führende verhaftete kommunistische Funktionäre jüdischer Abstammung. Wondratschek wurde sogar einer der „Zeugen“ für die angebliche Agententätigkeit des Generalsekretärs der KPTSC, Rudolf Slánský, in dem berühmten gleichnamigen Scheuprozess gegen 14 höchste tschechoslowakische Staats- und Parteifunktionäre im November 1952. Wondratschek sagte vor Gericht aus, daß er bereits vor dem Zweiten Weltkrieg Agent des britischen Geheimdienstes war und als solcher die Verbindung zwischen „imperialistischen Agenten“ und Slánský vermittelt hatte.

Schließlich – um noch einen der zahlreichen Fälle der Übernahme ehemaliger Gestapo- und SD-Mitarbeiter in kommunistische Geheimdienste zu nennen – ist auch der Fall des J. Nachtmann erwähnenswert. Nachtmann war V-Mann der Prager Gestapo. Bis Anfang der sechziger Jahre war er in der Sowjetunion als bezahlter Mitarbeiter des KGB tätig. Dann wurde er nach Prag „überstellt“. Hier konnte Nachtmann, der während des Krieges kommunistische Widerstandsgruppen ausplündert hatte, zahlreiche hohe kommunistische Funktionäre der Mitarbeiter mit der Gestapo und der SD überführen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Arbeit wird zu teuer

Sehr geehrte Damen und Herren, die Diskussion schlägt über die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hohe Wogen. Dabei kann man sich über ihr niedriges Niveau nur wundern. Offenbar trauen sich alle Politiker, die wirklich etwas von der Sache verstehen, nicht, sich dazu zu äußern. Die Ausführungen der Sozialisten zu diesem Thema, ganz gleich ob marxistische oder christliche, zeigen doch nur, daß eben die Wirtschaft nicht ihr Metier ist.

Wir haben in Deutschland nicht zu viele Arbeitskräfte für die anstehenden Aufgaben, sondern wir haben nur zu teure Arbeitskräfte für den Arbeitgeber, ohne daß dabei der Nettolohn für den Arbeitnehmer zu hoch ist. Kein Sozialist, kein Gewerkschaftsfunktionär hat wohl je darüber nachgedacht, daß der Arbeitgeber einen Arbeiter oder Dienstleistenden nach seinem eigenen Einkommen für seine Arbeit abwägt, ob zwischen dem Wert der Leistung für ihn und dem ihm dafür abverlangten Preis eine vernünftige Relation besteht.

Wenn sie die Arbeit des Fachmannes nicht bezahlen können, verzichten Kunden entweder darauf oder lassen die Arbeit von einem Bekannten in Nachbarschaftshilfe oder von einem Fachmann, der ja genügend Freizeit hat, in Schwarzarbeit ausführen. Offenbar hat noch kein Sozialist darüber nachgedacht, daß hierdurch der Wohlstand, den wir in unserer arbeitsteiligen Industriegesellschaft erworben haben, gründlich kaputtgemacht wird; oder die, die darüber nachgedacht haben, nehmen es bewußt in Kauf, weil sie nach dem Vorbild der Funktionäre in den sozialistischen Staaten, ihr eigenes Wohlbefinden bei allgemeinem Mangel dem allgemeinen Wohlstand vorziehen.

In den Industriebetrieben führt diese Situation natürlich in dem Bestreben, auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben und damit weiter zu existieren, zur Rationalisierung auf Deubel komm raus. Sicher gibt es eine Anzahl von Politikern, die diese Zusammenhänge übersehen, die aber das Geschrei scheuen, besonders vor der Wahl. Unsere Demokratie ist ja nicht auf wirtschaftlich vernünftige, sondern auf publikumswirksame Entscheidungen angelegt. (S. Helmut Schmidt: Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.)

er hat beides geschafft. Die Inflation bezahlt der verantwortungsbehaftete Teil der Bevölkerung mit der Entwertung seiner Spargelder.)
Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Zieler
Hamburg 60

Anspruchsdanken

„Demonstrations-Fürsorge“: WELT vom 23. Februar
Sehr geehrte Damen und Herren, die Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes Az. IX O 67/80, wonach Fahrtkosten zu Demonstrationen erstattet werden, befremdet, auch nach einem Blick in Paragraph 12 Abs. 1 BSHG. Denn dort wird auf den „vertretbaren Umfang“ abgestellt. Es ist aber sicher nicht gesetzeskonform, wenn nun etwa jedem mittellosen Sozialhilfsempfänger, worunter sich auch die offen in Erscheinung getretenen gewalttätigen linken Chaoten befinden können, An- und Abfahrt zu seiner „Demo“ vom Staat finanziert werden.

Die Verfassung gewährleistet das Demonstrationsrecht, was aber nicht beinhaltet, daß jedem von Staats wegen die Fahrkarte hierzu bezahlt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Achim Samland
Überlingen

Sehr geehrter Herr Walter, Ihre Schlußfolgerungen aus dem Urteil sind nicht nur sehr richtig, sondern auch kurz und akzentuiert auf Papier gebracht. Es ist auch für mich als jungen Bürger unverständlich, wie der Begriff „Bedürfnis des täglichen Lebens“ in derartigen Weise mißbraucht werden kann. Gehen man denn heute soweit, daß aus der Versammlungsfreiheit (Art. 9 GG) ein Anspruch gegenüber dem Staat auf finanzielle Unterstützung hergeleitet wird? Meines Erachtens gibt es elementare Bedürfnisse im Leben.

Die Herren Richter sollten daran erinnert werden, daß Urteile im „Namen des Volkes“ ergehen.
Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Windmeier
Lippstadt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Eigenständigkeit

Jungfer auf dem Eis: WELT vom 22. Februar

Sehr geehrter Herr Redakteur, wir Oldenburger sind es gewohnt, bei der Betonung historischer gewachsener Eigenständigkeit auf Unverständnis zu stoßen. Dies führt u. a. auch dazu, daß das aus dem Großherzoglichen Hoftheater hervorgegangene Oldenburgische Staatstheater als „Provinztheater“ bezeichnet wird, obgleich hier zahlreiche Künstler gewirkt haben und bahnbrechende Inszenierungen, so von Werken von Alban Berg und Bert Brecht, stattfanden. Die Oldenburger jedoch als „Ostfriesen“ zu bezeichnen, wie es Ihr Mitarbeiter L. Lesle anlässlich seiner Rezension zur Aufführung von Aubers „Schnee“ zum 150. Geburtstag des Theaters tut, kann nicht mehr als Mißverständnis oder Unverständnis, sondern muß schon als Ignoranz bewertet werden!

Es gibt im deutschen Raum wohl nur wenige Beispiele sowohl für Wahrung von Eigenart und Eigenständigkeit zweier historisch gewachsener Regionen als aber auch für eine auf gegenseitiger Achtung beruhende gute Nachbarschaft, wie zwischen Oldenburg und Ostfriesland. Dies könnte jeder bemerken, der sich mit einem Mindestmaß von Information und Einfühlungsvermögen Oldenburgs annimmt. Er wird bestätigt finden, was die „Väter“ der niedersächsischen Verfassung für wert hielten, konstitutionell zu verankern, indem sie bestimmten, daß die kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Oldenburg durch Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren und zu fördern seien und daß seine überkommenen heimatsgebundenen Einrichtungen weiterhin dem beheimateten Interesse dienbar zu machen und zu erhalten seien. (Art. 56)

Klaus Barendmann,
Oldenburg (Oldb.)

Wort des Tages

„Glauben und Wissen verhalten sich wie die zwei Schalen einer Waage: In dem Maße, als die eine steigt, sinkt die andere.“
Arthur Schopenhauer, dt. Philosoph (1787-1848)

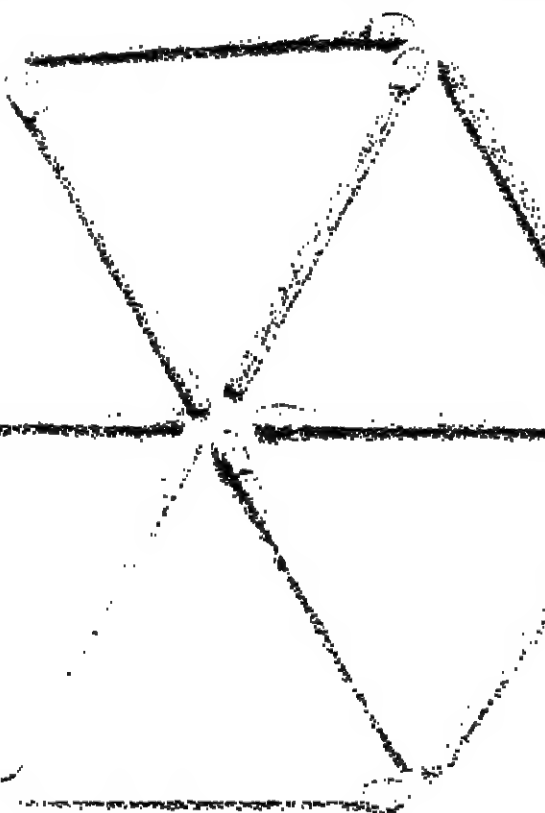
Personalien

GEBURTSTAG

Professor Walter von Loewenich, Kirchengeschichtler und Theologe, wird am 3. März 80 Jahre alt. Loewenich hat von 1929 bis 1971 in Erlangen gelehrt. Seit 1946 hatte er eine Professur für historische Theologie und Geschichte der christlichen Kunst. Mehr als 40 Jahre beschäftigte er sich mit der Gestalt Luthers. Das Ergebnis war sein weit über die Fachwelt hinaus anerkanntes Buch „Martin Luther, der Mann und das Werk“ (List Verlag). Bei allem Engagement für die Gestalt des Reformators hat von Loewenich, der von 1964 bis 1971 Präsident der Luther-Gesellschaft war, sich oft über Konfessionsgrenzen hinweggesetzt. Bekannt wurde in diesem Zusammenhang besonders sein in mehreren Sprachen übersetztes Buch „Der moderne Katholizismus“. Walter von Loewenich ist seit 1959 Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Träger des Bayerischen Verdienstordens.

VERÄNDERUNG

Siegfried Moenig (67), einer der besonders erfolgreichen Verlagsmanager in der Bundesrepublik, scheidet am Donnerstag nach 22 Dienstjahren als Generalbevollmächtigter des Heinrich Bauer Verlag (Hamburg) aus. Moenig gilt in der Verlagswelt als größter Zeitschriftenaufkäufer der Nachkriegszeit. Seit 1961 wurden von ihm 33mal für schätzungsweise 400 Millionen DM Titel und Verlage gekauft, wie beispielsweise die „Neue Illustrierte“, aus „Quick“ und „Kreuz“ aus München und „Das neue Blatt“ aus Hamburg. Unter der Regie des gelernten Bilanzbuchhalters wuchs Heinrich Bauer zum größten Zeitschriftenverlag Europas mit heute 1,5 Milliarden DM Jahresumsatz der 15 Zeitschriften. Davon sind allein acht Auflagen-Millionen. In Zukunft wird Heinz Bauer, Enkel des Firmengründers, mit seinen beiden Geschäftsführern, Gerd Boll und Dr. Peter Heidenreich, den HBV-Konzern, der als Gruppe insgesamt etwa zwei Milliarden DM umsetzt, persönlich leiten. Bauer jun. hat für seine Unternehmensgruppe weitere Säulen geschaffen, so eine Brillenfabrik, eine Warenhauskette in Texas sowie zwei Maschinenfabriken.



Die Aufgabe: Legen Sie vier Hölzchen so um, daß drei Dreiecke entstehen. (Die Lösung steht in dem kostenlosen Buchlein „Streichholz-Spielerien“, das Sie bei Honeywell Bull anfordern können, indem Sie uns das grüne Bäumchen aus dieser Anzeige schicken.)

Problemlösungen durch konsequentes Denken haben uns in den letzten 50 Jahren zum größten europäischen Computer-Hersteller gemacht. Mit innovativen, intelligenten Lösungen konnten wir der Computerbranche immer wieder neue Wege weisen. Nehmen Sie nur unsere Datenbank- und Multiprozessor-Konzepte. Geholfen haben uns dabei unsere weltweiten Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs und unsere partnerschaftlichen Verbindungen. Heute deckt unsere Produktpalette den gesamten EDV-Bereich ab: von der Dienstleistung bis zum Ausbildungsangebot, vom Terminal bis zum Textsystem, vom Mikrocomputer bis zum Großrechner. Lassen Sie uns wissen, welche Probleme wir für Sie lösen sollen. Beispielsweise mit dem Neuen System 6 – einem ausbaufähigen System für Problemlösungen jeder Größenordnung. Gleichgültig, ob in der Datenverarbeitung vor Ort oder innerhalb eines Netzes: es arbeitet immer zuverlässig, termingerecht, wirtschaftlich.

Hannover-Messe, Halle 1 CeBIT, Stand 4902.



Honeywell Bull AG
Abt. W 2 - Hohenstauffenberg 62
5000 Köln 1 - Telefon 0221/2 03 71

Seit 50 Jahren kompetent für
intelligente Lösungen – weltweit.

Honeywell Bull
Computer

Hotel Handhaus Höpen
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrs-günstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (je 45 Min.)
Sie uns, wir informieren Sie gern.
10423 Schwanenwerder (Lüneburger Heide)
Telefon 0513/7031, Telex 62 4153

Tätige Gesellschafter
eines in der Branche Metall u. Kunststoff verarbeitenden namhaften Unternehmens gesucht.
Voraussetzungen: Unternehmerische Fähigkeiten u. Erfahrung zur Föhr. eines mittelständ. Betriebes. Kapitalbedarf je nach Beteiligungsverhältnis zwischen 200 000 und 400 000 DM. Spätere Gesamtübern. nicht ausgeschlossen.
Angebote erbeten u. V 4576 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Weicher freie Stahlhändler möchte sein Edelmetallgeschäft intensivieren oder Edelmetallprodukte ins Programm aufnehmen?
Biete Erfahrung, Marktkenntnis, beste persönliche Kontakte und Einsatzwillen.
Zuschriften erbeten an: 1113, Hollmann-Werbung, 4000 Düsseldorf, Postf. 43 40.

Gefährlich stehende Bäume
werden gefällt u. abtransportiert. Holzeinschläge werden aufgearbeitet u. übernommen.
Mo.-Fr. 8.00-19.00 Uhr
Tel. 0 21 02/75 13 65

Die idealen Anrufbeantworter
Leichte Bedienung – zuverlässig – deutsches Produkt

DFG-Phonette® 200
Nur-Anrufbeantworter. Jeder Anrufer erhält eine Mitteilung.

DFG-Phonette® 400
Anrufbeantworter mit sprachgesteuerter Aufzeichnung. Max. 2 x 60 Min. auf Normalkassetten. Anrufselekt. Mitschneiden von Gesprächen. Zählereinrichtung, unsichtbar auf Nur-Beantwortung.

DFG-Phonette® 500
Wie Phonette 400; zusätzlich mit Fernabfrage, Fernlösung, Fernwiederholung, Fernidiot, elektrischer Code-Sender.

Deutsche Fernsprecher Gesellschaft
Ausgezeichnet mit „INTERNATIONAL TROPHY FOR TECHNOLOGY“

»Er ist ständig auf Achse, um Argumente für das Unmögliche zu finden. Wo immer archäologische Fundstellen neue Erkenntnisse versprechen, ist auch von Däniken dabei.«

Die Weltwoche

Die Strategie der Götter

Die Suche nach dem achten Weltwunder wird zur Abenteuer-Reise auf der Spur der Götter-Astronauten:
Überall auf dem Erdball haben die Außerirdischen Zeugnisse ihrer einstmaligen Anwesenheit hinterlassen. Mit brandneuen Spuren und Entdeckungen, mit brillanten Ideen und verblüffenden Erkenntnissen belegt Erich von Däniken diese »Strategie der Götter«. Nahtlos fügt er Mosaikstein an Mosaikstein – beseelt von dem Gedanken, das Dagewesensein der Außerirdischen zu beweisen. Reizvoll und farbig schildert von Däniken Reisen in ferne Länder und Kontinente. Seine Abenteuer und Begegnungen mit den dort lebenden Menschen machen deutlich: er selbst ist der beste Reiseführer durch die Welt der Götter-Astronauten.

»In einer grauenhaft langweiligen Literatur beherrscht Erich von Däniken als letzter die Kunst, Geschichten zu erzählen.« Stern

320 Seiten,
121 Abb., davon 58 in Farbe,
geb., 32 DM

Strategie der Götter
Das achte Weltwunder

ECON

Postfach 9229, 4000 Düsseldorf 1

هكذا على النول

China entwickelt aus eigener Kraft moderne Waffen

dpa, Peking
Für eine beschleunigte Entwicklung neuer Waffen und die schrittweise Modernisierung der chinesischen Streitkräfte hat sich Verteidigungsminister Zhang Aiping eingesetzt. Zhang schrieb in der Parteizeitung "Rote Fahne", China solle die relativ ruhige internationale Lage ausnützen, um die Landesverteidigung auszubauen. Bei der Entwicklung neuer Waffen müsse China "auf die eigenen Kräfte" vertrauen.
Es sei unrealistisch zu glauben, meint Zhang, daß China im Ausland modernste Waffensysteme kaufen könne. Zwar sei es erforderlich, anfänglich neuzeitliche Waffentechnologie zu importieren, doch bestehe langfristig die Gefahr einer Abhängigkeit vom Ausland. Unter Hinweis auf die in China gebauten Atom- und Wasserstoffbomben schreibt der Minister, das chinesische Volk sei selbst in der Lage, moderne Waffen zu produzieren.

Haig: Stolperstein über Falkland-Gespräche

dpa/UPI, Washington
Der ehemalige US-Außenminister Alexander Haig hat eingeräumt, daß sein Unvermögen, im Falkland-Konflikt zwischen Argentinien und Großbritannien eine Feuerstellung auszuhalten, ein bestimmender Faktor bei seinem Rücktritt war.
In einem Interview der "Boston Globe" äußerte der 1982 zurückgetretene Minister gestern, daß seine Gegner im Zusammenhang mit der Falkland-Krise - und nicht wegen seiner Nahost-Politik - ihre beste Chance sahen, ihn aus dem Reagan-Kabinet zu drängen. Entscheidung bestritt der ehemalige Armee-General, Stabschef des Weißen Hauses und NATO-Befehlshaber, die vom früheren US-Präsidenten Carter gemachte Andeutung, daß er Israel im vergangenen Jahr "grünes Licht" zur Libanon-Invasion gegeben habe.

Täglich 5700 Polenpakete

d. Hannover
Im vergangenen Monat sind von der Post 941 Gebetspakete aus der Bundesrepublik Deutschland für Polen abgefertigt worden. Nach Angaben der zentralen Umschlagstelle der Post in Hannover entspricht das etwa einem Tagesdurchschnitt von 5700 Paketen. Im Vergleichsmonat des Vorjahres waren 6275 Gebetspakete aus der Bundesrepublik nach Polen durch die Post geschickt worden. Insgesamt sind im Jahr 1982 mit der Post 8,6 Millionen Pakete nach Polen befördert worden.

Bombenanschlag auf Israelis in Libanon

AP, Tel Aviv
Bei einem Bombenanschlag in der Nähe eines israelischen Kontrollpunkts bei Nabatya in Süd-Libanon ist gestern morgen eine Person verletzt worden. Nach einer Meldung des israelischen Armeebefehls war der Sprengsatz in einem Auto versteckt.

Wieder sieben Tote bei Assam-Unruhen

AFP, New-Delhi
Sieben Menschen sind in dem nordostindischen Bundesstaat Assam bei einem Wiederaufbruch der blutigen Feindseligkeiten zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und den Einwanderern aus Bangladesch und Nepal ums Leben gekommen.
In Nowrang gingen bei den neuen Unruhen nach nur dreitägiger Ruhe wieder 700 Assamesen in Flammen auf. Bei den Regionalwahlen, die zu den Unruhen führten, errang die Kongress-Partei von Ministerpräsident Indira Gandhi 95 der 126 Sitze des Parlaments von Assam.

Marschall Ye legt hohes Amt nieder

AFP/dpa, Peking
Der 85jährige Marschall Ye Jinying, einer der letzten noch lebenden Kommandanten Mao Zedongs, hat offiziell auf den Vorsitz im Nationalen Volkskongress (Parlament) Chinas verzichtet. Das Politbüromitglied Ye begründete seine Entscheidung in einem Brief an das Ständige Komitee des Parlaments, den die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua gestern veröffentlichte, mit seinem schlechten Gesundheitszustand.
Als Präsident des Volkskongresses hatte Ye die protokollarischen Funktionen eines Staatsoberhauptes wahrgenommen. Die neue chinesische Verfassung sieht die Wiedereröffnung des Amtes eines offiziellen Staatsoberhauptes vor, das im Laufe der nächsten Monate ernannt werden soll.

Der Volkskongress wird in neuer Zusammensetzung im Mai oder Juni zusammentreten. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt Ye, der nicht wieder kandidiert, nominell als Vorsitzender des Ständigen Komitees im Amt. Seine Arbeit übernimmt schon jetzt sein Stellvertreter, der 80 Jahre alte Peng Zhen, der maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen chinesischen Verfassung beteiligt war.

Beginn des Wechselbades zwischen Marx und Markt

Alfonso Guerra ist die „rote Eminenz“ der Regierung

ROLF GÖRTZ, Madrid
Knapp eine Woche vor Ablauf des ersten hundert Tage ihrer Macht gibt der Fall Rumasa einen Einblick in die Zielsetzung, besser gesagt: Zerschlagung der Partei-Diktatur der sozialistischen Regierung Spaniens. Und dieses Diktat trägt die Handschrift der „roten Eminenz“ dieser Regierung, Vizepräsident Alfonso Guerra. Der 43 Jahre alte Sohn eines Gießers und der Arbeiterin einer Tabakfabrik in Sevilla, der Maschinenbau, Philosophie und Naturwissenschaften studierte - der Sozialist, Ideologe und Technokrat in einer Person, der sofort das Charisma seines um drei Jahre jüngeren Studienfreundes Felipe Gonzalez erkannte und ihn in wenigen Jahren systematisch zum Parteichef aufbaute -, der Politiker, den viele seiner Parteigenossen als einen Mephistopheles fürchten und der am Tage nach dem Wahlsieg seiner Sozialistischen Partei in seinem Büro die Video-Kassette vom Tod von Venecia einlegte - Alfonso Guerra hatte sich durchgesetzt, als die Regierung beschloß, den größten Konzern der spanischen Wirtschaft, Ruiz-Mateos, in einer

SPANIEN

erschreckenden „Nacht- und Nebelaktion“ zu entführen.

Reide, Ruiz-Mateos und Alfonso Guerra, lassen sich leicht als die Antipoden des modernen Spanien gegenüberstellen: Feuer und Wasser der jungen Demokratie. Auf der einen Seite der erfolgreiche Selbstmademan amerikanischer Stils - fortgeschrittenste und zugleich ein tiefgläubiger Christ. Symbolfigur für das, was der moderne Kapitalismus im traditionellen Spanien sein kann. Ihm gegenüber der Kryptomarkt, intellektueller Kommandeur des Apparates der Massenorganisation. In einem gleiches sich beide auf: Haar: Sie sind beides Arbeiter und nicht korrupt.

Die wirtschaftlich nicht zu erklärende Enteignung der Rumasa-Holding kann dennoch nicht als die „Rache des Proletariats“ gewertet werden, wie es die bürgerliche Opposition sehen möchte. Hier diktiert der Glaube an die Masse die Niederlage des Individuums - aus der Macht heraus. Alfonso Guerra und die sozialistische Regierung sind sich im klaren: Der Sozialismus kann nicht die sozialwirtschaftliche Dynamik bekämpfen, die Rumasa repräsentiert, er muß sie vielmehr erhalten und sogar verbessern, schrieb der Kommentator des bürgerlichen Lagers, Emilio Romero. Mit anderen Worten: Mit dem Enteignungsbeschluß, der weder zum Stil von Ministerpräsident Felipe Gonzalez und schon gar nicht zur sozialliberalen Wirtschaftspolitik des Finanzministers Miguel Boyer paßt, stieß Alfonso Guerra die sozialistische Regierung in jenes Wechselbad, das die Partei im Wahlkampf ankündigte.

Mit der Enteignung begann der

eigentliche „Cambio“ (Wechsel), den die Kommunistische Partei und die Sozialistische Linke, die Alfonso Guerra vertritt, immer lautstärker fordert. Aus der Verstaatlichung soll zweifelslos eine laufende Aktion werden, ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm, das den Bürger „ennoch nicht verscheeren darf. Schließlich gab Felipe Gonzalez dieser Tage zu, daß 3,5 Millionen seiner 10 Millionen Wähler vom bürgerlichen Lager zunächst nur „gebornt“ habe. Nämlich aus der Erbmasse der untergegangenen Zentrumsunion.

Nach einem Besuch beim Ministerpräsidenten glaubte der Vorsitzende des Verbandes der spanischen Privatbanken nach altpanischer Manier, die neuen Machtverhältnisse festlegen zu können: „Die Regierung garantiert die Reprivatisierung der 18 Rumasa-Banken.“ Aber ganz gegen die spanische Gewohnheit - wieder wird Guerras Anweisung erkennbar - zwang der Regierungssprecher den Bankier, das Wort „garantiert“ offiziell zu rückzunehmen. In einem Regierungskommuniké heißt es: „Die Unternehmen der Rumasa-Holding werden reprivatisiert, wenn die Regierung das Geld, das sie zur Gesundung der Holding einfließen läßt, wieder zurückgewonnen hat.“

Voraussetzung ist ein künftiges Interesse der Privatwirtschaft. Aber darüber hätte die Bank von Spanien zu befinden, und zwar im Einverständnis mit der Regierung. Angesichts der spezifisch spanischen Bankenkrisen - im Rahmen der Weltbankkrisen - kann die Bank von Spanien durchaus Einhalt gebieten. Der Rumasa-Brokel ist schwer verdaulich. Deshalb auch die erstaunliche Zurückhaltung des Bankenverbandes gegenüber der sozialistischen Regierung. Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer empfahl bereits den Gewerkschaften, ihr Geld in den nunmehr staatlichen Rumasa-Banken anzulegen. Also die „Sozialisierung“ der Banken auf kapitalistischem Wege. Nach seinem Besuch bei Boyer meinte der sozialistische Gewerkschaftsboß Redondo auch folgerichtig, daß nur „einige“ Unternehmen von Rumasa reprivatisiert würden.

Alfonso Guerra und Felipe Gonzalez können - in Spanien mehr noch als anderswo - mit dem Autoritätsglauben der Bevölkerung rechnen. Die Parlamentsdebatte dieser Woche zeigte jedoch, daß dies auch für die bürgerliche Opposition gilt: Nach dem klanglosen Ende der Zentrumsunion wächst die Entschlossenheit des bürgerlichen Lagers, sich gegen den Sozialismus zur Wehr zu setzen. Die rechte Opposition der Volksallianz (Alianza Popular) hinter Manuel Fraga Iribarne und einige Regionalparteien erhoben Einspruch beim Verfassungsgericht. Ihrer Ansicht nach steht die Enteignung im ganz klaren Widerspruch zur Verfassung, die nicht nur das Privateigentum, sondern auch die Marktwirtschaft garantiert. Und diesmal bekannte sich auch der sonst so wankelmütige Adolfo Suárez zum bürgerlichen Prolet.

(SAD)

Nervös verfolgt Hanoi Dialog Moskau-Peking

China verknüpft Kambodscha-Frage mit Annäherung

CHRISTEL PILZ, Bangkok
China hat die Lösung des Kambodscha-Problems als entscheidende Voraussetzung für eine Normalisierung seiner Beziehungen zur Sowjetunion bezeichnet. Zu Beginn der zweiten sino-sovietischen Konsultationsrunde schrieb die amtliche Nachrichtenagentur „Neues China“, die sowjetische Unterstützung für die Besetzung Kambodschas durch die vietnamesische Armee sei „eine Bedrohung der Sicherheit und des Friedens“ in Südostasien.
Zuvor schon hatte Peking den Kreml offiziell ersucht, auf einen Abzug der vietnamesischen Truppen in Kambodscha hinzuwirken. In Gesprächen mit südostasiatischen Politikern erläuterte die chinesische Führung außerdem, daß sie nach dem Abzug der Vietnamesen ein neutrales, also nichtkommunistisches Kambodscha unter Beibehaltung der Regierung der Widerstandskräfte zu errichten wünsche.
Offenbar um die Abzugsforderungen der Chinesen zu entkräften, hat Moskau Gegenargumente in die Hände zu spielen, haben die Partei- und Regierungschefs Vietnams, Kambodschas und Laos die vietnamesischen Truppen in Kambodscha als „Freiwillige“ bezeichnet, die auf Einladung des kambodschanischen Heng-Samrin-Regimes im Lande seien und so lange bleiben würden, wie Phnom Penh dies wünsche. Als Rechtsgrundlage dafür gelte der vietnamesisch-kambodschanische Freundschaftsvertrag vom 19. Februar 1979.
Als Plattform für die Umbenennung der Besatzungstruppen zu „Freiwilligen“ wählten die Indochinaführer ihr „historisches“ Gipfeltreffen in der laotischen Hauptstadt Vientiane. Zu dem ehemaligen französischen Indochina gehören Vietnam, Kambodscha und Laos. Beobachtern in Bangkok fällt auf, daß dieses wiederholt verschobene Gipfeltreffen genau eine Woche vor Beginn der zweiten sino-sovietischen Konsultationsrunde stattfindet.

Eigentlicher Kernpunkt dieses

Gipfels aber war die Bestätigung der Strategie Hanois zur Integration dieser Drei-Länder-Region unter der Vorherrschaft Vietnams. Keine reaktionäre Macht der Welt“, so heißt es in Kommentaren der vietnamesischen Presse, werde diese „militante Allianz“ wieder auseinanderbringen. Fortan werden die drei Länder alles gemeinsam tun.

Auch Moskau ist an enger Kooperation dieser drei Länder interessiert, aber nicht unbedingt im vietnamesischen Sinn. Der Streit beginnt bereits bei der Frage, wer die kambodschanischen Exportprodukte erhält: Hanoi oder Moskau. Hanoi weiß sehr wohl, daß die derzeit im Kreml stattfindenden Konsultationen sowohl den Sowjets wie den Chinesen eine ideale Möglichkeit bieten, Verwirrung und Verunsicherung in Vietnam zu stiften. Moskau könnte dies nutzen, mehr von Hanoi zu erzwingen, als Hanoi bisher zu geben bereit gewesen war. China wird propagandistischen Auftrieb erhalten. Seine Appelle an Vietnam, zu einer Balancepolitik zwischen Moskau und Peking zurückzukehren, könnten auf fruchtbaren Boden fallen.

Aus diesem Grund, meint Hanoi Außenminister Nguyen Co Thach, werden die Sowjets nicht zu weit gehen. Wie nervös Hanois Führungsspitze ist, zeigte sich daran, daß Staatsratsvorsitzender Truong Chinh am 5. Oktober 1982, also zu Beginn der ersten Konsultationsrunde, nach Moskau flog. Ein zweites Mal kam er nach deren Beendigung Ende Oktober. Moskau versichert seitdem, daß es „für immer Schulter an Schulter“ mit den drei Ländern Indochinas stehe und deren „konstruktive Politik voll unterstütze“.

Dennoch wird jede Form einer Normalisierung zwischen der Sowjetunion und China schwerwiegende Folgen in Hanoi auslösen. Vietnams Strategen bauten ihre innen- und Außenpolitik auf der ewigen Feindschaft mit China. Daß sie ewig sein wird, verankerten sie ausdrücklich in ihrer neuen Verfassung vom Dezember 1980.

Einst gelobt, heute geschmäht - Obando steht Sandinisten im Wege

Sollte Erzbischof während des Papstbesuches ermordet werden? / Gespräch mit der WELT

WALTER H. RUEB, Managua
Bei seinem Besuch in Nicaragua muß Papst Johannes Paul II. nicht um sein Leben bangen. Ein Attentat wie in Rom wird sich im Land der Sandinisten mit Sicherheit nicht ereignen - dies würde das marxistisch-leninistische Regime in der ganzen Welt zu stark diskreditieren. Und daran können die Drahtzieher des Attentats von Rom nicht das geringste Interesse haben.

Machtentfaltung und Sicherheitsmaßnahmen der Comandantes in Nicaragua geben auch einem Vertriebenen nicht die geringste Chance. Höchst gefährdet aber ist der Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo. Nach Enttarnungen des nicaraguanischen Exil-Politikers und Regime-Gegners Wilfredo Montalvan haben die Sandinisten in Managua ein Attentat gegen den Erzbischof vorbereitet und gleichzeitig alles getan, um dann die Schuld den regierungsfeindlichen Exil-Nicaraguansern in die Schuhe schieben zu können.

Montalvan, früher Präsident der Politischen und Juristischen Kommission der Demokratischen Union von Nicaragua, verriet in der costaricanischen Hauptstadt San José, daß ein sandinistischer Agent das Komplott den nicaraguanischen Kirchenbehörden verraten habe, „um sein Gewissen von einer schweren Last zu befreien“.

Erzbischof Obando sei von dem Attentats-Plan informiert worden, teilte Montalvan mit. Den Namen des sandinistischen Agenten nannte er nicht. Montalvan: „Der Name, den wir verraten würde für den Agenten den sicheren Tod bedeuten.“

Gegen Bischof Obando wurden in Nicaragua in den vergangenen Jahren bereits drei Attentate unternommen. Das letzte 1982 auf einer Straße in der Provinz Jinotega. Die Ermittlungen über die Urheber blieben ohne Ergebnis.

Ob in Managua tatsächlich ein Attentat gegen den Erzbischof geplant worden ist, ist ungewiß. Sicher ist, daß die katholische Kirche und ihr höchster Repräsentant den Sandinisten schon lange ein Dorn im Auge sind. Obando y Bravo ist für die Sandinisten die letzte Hürde, die sich der Realisierung ihrer politischen Pläne entgegenstellt.

Dies war nicht immer so: Beim gemeinsamen Kampf gegen Diktator Somoza wurde der Kirchenführer von den Sandinisten mit Lob überhäuft, doch jetzt, wo er sich an die Spitze der Gegner ihres

marxistisch-leninistischen, undemokratischen, menschenverachtenden und wirtschaftlich ruinösen Systems gestellt hat, schmähen sie ihn als Reaktionär und Gegenrevolutionär.

Seit langem ist im Lande ein Kesselreiben gegen die katholische Kirche im Gange, der 95 Prozent der Bevölkerung angehört. Die Kirchenverfolgung erreichte im Sommer 1982 den Höhepunkt: die traditionelle Fernsehübertragung des sonntäglichen Gottesdienstes wurde verboten; zweimal wurde der Erzbischof tätlich angegriffen. Im August 1982 überfiel eine Gruppe von Männern Pater

Carballa, den Leiter des katholischen Rundfunks, als er eine Frau der Kirchengemeinde besuchte. Der Geistliche wurde entkleidet und auf die Straße gejagt. Seine Flucht wurde gefilmt und fotografiert, später im Fernsehen und in den Zeitungen publik gemacht. Der Priester aber wurde nach seiner Gefangennahme verhört - völlig nackt und sechs Stunden lang.

Seit langem werden die katholischen Kirchen von Gläubigen gegen Übergriffe bewacht. Auch vor dem Amtssitz von Erzbischof Obando y Bravo wird draußen vor der Stadt sind zahlreiche kräftige, jedoch unbewaffnete Männer zu sehen. In dem großen, flachen Gebäude mit Kapelle, Versammlungsräumen und Büros hat jeder Mann Zutritt zum Sekretariat des Kirchenführers.

Die Wände des Raumes sind geschmückt mit gerahmten Urkun-



Drei Attentatsversuche gegen Miguel Obando y Bravo scheiterten. Foto: WALTER H. RUEB

Herbert Wehner ernsthaft erkrankt

hs. Hamburg
Herbert Wehner ist ernsthaft erkrankt. Er mußte deswegen seine Teilnahme an der gestrigen Abschlusssitzung der Hamburger SPD absagen. Die Kundgebung gemeinsam mit dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt sollte der einzige Auftritt des scheidenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion im Wahlkampf sein - möglicherweise sogar sein letzter öffentlicher Auftritt. Der 78jährige Politiker ist zuckerkrank. Wehner lehnt, wie verlautet, seine Einlieferung in ein Krankenhaus ab.



Der gute Ruf eines Juweliers verpflichtet. Uns liegt daran, ihn zu behalten.

Rinckenbeck
JEWELLER VON WELTFORMAT
DORTMUND, WESTFÄLISCHES
HITALEN IN DER BURG UND HAGEN

CSSR verspricht mehr Umweltschutz

AP, Bonn
Die Tschechoslowakei will im Rahmen ihrer Maßnahmen gegen sauren Regen und Waldschäden durch Industrieabgase den Ausbau der Kernenergie forcieren.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), erklärte gestern in Bonn auf eine parlamentarische Anfrage, darüber hinaus plane die CSSR Schritte zur Entschärfung der Abgase ihrer bestehenden Kohlekraftwerke.

Wirksame Maßnahmen zur Verminderung von Schwefeldioxid und Stickoxiden in Abgasen von Kohlekraftwerken seien bei den Erörterungen der deutschen und tschechoslowakischen Grenzbevollmächtigten behandelt worden.

Warum wir FDP wählen

Wir stimmen in vielen Punkten nicht überein mit der Politik der FDP in den vergangenen Jahren. Die FDP als Partei ist jedoch wichtiger als das Gezänk in ihren Reihen: Wir brauchen sie dringend, denn je, damit die Koalition bleibt! 46% + 5% ist die Mehrheit. 46% + 4,9% ist nichts.

Für uns als Unternehmer ist die FDP im neuen Bundestag der Hoffnungsschimmer für die Wiederbelebung der Marktwirtschaft. Wenn die FDP die 5%-Hürde schafft, wird ein Zweckbündnis von Sozialdemokraten und Grünen mit Sicherheit verhindert und mit einer klaren Mehrheit endlich der Weg frei, den weitverbreiteten tiefen Pessimismus abzubauen und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Der Pessimismus wurde gesät, indem gepredigt wurde, die Nachfrage sei gesättigt und Wachstum könne es nicht mehr geben. Wer kennt nur einen einzigen Haushalt, dessen Bedarf „gesättigt“ ist? Wer träumt nicht von mehr Platz für seine Kinder, mehr Wohnraum für sich selbst?

Im Glauben an die eigenen Hohllehren wurde überall nur gebremst mit den schlimmen Folgen steigender Arbeitslosigkeit. Das Mietrecht verhinderte den Wohnungsbau. Die Medienpolitik verteilte neue Wege der Kommunikation. Umständliche Genehmigungsverfahren stoppten Investitionen im Energiebereich. Kurzsichtigkeit und Zaudern in der Nachrichtentechnik ließen uns hinter den internationalen Standard zurückfallen.

Mit den Füßen voll auf der Bremse wurde steigende Arbeitslosigkeit produziert, die man jetzt durch Arbeitszeitverkürzung und Verhinderung von Produktivitätssteigerungen beseitigen will, statt das Übel an der Wurzel zu packen.

Wie hat man je Probleme durch weniger Arbeit gelöst? Vorhandene Arbeitsplätze müssen durch mehr technische Neuerungen produktiver genutzt werden, um unsere Produkte international wettbewerbsfähiger zu machen. So werden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Und mehr Beschäftigung, neuer Mut und neue Initiative sind die besten Voraussetzungen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Erst bei gesunden Staatsfinanzen verbessern sich die Rahmenbedingungen für Investitionen und Kapitalbildung. Solange der Staat mehr als die Hälfte der privaten Ersparnisse zu Konsumzwecken wie im Selbstbedienungsladen verschlingt und unser gegenwärtiges Steuersystem den Konsum begünstigt, bleibt für private Investitionen zu wenig übrig. Nur höhere Investitionen und Kapitalbildung sichern Beschäftigung und Wachstum und nicht zuletzt sozialen Ausgleich.

Wir glauben unverändert an neue Ideen, neue Initiative, bessere Gestaltung der Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft. Deshalb geben wir unsere Stimmen der FDP.

Lutz Peters
Hamburg

Werner Holm
3136 Gantow Elbe

Strauß sendet Signale nach Bonn

AP, München
Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in der Mittwoch-Ausgabe des „Bayernkurier“ indirekt zu erkennen gegeben, daß er Interesse an der Übernahme eines Regierungsamtes in Bonn hat und weiter in der Politik bleiben will.
Der bayerische Ministerpräsident schrieb in einem Faksimile-Brief an seine „Mitbürger und Mitbürgerinnen“: „Ich dränge mich nicht nach anderen Ämtern, weil ich das schönste und mich am meisten befriedigende Amt inne habe und wieder von einer großen Mehrheit der Bürger für weitere vier Jahre in diesem Amt bestätigt wurde. Ich will aber, solange mir Gott die Kraft gibt, nicht aus dem politischen Leben ausscheiden, bevor ich meinen Beitrag dazu geleistet habe, daß auch die nächste Generation in der Bundesrepublik Deutschland in Frieden und Freiheit, in wirtschaftlicher Wohlfahrt, in sozialer Sicherheit ihr Leben gestalten kann und die ganze deutsche Nation wieder die Hoffnung auf Freiheit, Frieden, Einheit, als eines Tages doch mit friedlichen Mitteln erreichbar, im Herzen tragen kann.“

Wegen Volkszählung nach Karlsruhe

dpa/AP, Hamburg/Düsseldorf
Die Hamburger Rechtsanwältinnen Maja Stadler-Euler und Gisela Wild haben gestern angekündigt, sie würden Verfassungsklagen gegen das Volkszählungsgesetz einlegen und die vorläufige Aussetzung der geplanten Volkszählung beantragen.
In einer gemeinsamen Erklärung der beiden Anwältinnen heißt es, sie hätten sich durch das Gesetz in ihrem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie in ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt.
Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat sich in einem Interview des „Stern“ dafür ausgesprochen, die für den 27. April geplante Volkszählung auszuschieben. Strauß sagte: „Den Perfektionismus, der bei solchen Aktionen betrieben wird, halte ich ohnehin für überflüssig. Da werden häufig völlig unsinnige Fragen gestellt. Die Volkszählung ist dagegen nach den Worten des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor (SPD) unverzichtbar. Schnoor erklärte gestern: „Ohne verlässliche Daten ist auf Dauer keine sachgerechte Politik möglich.“

Frankreich: Streit über den Wirtschaftskurs

Wird der Franc bis Frühjahr 1984 zweimal abgewertet?

A. GRAF KAGENECK, Paris
Drei unvorhergesehene Ereignisse auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet haben die Lage der französischen Linksregierung wenige Tage vor den Kommunalwahlen drastisch verschlechtert.
Innerhalb der Sozialistischen Partei ist eine offene Auseinandersetzung über den künftigen Wirtschaftskurs der Regierung und den eigentlichen Charakter des französischen Sozialismus (marxistisch oder sozialdemokratisch) ausgebrochen.
In den südfranzösischen Braunkohlgruben bei Toulouse kam es zu einem überraschenden, besonders von den kommunistischen Koalitionspartnern unterstützten Streik von 4000 Grubenarbeitern.
Und das stets gut informierte satirische Wochenblatt „Canard enchaîné“ veröffentlichte eine vertrauliche Note eines hohen Beamten im Wirtschaftsministerium, aus der hervorgeht, daß der Franc bis zum Frühjahr 1984 höchstwahrscheinlich zweimal um acht Prozent im Verhältnis zur D-Mark abgewertet werden muß und die Arbeitslosigkeit (etwa gleichzeitig auf 2,4 Millionen, von Zeit 2,1 Millionen) ansteigen werde.
Die Note des Direktors des Planungsamtes im Wirtschaftsministerium, Milleron, widerlegt die

Behauptung von Wirtschaftsminister Jacques Delors, die Auslandsverschuldung Frankreichs belaufe sich zur Zeit auf nur etwa 40 Milliarden Franc. Milleron beziffert die auswärtige Kreditaufnahme allein für 1982 auf 88 Milliarden Franc und fügt hinzu: „Der Umfang unseres Außenhandelsbilanzdefizits führt zu einer massiven äußeren Verschuldung, deren Zinslast jede spätere Ausgleichung unserer Zahlungsbilanz unmöglich machen würde. Gleichzeitig nehmen unsere Devisenreserven dramatisch ab.“
Der Beamte empfiehlt eine scharfe Begrenzung des Inlandsverbrauchs durch drastische Erhöhungen (200 Prozent) der Sozialabgaben der Haushalte und einen neuen Lohnstopp.
Vor diesem Hintergrund wirkt um so befremdlicher, daß sich die tragende Regierungspartei in einen heftigen, öffentlich ausgetragenen Streit über den künftigen Wirtschaftskurs gestürzt hat. Jean Popere, Nummer zwei der Sozialisten und enger Vertrauter des Staatspräsidenten, beschuldigte den rechten Flügel unter Planungsminister Michel Rocard, das Regime, das „gerade den Kopf aus dem Wasser gebracht hatte“, wieder mit seiner Kritik am Wirtschaftskurs unter Wasser zu stoßen.
Seite 3: Der ungekrönte König

Unnormale Beziehungen

Kohl: Bonn wird nicht jeden Preis an die „DDR“ zahlen

AP, Bonn
Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur „DDR“ können nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl weder als normal noch als gutnachbarlich bezeichnet werden, solange die Menschen in Mitteldeutschland in ihren Freiheiten eingeschränkt bleiben.
„Normal ist das alles nicht, und von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, wie sie der Grundlagenvertrag als Ziel gesetzt hat, kann noch lange nicht die Rede sein“, sagte Kohl in einem Interview der „Industrie- und Handelsrevue“.
„Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung wird größte Anstrengungen darauf verwenden, im deutsch-deutschen Verhältnis zu mehr Menschlichkeit zu gelangen“, versicherte Kohl. „Aber sie

wird der DDR nicht jeden Preis zahlen. Sie wird darauf hinweisen, daß der gegenwärtige Zustand in mancher Hinsicht nicht den Verträgen und Abmachungen entspricht, die beide Seiten getroffen haben.“ Überdies misfaßte die „DDR“ durch ihr Verhalten multilaterale Vereinbarungen wie die Schlußakte von Helsinki und die UNO-Menschenrechtskonvention, betonte Kohl. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl seien eine Quelle für Spannungen.
Der Bundeskanzler erneuerte seine Kritik an dem von Ost-Berlin festgelegten Mindestumtausch. „Mit dem Verständnis von Menschlichkeit vertritt sich diese Politik der DDR-Regierung nicht“, sagte Kohl. Der Bundeskanzler beklagte darüber hinaus die fehlende Freizügigkeit der Menschen in der „DDR“.

Brasilien hält nukleare Option für Militär offen

MANFRED NEUBER, Bonn

Brasilien hält sich nach Ansicht fachkundiger Beobachter die nukleare Option für seine Streitkräfte offen. Von der drastischen Kürzung am Kernenergie-Programm bleiben militärische Entwicklungsprojekte verschont.
Durch einen Erlaß des brasilianischen Präsidenten, General Joao Baptista Figueiredo, wurde die gesamte Atomforschung unter Bundeskontrolle gestellt. Das hat heftige Kritik aus Kreisen der Wissenschaft ausgelöst.
Die Nationale Atomenergie-Kommission (CENEA) übernahm jetzt das Institut für Kernforschung in São Paulo, das bisher der Regierung dieses Bundesstaates unterstanden hatte. Es soll stärker mit militärischen Aufgaben betraut werden.
In São Paulo hatte der christlich-demokratische Oppositionspolitiker Franco Morone die Gouverneurswahl gewonnen. Er bezieht den internationalen Brennstoffversorger José Goldenberg, einen Widersacher des deutsch-brasilianischen Atomabkommens, zum Energie-Minister.
Präsident Figueiredo wechselte zugleich die Vorsitzenden der Nationalen Atomenergie-Kommission und des Paulistischer Instituts aus. Die neuen Leiter, Roberto Alves und Osvaldo Durvaldo Gonçalves, sind Befürworter einer atomaren Rüstung Brasiliens.
Neuer Direktor der staatlichen Kernenergie-Gesellschaft Nuclebras wurde Dario Gomes. Sein Vorgänger Paulo Nogueira Batista hatte den Atomvertrag mit Bonn ausgehandelt. Er sollte das Programm für den Bau von Kernkraftwerken fortführen und stolperte deshalb über die Sparmaßnahmen.
Während die Uran-Anreicherungsanlage seit vorigem Herbst in Betrieb ist, soll die Installation für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff noch gebaut werden, obwohl das Kernenergie-Programm vorläufig auf vier statt acht Reaktoren reduziert wurde.
Das deutsch-brasilianische Atomabkommen sieht die Schaffung des kompletten Brennstoffkreislaufs unter freiwilliger internationaler Kontrolle vor. Brasilien hat aber weder den Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika noch das Teststopp-Abkommen unterzeichnet.
Je weiter Argentinien, das die selben Vorbehalte macht, beim Bau seiner Wiederaufbereitungsanlage vorankommt, desto stärker wird der Druck des Militärs in Brasilien, die nukleare Option offenzulassen.

Berlinguer: Auf die Nachrüstung verzichten

KPI-Führer rügt Invasion Afghanistans als Machtpolitik

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
Mit einer scharf formulierten Ablehnung der italienischen Regierungspolitik in der Frage der Raketen-Nachrüstung in Europa eröffnete Generalleutnant Enrico Berlinguer im Mailänder Sportpalast gestern den 16. Parteitag der KP Italiens.
Trotz maßvoller Kritik an der Sowjetunion in anderen Bereichen ergriff Berlinguer in diesem zentralen Punkt aktueller Weltpolitik weitgehend für Moskau Partei. Er bezeichnete das Angebot Andropows, die Zahl der sowjetischen SS-20-Raketen bis zum Gleichstand mit dem nationalen französischen und englischen Raketenpotential zu verringern, als „positiv“.
Die Installation neuer amerikanischer Raketen in Italien und in anderen europäischen Ländern lehnte er entschieden ab.
„Wir verlangen von der italienischen Regierung“, rief Berlinguer unter dem Beifall der 1100 Delegierten aus, „daß sie von Automatismus der Installation der Pershing 2 und der Großraketen bis Ende 1983 abrukt und daß sie folglich den Willen Italiens zum Aufschub jeder Entscheidung in dieser Frage bekundet.“ Er forderte, daß „unsere Regierungen innerhalb der Allianz aufhören, immer ja zu sagen zu dem, was die amerikanischen Regierungen fordern... Unser Ziel ist nicht der einseitige Aus-

tritt aus den Militärbündeln, sondern die schrittweise Überwindung dieser Blöcke.“
Berlinguer bekräftigte seine Kritik an der sowjetischen Intervention in Afghanistan, die er als „Machtpolitik“ definierte. Wesentlich scharfer verurteilte er die „höchst gefährliche Politik“ und die „imperialistischen Aktionen“ der Regierung Reagan. Er wies die auch im Hinblick auf Polen und andere Länder des „Realsozialismus“ seine Feststellung, daß sich die Antriebskraft des sowjetischen (Sozialismus-)Modells erschöpft habe. Gleichzeitig rief er aber zum weiteren Kampf zur Überwindung des Kapitalismus auf.

Die von ihm angestrebte „demokratische Alternative“ in Italien will Berlinguer mit Hilfe der Sozialisten, der kleineren laizistischen Parteien und des katholischen Lagers „jedoch gegen die christdemokratische Partei erreichen. Innerparteilich bekräftigte er zwar eine stärkere Transparenz der Debatten und führte die politische KP als warnendes Beispiel für die „Erstickung des demokratischen Lebens“ an, hielt aber unter Hinweis auf Spanien, wo die KP durch Gruppenbildung Einfluß verloren habe, am von oben gesteuerten System des „demokratischen Zentralismus“ fest.

Irak: Schiffe versenkt

Luftkrieg gegen Iran eskaliert wieder

dpa/AP/Trir, Bagdad
Irak hat an der iranischen Küste des Persischen Golfs beim Hafen Bandar Khomeini nach eigenen Angaben fünf iranische Schiffe versenkt.
Ein Militärsprecher gab gestern in Bagdad bekannt, daß es sich um Schiffe der iranischen Kriegsmarine und um Öltanker gehandelt habe. Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums in Teheran erklärte auf Anfrage, ihm lägen keine Informationen über solche Angriffe vor. Nach iranischen Angaben richtete sich der Angriff am frühen Mittwochmorgen gegen das „Nowruz“-Ölfeld vor der iranischen Golfküste.
Bei diesem Angriff gelang es unseren Streitkräften, fünf iranische Schiffe, unter ihnen Öltanker, zu versenken. Die Öl-Anlagen im

Nowruz-Feld wurden ebenfalls zerstört, sagte der Militärsprecher. Die iranischen Marineeinheiten seien sicher zu ihrem Stützpunkt zurückgekehrt.
Wie Radio Teheran meldete, ist die iranische Grenzstadt Sar-e-Poleh starkem iranischen Bombardement ausgesetzt gewesen. Ein Zivilist sei getötet, acht Häuser seien zerstört worden. Schwere iranische Geschütze hätten jedoch iranischen Stellungen an vier Fronten schwere Verluste zugefügt.
Irak hat wiederholt Angriffe seiner Luft- und Seestreitkräfte auf die Schifffahrt im Golf sowie auf den wichtigsten iranischen Ölfeldern auf der Insel Kharg gemeldet. Iran setzte jedoch seine Öltransporte von der Insel fort.

Brief an Thüringer Kirche bleibt umstritten

epd, Eisenach

Der thüringische Landesbischof Werner Leich hat Zweifel an der Echtheit des Briefes geäußert, der 18 junge Christen aus Saalfeld an die Leitung der Kirche geschrieben haben sollen.
Einsprechendes Schreiben jedenfalls bei der Kirchenleitung bisher nicht eingetroffen. In der Brief, der Mitte Februar im Wortlaut in Zeitungen der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht wurde, war der Leiter der Thüringer Kirche der Vorwurf gemacht worden, sie habe jüdische Leute in Jerusalem in Stich gelassen, die sich beim Friede für den Frieden engagiert hätten und die darum staatliche Repressalien bis hin zur Verhaftung hätten hinnehmen müssen. Wie der Bischof in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst betonte, seien alle kirchlichen Bemühungen, die eventuellen Absender des Briefes in Saalfeld oder Rudolstadt zu finden, ohne Erfolg geblieben.
Der Brief, so wie er ihm aus der Bundesrepublik Deutschland bisher zur Kenntnis gelangte, war außerdem „alle Merkmale einer geschickten journalistischen Aufmachung auf“, erklärte der Bischof weiter. Er bekomme viele Briefe von jungen Christen, die aber einen anderen Stil hätten. Leich betonte, so lange dieser Brief bei mir vorliegt, und mit unschriften versehen ist, „halbe ich für unecht“. Dafür habe er aus einem geistlichen Grund: „Was sich Christen etwas Besorgnis zu sagen haben, sollten sie sich dabei in die Augen schauen und wählen sie den Weg eines offenen Briefes, der den Gesprächspartnern öffentlich offensteht, bevor er überhaupt dazu etwas sagen konnte.“
Zu den Vorgängen in Jena selbst wollte Leich nicht Stellung nehmen. In einem kurzfristig angesetzten Treffen der Superintendenten seiner Kirche sei jedoch zu dem Vorwürfen erklärt worden: „Die angebliche Briefe aus geschickter Aufmachung, die Halbwahrheiten oder verdrehten Tatsachen zu dem Vorwurf, die Kirchenleitung habe sich nicht um den Töten von Matthias Domschick gekümmert, der 1981 in der Untersuchungshaft des Staatssicherheitsdienstes ums Leben gekommen ist, Wunsch der Angehörigen gestimmt. Mit Nachdruck wies er auf den Vorwurf zurück, daß kirchliche Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit in Saalfeld bestanden. Diesen Vorwurf könne nur als „bewußte Aussage von Mätrauen“ verstanden werden.“

Erster! Klasse!



Unser einzigartiger „Cloud Nine Service“ ist wohl der beste Beweis jener Klasse, die der First-Class-Passagier spätestens nach seinem ersten Flug mit uns zu schätzen weiß. Denn wo sonst findet er im Oberdeck eines B-747-Jumbos neben dem gewohnten First-Class-Sitz auch noch ein normal-großes Bett? In dem er sogar bei Starts und Landungen ungestört verweilen kann. Und seit wir der „Nouvelle Cuisine“ die Bordküche eröffneten, wird wohl niemand mehr daran zweifeln, daß diese Kombination wirklich „unsere“ Klasse ist.
Die warmherzige Gastfreundschaft, die einer mehr als 100 Jahre alten Tradition entspringt, vermittelt unseren Passagieren jenes asiatische Flair, das auch den Geschäftsflug bereits mit dem Take-off zu einem angenehmen Erlebnis werden läßt. Buchen Sie Philippine Airlines und entdecken Sie selbst, wo die Vergleichbarkeit aufhört und „unsere“ Klasse beginnt.

Philippine Airlines
Asia's first airline.

Amsterdam Athens Bahrain Bangkok Brisbane Doha Canton Frankfurt Hong Kong Honolulu Jakarta Karachi Kuala Lumpur London Los Angeles Manila Melbourne Paris Peking Port Moresby Rome San Francisco Seoul Singapore Sydney Taipei Tokyo Zürich

KAUFANGEBOT: PRODUKTION U. MONTAGE

Wir sind ein mittelständisches Unternehmen. Aufgrund besonderer Umstände bieten wir für ein ges. geschütztes, markengeführtes Erzeugnis alle Rechte an Produktions- und Montageanlagen zum Kauf an. Kaufpreis 1,5 Mio. Bei Vorhandensein einer Werkhalle von ca. 200 m² kann die Produktion sofort aufgenommen werden. Es besteht auch die Möglichkeit, die Produktion am jetzigen Standort zu belassen und die Marktbearbeitung fortzuführen; in Werkhallen, Büros u. Sozialräumen, die wir für DM 6000 im Monat angemietet haben.
Kurzfristig können im Produktions- sowie im Außenbereich - Tiefbau u. Montage - ca. 100 Mitarbeiter bei einem Umsatz p. a. von DM 15 Mio. mit steigender Produktion beschäftigt werden. In der Vergangenheit erhalten Sie von uns weitestgehende Unterstützung, damit Sie erfolgreich in diesem Markt arbeiten können.
Ein für das Endprodukt wachstumsorientierter Markt sichert für Jahre die Absatzchancen.
Wir erwarten Zuschriften von Kaufinteressenten, die ihre Unternehmungen im weitesten Sinn im Tiefbau angesiedelt haben.
Da erfahrungsgemäß zusätzlich Betriebsmittel in Höhe von 1,5 Mio. erforderlich sind, bitten wir nur potentielle Unternehmen um Kontaktaufnahme. Wir sichern strenge Diskretion an, wobei wir diese auch von Ihnen erwarten.
Zuschriften unter K 4435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Domizil Schweiz

Firmendomizile, Briefkastenadressen, Postwechsel, Telefonnummern, EDV, alle Kantone.
P.O.B. 121, CH-8027 Zürich

Unlösbare Probleme

Für mich gibt es nur Erfolge, und zwar 100%, Privatdetektiv arbeitet auf Erfolgshonorar.
Anfragen unter A 4239 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Führender Glitterhersteller sucht mehrere freie Vertreter
die in ihrem Kundenkreis unsere Qualitätsprodukte zusätzlich vertrieben.
Abnehmer sind: Lieferanten von Investitionsgütern aller Art, Industrie als Eigenverbraucher, Bau und Gewerbe, Energie- und Wasserwirtschaft, Bauwirtschaft, Handel, Export u.a.
Bewerbungen erbeten unter Y 4579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mikro-Elektronik für Wiegen, Dosieren und Betriebsdatenverwaltung
Wir suchen den freien Handelsvertreter, der den Anwendern unserer Geräte und Anlagen potentiellen Kunden nabringt. Gute Branchen-Kontakte setzen wir voraus.
Wir erwarten gern Ihr kurzes Anschreiben. Bei telefonischer Vorabinformation sprechen Sie bitte Herrn Dr. Eckmann.
Hotec Prozessdatentechnik GmbH
Alte Schmiede 21 • 6290 Wiesbaden • Telefon: 0 61 21 / 2 43 75

GROSSVERTRIEB MIT VORMONTAGEWERK ZUR HERSTELLUNG VON DOM-FESTIGHAUSEN
für Deutschland, Österreich und die Schweiz gesucht: ein geschäftstüchtiger, energiegeladener, seit 17 Jahren erfolgreich in d. Branche tätiger, langjähriger, Erfahrungen in Verbindungen im Bauwesen. Der Bewerber: Betriebsführer, Büro, Kantine und der Best.-Wirtschaftsbereich. Der Bewerber: Betriebsführer, Büro, Kantine und der Best.-Wirtschaftsbereich.
Tel. (0406) 4 62 - 22 15 - Telex 1 76 670

Wir suchen Handelsvertreter
mit Kontakten zu Baumärkten und Sanitär-Großhandel.
Wir bieten lukrative Zweitvertretung. Sind Sie interessiert? Schreiben Sie unter Z 4580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Wir antworten kurzfristig.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteur: Wilfried Herz-Eichenrode, Dr. Herbert Krenn

Stellf. Chefredakteur: Peter Güllert, Bruno Walpert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heide Barth, Hamburg-Ausgabe: Dietrich Gost

Chef von Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klinge-Lohse, Jens-Martin Lohdén

WELT-Report: Bonn, Friedr. W. Heering, Essen: Hans Hillebrand, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fedina, Peter Fullgier (Stuttg.), Deutschland: Roderich Miel, Rüdiger v. Wollwsky (Stuttg.), Internationale Politik: Manfred Neuber, Ausland: Klaus Jendrich, Maria Weidinger (Stuttg.), Seite 2: Bernhard Müller, Dr. Manfred Rowlid (Stuttg.), Seite 3: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 4: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 5: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 6: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 7: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 8: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 9: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 10: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 11: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 12: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 13: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 14: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 15: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 16: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 17: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 18: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 19: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 20: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 21: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 22: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 23: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 24: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 25: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 26: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 27: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 28: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 29: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 30: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 31: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 32: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 33: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 34: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 35: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 36: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 37: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 38: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 39: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 40: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 41: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 42: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 43: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 44: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 45: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 46: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 47: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 48: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 49: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 50: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 51: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 52: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 53: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 54: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 55: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 56: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 57: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 58: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 59: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 60: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 61: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 62: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 63: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 64: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 65: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 66: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 67: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 68: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 69: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 70: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 71: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 72: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 73: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 74: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 75: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 76: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 77: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 78: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 79: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 80: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 81: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 82: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 83: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 84: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 85: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 86: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 87: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 88: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 89: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 90: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 91: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 92: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 93: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 94: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 95: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 96: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 97: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 98: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 99: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 100: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 101: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 102: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 103: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 104: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 105: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 106: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 107: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 108: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 109: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 110: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 111: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 112: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 113: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 114: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 115: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 116: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 117: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 118: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 119: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 120: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 121: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 122: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 123: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 124: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 125: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 126: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 127: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 128: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 129: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 130: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 131: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 132: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 133: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 134: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 135: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 136: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 137: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 138: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 139: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 140: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 141: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 142: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 143: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 144: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 145: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 146: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 147: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 148: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 149: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 150: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 151: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 152: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 153: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 154: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 155: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 156: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 157: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 158: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 159: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 160: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 161: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 162: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 163: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 164: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 165: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 166: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 167: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 168: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 169: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 170: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 171: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 172: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 173: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 174: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 175: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 176: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 177: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 178: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 179: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 180: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 181: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 182: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 183: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 184: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 185: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 186: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 187: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 188: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 189: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 190: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 191: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 192: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 193: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 194: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 195: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 196: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 197: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 198: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 199: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 200: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 201: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 202: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 203: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 204: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 205: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 206: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 207: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 208: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 209: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 210: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 211: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 212: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 213: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 214: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 215: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 216: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 217: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 218: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 219: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 220: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 221: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 222: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 223: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 224: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 225: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 226: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 227: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 228: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 229: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 230: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 231: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 232: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 233: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 234: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 235: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 236: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 237: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 238: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 239: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 240: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 241: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 242: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 243: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 244: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 245: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 246: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 247: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 248: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 249: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 250: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 251: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 252: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 253: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 254: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 255: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 256: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 257: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 258: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 259: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 260: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 261: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 262: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 263: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 264: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 265: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 266: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 267: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 268: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 269: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 270: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 271: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 272: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 273: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 274: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 275: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 276: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 277: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 278: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 279: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 280: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 281: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 282: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 283: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 284: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 285: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 286: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 287: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 288: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 289: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 290: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 291: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 292: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 293: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 294: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 295: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 296: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 297: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 298: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 299: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 300: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 301: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 302: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 303: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 304: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 305: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 306: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 307: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 308: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 309: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 310: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 311: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 312: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 313: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 314: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 315: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 316: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 317: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 318: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 319: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 320: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite 321: Hans-Joachim Wenzel (Stuttg.), Seite

Donnerstag, 3. März 1983
Nr. 52

Schwache Impulse

Brüssel (Ha.) - Nicht allzuviel Hoffnung können die EG-Bürger aus den Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes schöpfen. Auch der zweite Sonderministerrat zu diesem Thema hat die Brüsseler Expertenherausforderung nicht allzuwenig neue Impulse gegeben.

Der zitierte Abba nicht-tarifärer Handelsbarrieren droht an ideologischen Streitigkeiten zu scheitern. Die Bedeutung der Gemeinschaft zu stärken, die Vereinheitlichung der Grenzformalitäten stößt sich an einer schier unüberwindlichen Mauer von Einwänden aus den betroffenen Verwaltungen. Deutlich wird dies auch an dem Vorschlag, die Mehrwertsteuererhebung von den Grenzen an die inländischen Bestimmungsorte zu verlegen. Obwohl mit einer solchen Maßnahme ein entscheidender Schritt zur Erleichterung des Warenverkehrs gemacht wäre, scheuen die meisten EG-Regierungen den Sprung über den Schatten liebgewordener Gewohnheiten.

Da wird ein erheblicher Steueranfall geltend gemacht, obwohl es sich bei dem geplanten Mehrwertsteuersatz bei der Warenabfuhr allenfalls um einen befristeten Zinsverlust handelt, da werden Steuerhinterziehungen vermutet oder Diskriminierungen gegenüber inländischen Geschäften ins Feld geführt. In der Bundesrepublik bedarf es gar einer Verfassungsänderung, da die Steuerver-

teilung von Bund und Ländern berührt wird.

In Wirklichkeit werden all diese Einwände oft nur deshalb gemacht, weil es am politischen Mut zur Änderung „bewährter“ nationaler Regelungen fehlt. Dabei könnten die EG-Regierungen doch viel einhändeln, schließlich gehen die Kosten der Grenzabfertigung jährlich in die Milliarden.

Teurer Pfennig

ed. - In den Niederlanden wird der Cent abgeschafft, die kleinste Münze, die unserem Pfennig entspricht. Begründung: Die Cent-Stücke verschwinden irgendwann, sind daher knapp, und die Neuprägung einschließlich Material kostet dreimal soviel, wie die Münze wert ist. Der Cent existiert in Holland künftig nur noch im bargeldlosen Zahlungsverkehr, ansonsten wird auf fünf Cent ab- oder aufgerundet. Das Beispiel unseres westlichen Nachbarn könnte auch bei uns manchen solchen Maßnahmen ein entscheidender Schritt zur Erleichterung des Warenverkehrs gemacht wäre, scheuen die meisten EG-Regierungen den Sprung über den Schatten liebgewordener Gewohnheiten.

Da wird ein erheblicher Steueranfall geltend gemacht, obwohl es sich bei dem geplanten Mehrwertsteuersatz bei der Warenabfuhr allenfalls um einen befristeten Zinsverlust handelt, da werden Steuerhinterziehungen vermutet oder Diskriminierungen gegenüber inländischen Geschäften ins Feld geführt. In der Bundesrepublik bedarf es gar einer Verfassungsänderung, da die Steuerver-

MASCHINENBAU / Für 1983 auf weitere Durststrecke eingerichtet, aber:

Das Investitionsklima im Inland hat sich nach der Talfahrt wieder belebt

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Der deutsche Maschinenbau richtet seine Hoffnungen in diesem Jahr auf den Inlandsmarkt. Zwar hat auch er bis Ende Oktober preisbereinigt erneut um neun Prozent nachgegeben. Doch die Monate November bis Januar brachten mit einem Auftragsplus von durchschnittlich 43 Prozent eine „echte Sensation“, so Branchenverbands-Präsident Tyll Necker. Da aber im Auslandsgeschäft immer noch mit einem realen Rückgang von mindestens fünf Prozent gerechnet wird, hat sich die Branche in der Produktion für 1983 auf eine weitere Durststrecke eingerichtet.

Das die inländischen Auftrags-eingänge im November und Dezember preisbereinigt um volle 42 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen, hat die Maschinenbauer noch nicht so sehr überrascht. Hier kam in erster Linie die Investitionszulage zum Tragen. Daß aber von dem Januar-Zuwachs von 47 Prozent auch nach Abzug eines Großauftrags (im Kraftwerksge-schäft) noch ein Plus von zehn Prozent übrigblieb, gibt der Branche nach zweijähriger Talfahrt neue Hoffnung.

„Das Investitionsklima im In-land hat sich belebt. Die Zinssenkung der Bundesbank macht sich bemerkbar, und es ist kein Zweifel, daß die Unternehmen auch politisch mehr Rückenwind für die Investitionen verspüren“, meint VDMA-Präsident Necker. Dennoch ist seine Vorausschau für 1983 von erheblichen Unsicherheiten belastet.

Sorgen bereitet vor allem das Exportgeschäft, aus dem die Maschinenbauer rund 60 Prozent ihrer Umsätze beziehen. Schon 1982 sind die Auslandsaufträge nominal um 13, preisbereinigt sogar um 18

eine Produktion von 6,2 Monaten, so waren es ein Jahr später nur noch 5,5 Monate.

Der Mangel an Nachschub wirkt sich auch auf die Beschäftigung aus. Die Kapazitätsauslastung im Dezember 1981 noch bei 81,9 Prozent, ging bis Ende 1982 auf „mager“ 76,7 Prozent zurück. Nur weil der Maschinenbau mit seiner überdurchschnittlichen Quote an Fachkräften sein Personal erhalten will, hielt sich der Arbeitsplatzabbau mit 28 000 Beschäftigten noch in Grenzen - mit immer noch 1,062 Millionen Mitarbeitern blieb der Maschinenbau größter deutscher Industriezweig.

Daß ein „latenter Bedarf an Personalabbau“ weiterhin vorhanden ist, zeigen die Kurzarbeitszahlen, die im Laufe des Jahres 1982 von 74 000 auf 152 000 gestiegen sind, um im Januar die Höhe von 182 000 zu erreichen. „Das zeigt: Die Unternehmen hoffen immer noch auf Licht am Ende des Tunnels“, interpretierte Necker diese Entwicklung.

Auf dieses Licht müssen sie auch bei den Erträgen hoffen. Die Gewinnsituation hat sich auch 1982 weiter verschlechtert. Dafür haben nicht nur die nur teilweise an die Kunden weitergegebenden Kostensteigerungen gesorgt, sondern zunehmend auch Konkursausfälle, Verzögerungen und Umschuldungen ausländischer Abnehmer.

All das hat die Netto-Umsatzrenditen, im Durchschnitt der Branche schon 1981 auf dem kläglichsten Niveau von 1,24 Prozent, nach Schätzung des VDMA nun auf 1,1 Prozent gedrückt.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Devisenknappeit der „DDR“ begünstigt Warenaustausch

PETER WEERTZ, Berlin
Der innerdeutsche Handel hat sich 1982 günstig entwickelt. Mit einer Zunahme um 13 Prozent auf 14,1 Mrd. Mark einschließlich Dienstleistungen war der Zuwachs doppelt so groß wie im Vorjahr. Für dieses Jahr erwartet das Bundeswirtschaftsministerium ebenfalls einen Aufwärtstrend.

Beginnt wird der innerdeutsche Handel zur Zeit durch die hohe Verschuldung der „DDR“ und die Devisenknappeit, die Ost-Berlin veranlaßt, Importe aus westlichen Ländern um bis zu 30 Prozent zu kürzen und diese Lücken zum Teil mit den Bezügen aus der Bundesrepublik zu füllen. Außerdem hat Ost-Berlin im letzten Quartal des Vorjahres zusätzlich Nahrungsmittel sowie Agrar- und Vorprodukte aus der Bundesrepublik bezogen.

Mit Verbindlichkeiten von 3,7 Mrd. DM hat sich die Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Der zinslose Überziehungskredit (Swing), der 1983 770 Mill. DM beträgt, ist gegenwärtig jedoch nur mit etwa 460 Mill. DM ausgenutzt. Die Bruttoverschuldung der „DDR“ (ohne innerdeutschen Handel) ist nach internen Schätzungen gegenüber westlichen Ländern 1982 von 12,5 auf elf Mrd. Dollar gesunken. Im innerdeutschen Handel drängt allerdings Ost-Berlin auf eine Verlängerung der Zahlungsziele bis über 360 Tage.

Zum erstenmal seit 1978 waren die Lieferungen der Bundesrepublik einschließlich Dienstleistungen mit einer Zunahme von 16 Pro-

zent auf 7,07 Mrd. Mark wieder größer als die Bezüge mit einem Plus von zehn Prozent auf 6,93 Mrd. DM. Im Warenverkehr allein, ohne Dienstleistungen wie Transportkosten oder Hafengebühren, erzielte die „DDR“ freilich einen Überschuss von 510 (Vorjahr 772) Mill. Mark.

Gestiegen sind bei den Lieferungen der Bundesrepublik vor allem Eisen und Stahl mit 97 Prozent auf 641,9 Mill. DM, landwirtschaftliche Erzeugnisse (Getreide und Futter) um 73 Prozent auf 792,6 Mill. DM, NE-Metalle (Silber) um 72 Prozent auf 461,4 Mill. DM. Chemierohstoffe um 29 Prozent auf 1,2 Mrd. DM sowie Textilien und Bekleidung um 31 Prozent auf 364,7 Mill. DM. Einen Rückgang verzeichneten hingegen Maschinen und Anlagen sowie Steinkohle.

Bei den Lieferungen der „DDR“ in die Bundesrepublik waren mit Ausnahme von Eisen und Stahl (minus acht Prozent) alle Warenpositionen am Zuwachs von 838 Mill. DM beteiligt, besonders Textilien und Bekleidung plus 24 Prozent, Möbel (plus 13 Prozent), Braunkohle (plus 18 Prozent) und Maschinen (plus elf Prozent).

Kritisiert wird die aggressive Preispolitik Ost-Berlins bei Polstermöbeln und anderen Konsumgütern, sie hat zu Preisprüfungsverfahren geführt. Verstärkt drängt die „DDR“ außerdem auf den Abschluß von Gegengeschäften bei Auftragserteilung. Diese Gegengeschäfte betreffen vor allem die vielen mittleren und kleineren Unternehmen, die in der Mehrzahl am innerdeutschen Handel beteiligt sind.

Hoffen auf den Frühling

Von INGE ADHAM

Wo fehlt's nicht irgendwo auf dieser Welt, dem Geld, dem das, mir fehlt's an Geld. Der von Bundeswirtschaftsminister Hans-Joachim Lauth bei der Eröffnung der Frankfurter Frühjahrsmesse verwendete Mephisto-Ausspruch aus Goethes Faust dürfte wohl manchem der in großer Zahl in die Mainmetropole gestiegenen Einkäufer aus aller Welt durch den Kopf gegangen sein. Das Angebot auf der Messe, der unbestritten größten Konsumgütermesse der Welt, war größer als je zuvor. Doch mitgenommen wurde auf dieser Messe, die ein Indiz über die weitere Entwicklung der Konsumgüterkonjunktur in diesem Jahr geben soll, längst nicht alles. Und das liegt beileibe nicht nur daran, daß auf dieser Schau Kunst und Kitsch, Schönes und Häßliches, Nützliches und absolut Unnützes nicht beieinander stehen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, die Läger beim deutschen Handel, für den nach eigenem Bekunden 1982 das schwerste Jahr der Nachkriegszeit war, sind weitgehend leer. Aber genauso wenig Zweifel ließ diese Messe daran, daß die Unsicherheit darüber, wie der Verbrauch sich verhalten wird, groß ist. Genauso wenig sollte bezweifelt werden, daß mancher der Händler, der das vergangene Jahr geradezu mit einem blauen Auge hinter sich gebracht hat, gerne kräftiger eingekauft hätte, wenn der dafür nötige finanzielle Rahmen da wäre. Aber der stimmt nicht mehr überall, wie die im vergangenen Jahr drastisch angestiegenen Insolvenzen im Handel deutlich gezeigt haben.

Es muß daran erinnert werden, daß in Frankfurt ja nicht Großunternehmen, Einkaufstrupps ausschütten lassen, um aus einem an einem Platz konzentrierten Weltmarktgebot zuzuschlagen. Frankfurt ist überwiegend Treffpunkt der für unsere Wirtschaft immer noch geistigsten Gruppe der selbständigen Mittelständler. Für sie bestimmt die auf der Frühjahrsmesse getroffene Auswahl ganz entscheidend über Erfolg oder Mißerfolg des Geschäfts. Sie haben sich in Frankfurt, sowohl auf der Aussteller- als auch auf der Einkäuferseite, intern und extern im besten Sinne erwiesen. Denn sie haben Mut gezeigt, Mut, auf Innovationen der Hersteller einzugehen, Mut zu Bestellungen. Damit kann man nur freilich keinen Boom herbeizubringen.

Aber eines wurde sichtbar: Das

Klima hat sich in der Tat gebessert. Zwar befindet sich die Konjunktur laut Ifo-Institut noch immer in der Unterbrechungszone. Aber seit November geht es zwar langsam, aber doch unverkennbar aufwärts. Dafür gibt es handfeste Belege, nicht nur die unverdrossenen Wahlkampfreden der Politiker. So plant zum Beispiel die Automobilindustrie, die noch im Dezember auf Kurzarbeit eingestellt war, inzwischen keine Produktionseinschränkungen mehr.

Seit Dezember zeigen auch die Bestellungen bei Herstellern von Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern leicht nach oben, ein Indiz dafür, daß sich die Verbraucher wieder etwas konsumbereiter zeigen. Der private Verbrauch ist im letzten Quartal des vergangenen Jahres erstmals seit längerem wieder etwas gestiegen. Spielraum haben dabei nicht die Entwicklung der Privatinkommen verschafft. Sie blieben bestenfalls unverändert gegenüber dem Vorjahr, nicht zuletzt wegen der hohen Arbeitslosenquote.

Etwas Luft verschaffte den Privathaushalten aber die Entlastung bei der Energierechnung, für die nachlassende Ölpreise und ein milder Winter sorgten. Daneben haben sich die Verbraucher stärker bei Auslandsreisen zurückgehalten - die Klage aus den Wintersportorten spricht eine deutliche Sprache - und so Raum geschaffen für Konsumausgaben, die neben dem Automobilsektor vor allem auf angeschobenen Anschaffungen von Gebrauchsgütern zugute kamen. Dies geht zum Teil zu Lasten der Ersparnisbildung, wie die leicht gesunkene Sparquote zeigt. Auch die Neigung, für Konsumzwecke einen Kredit aufzunehmen, ist angesichts gesunkener Zinsen und massiver Bankenwerbung wieder etwas gewachsen.

Ein frohlicher Aufschwung läßt sich damit freilich nicht ermitteln. Es sind aber unübersehbare Vorboten eines Konjunkturaufschwungs. Ob daraus ein Konjunkturaufschwung werden kann, ist offen. Wichtig ist jetzt, die allgemeine Verunsicherung zu beenden. Dazu sind die Politiker aufgerufen. Entscheidende Bedeutung haben aber auch die bevorstehenden Tarifurteile. Mit zu großer Verunsicherung des Gutes Arbeitskraft läßt sich ein Aufschwung nicht verbinden. Die Unsicherheit für den einzelnen nicht verringern, sondern nur steigern. Der Frühling wäre vorbei, bevor er richtig begonnen hat.

AUF EIN WORT



„Nach den herben Enttäuschungen des Jahres 1982 sind in den letzten Wochen und Monaten in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung einige positive Anzeichen sichtbar geworden.“

Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank-Girozentrale, Düsseldorf
FOTO: JUPP DACHINGER

Billigere Einfuhr dämpft Preisanstieg

rd. Frankfurt
Die Einfuhrpreise sind im Januar dieses Jahres um 0,9 Prozent sowohl gegenüber Dezember als auch gegenüber Januar 1982 gesunken. Dabei fiel vor allem der Preisrückgang für Erdöl- und Mineralölerzeugnisse um 3,5 Prozent ins Gewicht: spürbar verteuert haben sich hingegen die Preise für Frischgemüse (plus 15 Prozent) und Edelmetalle (plus 9 Prozent). Der Januar ist bereits der dritte Monat mit einem Rückgang der Einfuhrpreise. Die damit um gut 2,5 Prozent unter dem Höchststand vom Oktober letzten Jahres liegen, was maßgeblich zur Preisberuhigung im Inland beiträgt. Die Ausfuhrpreise stiegen von Dezember auf Januar um 0,5 Prozent und überschritten damit ihr Vorjahresniveau um 2,1 Prozent.

WIRTSCHAFTSLAGE

„Konjunktureller Tiefpunkt ist jetzt überwunden“

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Die Bundesrepublik hat den konjunkturellen Tiefpunkt überwunden. Dies haben gestern übereinstimmend das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) und der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) festgestellt.

Nach drei Jahren der Stagnation und Rezession hat nach Ansicht des BVR der Marsch aus der Talsohle begonnen. Gleichzeitig mit einem regelrechten Auftragschub in der Bauwirtschaft sei in der Investitionsgüterindustrie - auch wegen der auslaufenden Investitionszulage - der Auftragsingang gestiegen. Nach fast drei Jahren habe außerdem die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Gewerkschaften sich auf der Höhe der Kosteneinsparung durch Lohnabschlüsse, damit die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung weiter an Stärke gewinne, müsse die Politik der Haushaltsanpassung fortgesetzt werden.

VERKEHR

Flaute der Montanindustrie traf die Bundesbahn hart

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Die Deutsche Bundesbahn hat im vergangenen Jahr kräftig unter der konjunkturellen Flaute, vor allem unter den Schwierigkeiten der Montan-Industrie gelitten. Der Fehlbetrag stieg 1982 von vier auf 4,6 Milliarden Mark. Im Wirtschaftsjahr für das vergangene Jahr war von 4,2 Milliarden ausgegangen. Die Verschuldung erhöhte sich trotz der eingeleiteten Sparmaßnahmen um 1,6 auf 35,6 Milliarden Mark.

Gegenüber den Planansätzen mußte die Bahn 1982 einen Einnahmeausfall von 1,35 Milliarden Mark verkraften, wovon eine Milliarde allein auf den Güterverkehr entfiel. Unter dem Strich gelang es, die Aufwendungen um eine Milliarde Mark unter den Planansatz zu drücken.

Verglichen mit 1981, konnte die Bahn im Personenverkehr wegen der Tarifanhebungen drei Prozent höhere Erträge einfahren. Im Gü-

terverkehr gingen die Erträge trotz der Preisanhebungen in der gleichen Größenordnung zurück. Fuhr die Bahn 1981 noch 30 Millionen Tonnen, so waren es 1982 nur noch rund 27,5 Millionen Tonnen.

In den ersten Monaten dieses Jahres hat diese Tendenz angehalten. Während sich der Personenverkehr vergleichsweise günstig entwickelt, mußte im Güterverkehr ein weiterer Rückgang hinzunehmen werden. Der Vorstand hat darauf mit der Verfügung reagiert, daß zunächst nur 60 Prozent der Sachausgaben ausgenommen sind. Neu- und Ausbaustrecken und Fahrzeugleiste freigegeben wurden. Im Oberbau sind es 75 Prozent.

Wie die Bahn von der Stahlindustrie abhängt, zeigt folgende Faustformel: Eine Tonne Stahl erzeugt ein Transportvolumen von fünf Tonnen, davon entfallen drei Tonnen auf die Bahn. Der Montanbereich ist noch mit 55 Prozent am Wagenladungsverkehr der Bahn beteiligt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Koschnick: Gefahr für Vulkan gebannt

Bremen (WW.) - „Die aktuelle Gefahr beim Bremer Vulkan ist gebannt“, sagte gestern der Präsident des Senats, Hans Koschnick (SPD). Der Bürgerschaftsausschuß habe einstimmig den Vorstellungen der Landesregierung zur Rettung des schwer angeschlagenen Schiffbaubetriebes zugestimmt. Am Dienstagabend hatten die Banken schon grünes Licht gegeben. Der Bremer Senat engagiert sich mit - wie berichtet - 40 Mill. DM; die Hausbank etwa in gleicher Höhe, um zwei nicht abgenommene Schiffe zu finanzieren. Jetzt seien die Werten in der Pflicht, weitere Vorschläge zu entwickeln, fügte der Bürgermeister hinzu. Schließlich gehe es darum, langfristige Arbeitsplätze zu sichern und einen Verdrängungswettbewerb zwischen den Werften an der Unterweser zu vermeiden.

Grundrig-Gerichte

Paris (J. Sch.) - Zu den Gerüchten über ein angebliches Gegenangebot des holländischen Philips-Konzerns an Max Grundig verweigert die Verwaltung des französischen Thomson-Konzerns jegliche Stellungnahme. Die Verhandlungen über eine 75-prozentige Thomson-Beteiligung an der Grundig AG seien inzwischen „abgeschlossen“. Jetzt müsse die - am 20. März anstehende - Entscheidung des Bundeskartellamtes über den von Thomson und Grundig gemeinsam vorgelegten Genehmigungsantrag abgewartet werden. Deshalb wäre es für Thomson auch zu früh, von einer eventuellen Ersatzlösung (etwa mit der britischen Thorn) zu sprechen. Die Zeitung „Le Monde“ erwartet für den Fall, daß das Projekt Thomson/Grundig scheitert, „schwere Konsequenzen für die industriellen Beziehungen in Europa“. Der „Figaro“ stellt die Frage, warum sich Max Grundig schließlich nicht mit technologischen Abkommen mit Thomson oder Philips begnügen sollte.

Schwacher Reise-Sommer

Bonn (DW.) - Mit einem Teilnehmerrückgang von sechs bis sieben

Prozent im Veranstalterreisegeschäft im Touristikjahr 1982/83

(FVJ) rechnet die Fachzeitschrift „FVJ Fremdenverkehrswirtschaft International“ in einer Untersuchung über den Pauschalreise-markt. Die Markteinschätzung basiert auf einer Addition des rechtlich gebuchten Winters mit einem Sommergeschäft, das für die Veranstalter in diesen Wochen immer negativ verlief. Jenseits aller sehr zu beklagenden Firmengangsangehänge die FVJ davon aus, daß die drei größten deutschen Reiseveranstalter TUI, NUR Touristik und ITS durchweg deutliche zweistellige Buchungsrückstände für den Sommer 1983 aufweisen.

Den Senat passiert

Washington (Sb.) - Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die USA über ein Schiffsverkehrsgesetz verfügen, das amerikanische Reederei aus dem Antitrustrecht ausklammert und ihnen die Teilnahme an Linienkonzernen erlaubt. Mit 64 gegen 33 Stimmen hat der Senat am Dienstag die „Gorton Bill“ verabschiedet. Bis auf die Tarifüberwachung durch das Bundesschiff-fahrtsamt verzichteten die Senatoren einstimmig auf alle Zusätze. Auf das Gesetz warten auch die deutschen Reederei, weil Konferenztarife dann auch in US-Häfen gelten.

Erdgas wird billiger

Essen/Dortmund (dpa/VWD) - In mehreren Städten des Ruhrgebietes und des Münsterlandes wird zum 1. April Erdgas billiger. Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) begründet die Senkung der Gaspreise um vier Prozent für 175 000 Direktkunden und Stadtwärme als Weiterleitung von mit gefallen Ölpreisen und den deshalb günstigeren Einkaufsbedingungen. In den Stadtwerken der Ruhrstädte wird die Entwicklung der Ölpreise und ihre Auswirkungen auf die Gaspreise mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Konsequenzen, die sich für die Verbraucher ergeben, werden unterschiedlich sein, je nach der Struktur der Stadtwerke mit den Ferngasgesellschaften.

BERLINER WIRTSCHAFT

DIW: Der Aufschwung läßt weiter auf sich warten

PETER WEERTZ, Berlin
In Berlin rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1983 weder in der Konjunktur noch auf dem Arbeitsmarkt mit einem Wandel. Es sagt vielmehr einen weiteren Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um ein halbes Prozent und der Beschäftigung um 2,5 Prozent auf im Durchschnitt 790 000. Erwerbstätige: vor aus im vergangenen Jahr hatte das Sozialprodukt um ein Prozent und im Jahresdurchschnitt die Beschäftigtenzahl um 2,5 Prozent auf 810 000 zugenommen.

Von allen verarbeitenden Gewerkschaften erwartet das Berliner Forschungsinstitut einen Rückgang der Beschäftigten um vier Prozent auf im Jahresdurchschnitt 181 000. Der Auftragsrückgang in der Berliner Industrie war nach Angaben des Instituts im Vorjahr um ein Prozent niedriger als 1981. Gleichzeitig lag jedoch die industrielle

Nettoproduktion 1982 infolge der positiven Entwicklung der Büro-maschinenindustrie um drei Prozent höher als im Vorjahr. Produktionseinschränkungen gab es aber im Maschinenbau, der elektrotechnischen Industrie und dem Fahrzeugbau (Motorräder).

Mit einer Belebung der Industrieproduktion rechnet nicht das Institut in diesem Jahr nicht. Nach seiner Ansicht wird vielmehr die Arbeitslosenquote, die 1982 im Durchschnitt 8,7 Prozent betrug, weiter auf elf bis zwölf Prozent steigen. Infolge der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung gingen vom Arbeitsmarkt 1982 auch keine Impulse zur Stabilisierung der Einwohnerzahl aus, bedauert das Institut.

Im Gegensatz zum Bundesgebiet ist allerdings in Berlin die Bautätigkeit um ein Prozent real gewachsen, vor allem der Wohnungsbau hat zugenommen.

LEISTUNGSBILANZ / Eine Untersuchung des HWWA-Instituts

Überschuß soll sich 1983 verdoppeln

JAN BRECH, Hamburg
Die deutsche Leistungsbilanz, die im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit 1978 wieder mit einem Überschuss von 7,5 Mrd. DM schloß, wird auch 1983 einen positiven Saldo ausweisen. Nach Schätzungen des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung dürfte der Überschuss auf rund 15 Mrd. DM steigen. Das HWWA unterstellt bei dieser Prognose, daß die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungs-bilanz, wenn überhaupt, deutlich geringer zunehmen werden als der Überschuss in der Handelsbilanz.

Der Überschuss in der Handelsbilanz, der 1982 auf die Rekordhöhe von 51,2 Mrd. DM gestiegen war, wird sich nach Meinung des HWWA in diesem Jahr aufgrund nochmals günstiger Terms of Trade weiter erhöhen. Auf der Exportseite gebe es Anzeichen für eine Stabilisierung der Auslandsnachfrage. Vor allem in den USA

erwartet das HWWA im Laufe dieses Jahres eine wirtschaftliche Erholung. Die generelle Belebung der Weltkonjunktur werde die Unsicherheiten für den Weltmarkt mildern und zusätzliche Impulse für den Export der Bundesrepublik auslösen.

Dies dürfte zwar nicht ausreichen, um einen Konjunkturanstieg auf breiter Front zu bewirken, könnte die binnenspezifischen Aufwärtstendenzen aber wirkungsvoll unterstützen. Selbst unter der Annahme, daß die reale Warenausfuhr in den kommenden Monaten wieder zunimmt, wird wegen des sehr niedrigen Ausgangsstands das Vorjahresergebnis ohnehin nicht ganz erreichen. Bei den realen Warenausfuhr rechnet das HWWA ebenfalls mit einer Zunahme.

Die Defizite in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz werden sich nach Meinung der Hamburger Wirtschaftsforscher dagegen kaum erhöhen. Die Aus-

gaben für Auslandsreisen dürften weiter abnehmen, und bei den Übertragungen des Staates an das Ausland ist der Spielraum für erhöhte Leistungen wegen der angespannten Haushaltslage gering. Die Heimatüberweisungen der Gastarbeiter schließlich werden bei noch steigender Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen.

Die wechselhafte Entwicklung der Leistungsbilanz in den letzten fünf Jahren, die 1978 mit 18 Mrd. DM Überschuss, 1980 mit 30 Mrd. DM Defizit und 1982 wieder mit 7,5 Mrd. DM Überschuss schloß, ist in der Bundesrepublik entscheidend von der Handelsbilanzentwicklung geprägt worden. Vor allem der Handel mit den Opec-Staaten spielte eine wichtige Rolle. Der Außenhandelsaldo, der sich in den Jahren 1978 bis 1980 um rund 20 Mrd. DM verschlechtert hatte, hat sich 1981 und 1982 um fast den gleichen Betrag ins Positive verkehrt. Ähnlich war die Entwicklung gegenüber den USA.



Die Chart-Analyse: Bald geht's aufwärts mit dem Mittagstisch.

Die Formation verrät:
Die Freude am Mittagstisch im Betrieb steht kurz vor dem Ausbruch.
Warum?
Weil Sie günstig in den Dinner-Service von Langnese-Iglo investiert haben - eine der besten Anlagen, die es auf dem deutschen (Mittagstisch-) Markt gibt.
Die sicheren Tipps dafür holen Sie sich am besten sofort.

Sofort-Beratung: 040/34 90 24 97
Iglo-Dinner-Service:
Tiefkühlkost für jede Betriebsgröße.
Langnese-Iglo GmbH.
Lungwitzallee 15, 2000 Hamburg 36.



MANAGER / Gehaltsstudie von Kienbaum

Schweiz auf Spitzenplatz

H. SIEBECKER, Gummersbach
Unter Westeuropas Managern werden die Schweizer am besten bezahlt. Dies ergab eine Untersuchung der Gummersbacher Kienbaum Vergütungsberatung. Dabei wurden Jahresbruttokünfte (inklusive Erfolgsbeteiligung sowie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) für jeweils drei vergleichbare Management-Positionen in 16 europäischen Staaten für eine bestimmte Unternehmensgröße errechnet (Bundesrepublik Deutschland 100 Prozent). Es handelt sich um die Positionen Leiter Finanzen, Vertrieb und Personal.

Dabei nimmt die Schweiz mit 163 Prozent den Spitzenplatz ein. Die nächsten Topplätze belegen Belgien mit 130, Frankreich mit 120, Dänemark mit 112, Norwegen mit 108 und Deutschland mit 100 Prozent. Im Mittelfeld rangieren Schweden und die Niederlande mit 96, Finnland und Österreich mit 86, Italien mit 82 und Spanien mit 75 Prozent. In Spanien und Italien wuchsen die Gehälter im Vergleich zu den anderen Ländern aufgrund der hohen Inflationsraten in den letzten Jahren enorm an. Schlusslichter sind Großbritannien mit 61, Irland mit 59, Griechenland mit 49 und Portugal mit 41 Prozent. Dabei scheint sich Portugal mit seinem enormen Nachholbedarf langsam an das Gehaltsniveau der übrigen Staaten heranzunähern.

Gehaltsindexierungen in Belgien, Frankreich, Italien und Dänemark haben die Management-Gehälter in diesen Ländern in den letzten Jahren stark anwachsen lassen. Aufgrund der schlechten Wirtschaftslage weicht man jedoch mehr und mehr von den gesetzlich fixierten, regelmäßigen Anpassungen der Bezüge an die Lebenshaltungskosten ab und führt nur noch Teilanpassungen durch.

Die Gehaltsstruktur wird in der Regel durch eine instabile Entwicklung des Preisniveaus sowie eine schlechte Wirtschaftslage negativ beeinflusst. Das gleiche gilt für starke Wechselkursschwankungen. Ein Vergleich der Verkaufsleiter-Positionen (keine Geschäftsleiterpositionen) in den 16 Industriestaaten (Unternehmen mit durchschnittlich 100 bis 100 Mill. DM Jahresumsatz) ergibt Gehaltswerte von 43.000 DM pro Jahr bis 185.000 DM (Bruttogehältnisse ohne Abzüge).

Auch hier nimmt die Schweiz mit 165.000 DM den Spitzenplatz ein, gefolgt von Belgien mit 136.000, Frankreich mit 130.000, Dänemark mit 125.000, Norwegen und Deutschland mit 110.000, den Niederlanden mit 105.000 und Schweden mit 102.000 DM.

Interessant sind auch die unterschiedlichen Einkommensteuerbe-

lastungen der leitenden Angestellten in Europa. Dabei schneiden die Schweizer und Franzosen am günstigsten ab. Die Deutschen, Briten und Italiener bewegen sich im mittleren Bereich. Die Sozialversicherungsbeiträge sind allerdings in Deutschland viel höher als in den anderen europäischen Staaten. In Schweden liegen die Nettobezüge ausgesprochen niedrig. Dort zahlen leitende Angestellte keine Beiträge zur Sozialversicherung. Die Steuerbelastung ist jedoch sehr hoch.

Die meisten westeuropäischen Führungskräfte erhalten 13 Monatsgehälter. In Österreich und Portugal werden in der Regel 14 Monatsgehälter ausbezahlt. Die Höhe der Erfolgsbeteiligung (Prämien, Tantiemen u.ä.) ist unterschiedlich. Sie liegen im Mittelbereich bei 10 bis 15 Prozent der Grundbezüge und in Schweden und Deutschland bei 15 bis 20 Prozent. In Portugal, dem Land mit den niedrigsten Management-Bezügen, trifft man nur selten Erfolgsbeteiligungen an.

Nahzu alle europäischen Staaten verfügen über gesetzlich fixierte oder vom Staat kontrollierte Sozialversicherungssysteme. Der Umfang der Absicherung durch staatliche Sozialversicherungen, die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmer gemeinsam durch Beiträge finanziert werden, differiert in Westeuropa sehr. Diese Systeme vereinen meistens Altersversorgung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Sie sind allerdings in jedem westeuropäischen Land anders gestaltet. So fallen in Irland die Versorgungsleistungen im Vergleich zu Schweden oder zu Deutschland minimal aus. In Schweden müssen Renten und Krankengeld allerdings versteuert werden.

Da die steuerlichen Sozialleistungen normalerweise bei Führungskräften den Lebensstandard bei weitem nicht sichern können, werden sie durch betriebliche Sozialleistungen wie zusätzliche Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherungen und betriebliche Altersversorgungspläne ergänzt. Diese Zusatzleistungen sind in allen westeuropäischen Ländern üblich. Die Verbreitung und Höhe ist jedoch unterschiedlich. Die betriebliche Altersrente der Manager beläuft sich im Durchschnitt in Westeuropa (einschließlich staatlicher Rente) auf etwa zwei Drittel der letzten Festbezüge. In einigen Staaten (Irland, Spanien, Portugal) ist die staatliche Grundrente sehr niedrig und muß in größerem Umfang durch betriebliche und private Versorgungssysteme für Führungskräfte ergänzt werden.

DIE GRÜNEN / IW: Programm voller Widersprüche und Illusionen

„Die Rückkehr zu Opas Agrarstaat“

HEINZ HECK, Bonn
„Die Grünen stellen nützliche Fragen, geben aber Antworten, die an der Wirklichkeit vorbeigehen.“ Dieses Fazit zieht das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) aus den bisher bekanntgewordenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der neuen Aspiranten auf ein Bundestagsmandat. Nach Meinung des Instituts stecken diese Vorstellungen „voller Widersprüche und Illusionen“. So forderten die Grünen zum Beispiel, daß die Sozialleistungen nicht gekürzt, der Sozialstaat sogar ausgebaut und zudem ein Mindesteinkommen ohne Bedürfnismechanismus gezahlt würde.

Zugleich wollten sie aber die materiellen Grundlagen zerstören, die solche Sozialleistungen erst ermöglichen: Die industrielle Produktion soll zugunsten einer ökologischen Landwirtschaft abgebaut und die Verflechtung der Bundesrepublik in den Weltmarkt beseitigt werden. In einem neuen, zwischen Kapitalismus und Sozialismus angesiedelten Wirtschaftssystem solle künftig in kleinen, dezentralisierten Einheiten mit Hilfe vor allem sanfter Energien produziert werden. „Dies bedeutet für die Bundesrepublik Deutschland den Abstieg auf den Standard eines Entwicklungslandes und die Rückkehr zu Opas Agrarstaat“, meint das IW.

Das Institut sieht in den bisherigen programmatischen Äußerungen der Grünen ein Sammelsurium von Ideen, die unter anderem schon Marx und nach ihm andere entwickelt hätten: Abschaffung der entfremdeten Lohnarbeit, Arbeiterselbstverwaltung, Rätesystem, Basisdemokratie, wirtschaftliche Autarkie und Verwindung der Bundesrepublik in einen Agrarstaat.

Die Grünen sagten dagegen nicht, was sie unter dem von ihnen geforderten „sozialen“ (im Gegensatz zu den von ihnen abgelehnten kapitalistischen) Wachstum verstehen. Auch fehle jeder Hinweis darauf, was die von ihnen verlangten

Verbesserungen kosten und wie sie finanziert werden sollen.

Zwar gäben sich die Grünen technikfeindlich, erklärten jedoch, daß „durch den Einsatz moderner Technologie heute vielfach eine Arbeitsproduktivität erreicht wird, die es bereits jetzt ermöglichen würde, die wirtschaftliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich erheblich zu verkürzen“. Dabei gelte die 35-Stunden-Woche den Grünen offenbar nur als „Einstieg“. Das Institut erinnert daran, daß eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um fünf Stunden bei vollem Lohnausgleich die Gesamtwirtschaft mit zusätzlichen Kosten von 110 Milliarden Mark belasten würde.

Ebenso sieht das IW einen Widerspruch darin, daß die Grünen „voller Wissenschaftsgläubigkeit“ auf bahnbrechende Innovationen bei der Nutzung der Sonnen- und Windenergie setzen, den Wissenschaftlern und Technikern jedoch nicht die Beforschung und Weiterentwicklung herkömmlicher Energietechniken zutrauten.

GROSSBRITANNIEN / Alternativ-Budget

Ausgaben sollen expandieren

WILHELM FURLER, London
Die Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen in Großbritannien, die nach dem unerwartet deutlichen Sieg bei den Nachwahlen im Londoner Vorort Barnetsey plötzlich wieder zu einem politischen Höhenflug gestartet ist, hat jetzt detaillierte Vorschläge für ein Alternativ-Budget vorgelegt. Wie berichtet, wird Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe das Regierungsbudget für das Finanzjahr 1983/84 am 15. März vor dem Parlament verkünden.

Das Alternativ-Budget der Allianz, das in erster Linie auf eine Reduzierung der hohen Arbeitslosigkeit, auf einen weiteren Rückgang der Inflationsrate durch eine Kürzung der Mehrwertsteuer, auf eine Wiedererstarke der britischen Wirtschaft sowie auf ein verbessertes Hilfesystem für die armen Bevölkerungsschichten abzielt, ist von den meisten Kommentatoren überraschend positiv aufgenommen worden.

Im Mittelpunkt der Alternativ-Vorschläge steht eine leicht expansive Ausgabenpolitik, mit der die Arbeitslosigkeit nach im Verlauf des Anfang April beginnenden Finanzjahres 1983/84 um 485.000 reduziert werden könnte. So sollte nach Ansicht der SDP-Liberale-Allianz der staatliche Kreditbedarf um 5,15 Milliarden Pfund

(knapp 19 Milliarden Mark) über den gegenwärtigen Kreditrahmen von 5,7 Milliarden Pfund ausgeweitet werden. Der Gesamtkreditbedarf von 10,85 Milliarden Pfund läge um etwa drei Milliarden Pfund über dem im mittelfristigen Finanzplan der Regierung festgeschriebenen Betrag.

Nach Schätzungen der Allianz könnte mit dem auf diese Weise finanzierten Hilfspaket das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt über den im kommenden Finanzjahr zu erwartenden Wachstumsschritt angehoben werden. Darüber hinaus würde der Jahresanstieg der Einzelhandelspreise um mindestens 0,8 Prozent verringert. Der Wert des Pfundes gegenüber den wichtigen Währungen dürfte um 2,35 Prozent fallen.

Im einzelnen sehen die Maßnahmen vor: Erhöhung der staatlichen Investitionen in die Infrastruktur, Abschaffung des Aufschlags auf den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung von Herbst dieses Jahres an, Steuerhilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Reduzierung der Mehrwertsteuer von 15 auf 12,5 Prozent, Erhöhung von Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung und Rentenzahlungen, Verbesserung der Umweltschutzmaßnahmen sowie Ausweitung des Ausbildungsprogramms für Jugendliche.

OECD: Weniger Anleihen plaziert

J. Sch. Paris
Nachdem der internationale Kapitalmarkt im Januar nicht zuletzt wegen der verstärkten französischen Kreditaufnahmen zu 10,9 Mrd. Dollar in Anspruch genommen worden war, sind im Februar dort nur noch 8 Mrd. Dollar Anleihen (Obligationen und Bankkredite) plaziert worden. Dies lag vor allem daran, daß die USA ihre Emissionen um 4,6 Mrd. Dollar einschränkten. Als Grund dafür nennt der Kapitalmarktschuss der OECD in seinem jüngsten Monatsbericht die wieder größer gewordene Unsicherheit über die weitere Entwicklung der amerikanischen Zinssätze.

Für die nächsten Monate erwartet der OECD-Ausschuß auf Grund der in Vorbereitung befindlichen Hilfsaktionen zugunsten der lateinamerikanischen Länder eine „föhlbare Steigerung“ der Beanspruchung des internationalen Kapitalmarktes.

Bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahres war diese mit monatlich durchschnittlich 13,2 Mrd. Dollar erheblich höher gewesen als im Januar und Februar. Im Gesamtjahr 1983 hatte sich gegenüber dem Vorjahr der Gesamtanleihebetrag um 170,5 (183,7) Mrd. Dollar vermindert. Davon entfielen 71,6 (47,8) Mrd. Dollar auf Anleihen und 98,9 (145,9) Mrd. Dollar auf internationale Bankkredite.

Gesetzesänderung für Zeitarbeit?

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Die gut 500 deutschen Zeitarbeitsunternehmen sind von der Konjunkturschwäche nicht verschont geblieben. Die Branche hätte ihren durchschnittlichen Personalbestand 1983 schätzungsweise auf 35.000 (40.000) Mitarbeiter abgebaut, erklärte Werner Tietz, Sprecher des Bundesverbands Zeitarbeit.

Der weitaus überwiegende Teil der Arbeitskräfteerzeugung sei allerdings über die branchentypisch starke Fluktuation von etwa einem Drittel des Personals – insgesamt werden im Jahr etwa 200.000 Menschen im Wechsel beschäftigt – bewältigt worden. Vereinzelt habe es aber auch Entlassungen gegeben.

Entgegen der landläufigen Vorstellung hielten immerhin zwei Drittel der Zeitarbeiter langfristig an ihrem „Job“ fest, teilweise bis zu mehr als zehn Jahren. 10 bis 20 Prozent werden dagegen mit schöner Regelmäßigkeit in feste Stellen „abgeworben“.

Trotz der Einbußen, die den Branchenumsatz im vergangenen Jahr auf 1,8 (2) Mrd. DM gedrückt haben dürften, sieht man noch Chancen für eine zusätzliche, freilich nur zeitweilige, überbetriebliche Beschäftigung von 20.000 bis 30.000 Arbeitskräften. Dazu wäre freilich die Lockerung von zwei Passagen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes notwendig: des Verbots der Beschäftigung an einem Arbeitsplatz für mehr als drei Monate und des Gebots der Beschäftigung an mindestens zwei Arbeitsplätzen hintereinander.

DÜSSELDORFER BÖRSE / Spargeld muß hin zum Risikokapital kanalisiert werden

Bei Aktien nur ein Entwicklungsland

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Eine weitere Pleitewelle wie im traurigen Zeitraum 1980/82 könne sich die deutsche Wirtschaft einfach nicht leisten. Die in Jahrzehnten festgefesselten Sünden einer Spargeld-Fehlleitung am Risikokapital vorbei mit entsprechender Finanzstrukturschwäche allzuvieler Unternehmen müßten endlich gestoppt und in ihren schlimmen Folgen allmählich geheilt werden. Vor dieser Konsequenz könne keine „so oder so“ aus der Wahl hervorgehende neue Bundesregierung länger ausweichen.

Mit diesem Tenor fordern für den Vorstand der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf die Bankiers Alfred Freiherr von Oppenheim (Präsident) und P. Wilhelm Christians (Vizepräsident) den baldigen Beginn neuer Strategien zur Förderung des Aktienparens. „Mit großer Sorge“ kommentieren sie dazu die nun im 1982er Jahresbericht dieser zweitgrößten deutschen Wertpapierbörse vorgelegten Daten zum anhaltenden Nie-

FRANKREICH / Konjunktur-Befragung

Warten auf die Belebung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Während sich in der Bundesrepublik die Anzeichen für eine Wiederbelebung der Konjunktur mehr und mehr abzeichnen, wird in Frankreich mit einer weiter abfallenden Industrieerzeugung gerechnet. Allerdings werde der Rückgang im Laufe der nächsten Monate abflachen und zur Jahresmitte in die Stagnation münden, meinen die Unternehmer in ihrer jüngsten Befragung durch das Nationalinstitut für Statistik (INSEE).

Inzwischen beginnt sich jedoch auch das französische Konjunkturmodell an einigen Stellen etwas aufzuheben. Vor allem im Investitionsgüterbereich sind die Inlandsaufträge, insbesondere des Staates und der staatlichen Unternehmen, deutlich gestiegen. Trotz anhaltend schwacher Auslandsnachfrage haben die Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrie insgesamt etwas zugenommen.

Sehr unterschiedlich verlief die Entwicklung im Konsumgüterbereich: Die erneuten Einbrüche bei

Möbeln und elektrischen Haushaltsgeräten wurden durch die Nachfrage nach Textilien in anderen Artikeln des laufenden Verbrauchs kompensiert. Die Vorräte des Handels hielten sich weiterhin auf einem „ziemlich niedrigen“ Stand, heißt es in der Befragung.

Einen Sonderfall bildet die Automobilindustrie, die in letzter Zeit streckbedingte Produktionsausfälle verbuchte und eine Verminderung ihrer Auftragsbestände Kauf nehmen mußte. Auch ließ französische Autoexporteure während ausländischer Wagenrenn-Markanteile in Frankreich steigen konnten.

Weiter zurückgenommen wurden die Produktion von Zwischenzeugnissen, insbesondere von Eisen und Stahl sowie von chemischen Grundstoffen. Dies war die negative Gesamttendenz, die schlaggebend gewesen. Jedoch scheint sich auch hier eine Stabilisierung der Auftragslage anzudeuten.

USA / Reagan bringt Gesetz ein

Marktpreise für Erdgas

H.-A. SIEBERT, Washington
Präsident Reagan hat, wie angekündigt, dem amerikanischen Kongreß die stufenweise Rückkehr zu den Gesetzen des freien Marktes auch bei Erdgas vorgelegt. Wie bei der Annullierung der Preiskontrollen für in den USA gefördertes Erdöl vor zwei Jahren soll der Preiswettbewerb beseitigt und die Voraussetzung für eine bessere Versorgung der Verbraucher zu vertretbaren Kosten geschaffen werden.

Seit der Verabschiedung des Natural Gas Policy Act von 1978 gibt es in den USA 28 Preiskategorien für Erdgas. Im Durchschnitt beträgt der Bohrlochpreis für „Altes Gas“ 1,25 Dollar, für „Neues Gas“ drei für „Tiefgas“ 7,25 und für „Importgas“ fünf Dollar je 1000 Kubikfuß. Der sogenannte Mischpreis macht zur Zeit 2,75 Dollar aus, zu ihm wird ein Dollar als Pipelinekosten addiert. Als Endpreis zahlen die Privatabnehmer im Durchschnitt 5,50, die Industriebetriebe vier und

die Versorgungsunternehmen 1 Dollar.

Nach dem alten Gesetz steigen den USA die Erdgaspreise, wenn ein Überangebot steht, die Ölpreise sinken und die Inflationsrate verringert. In sen Zwang will Reagan dazu zwingen, daß alle Kontrakte, die ausgehandelt werden können, der Transport zum Abnehmer, jedem vereinbarten Preis, der Staat sozusagen garantiert. Der gewichtete neue Durchschnittspreis dient dann als Maß für alte Verträge. Vom 1. Jan. 1985 an kann jeder Partner ein Teil aus dem Kontrakt aussteigen. Investitionsanreize werden durch das Ende der Bohrlochpreise für „Tiefgas“ geschaffen. Der Verbraucher wird geschont, indem Preise, die über der Inflationsrate liegen, nur mit Zustimmung Washingtons weitergeführt werden dürfen. Völlig frei wird der US-Erdgasmarkt am 1. Jan. 1986.

STAATSKONZERNE / Mit Planverträgen

Paris gibt neue Mittel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die vor einem Jahr von der sozialistischen Regierung Frankreichs verstaatlichten Industriekonzerne sollen in den nächsten drei Jahren über 50 Mrd. F an staatlichen und staatlich garantierten Mitteln erhalten. Sie müssen sich dafür im Rahmen von „Planverträgen“ zu bestimmten Gegenleistungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Investitionen und Neueinstellungen, verpflichten.

Die „volle Autonomie“ der neuen Unternehmensschöpfung wird durch angeblich nicht in Frage geratende Investitionen in diese Bereiche bewahrt. Die Aufgabe der Wirtschaft die Zukunft Frankreichs als Industrieland zu sichern, und wesentlich dazu beizutragen, daß die hochdefizitäre Handelsbilanz des Landes ins Gleichgewicht gebracht wird.

Bereits 1982 waren den früher und neu verstaatlichten zwölf Industriekonzerne aus der Staatskasse 9,9 Mrd. F zugeflossen. 1983 werden es 12,45 Mrd. F sein. Dazu kommen rund 5 Mrd. F an staatlichen Darlehen sowie rund 3 Mrd. F an „Beteiligungsteilen“, mit welchen sich die Unternehmen Quasi-Eigenmittel am Kapitalmarkt beschaffen sollen.

Diese börsengängigen Titel sind im Unterschied zu einer Obligation

nicht zeitlich befristet und nur im Falle der Liquidierung des Staates rückzahlbar. Eine Aktie unterscheidet sich davon, daß ihre Inhaber Stimmrechte besitzen. Immer aber werden die Titel nur zum (wie eine Obligation) fest verzinst. Im übrigen richtet sich ihre Verzinsung nach variablen Faktoren, unter auch nach dem erwirtschafteten Reingewinn.

In dieser Beziehung können die Interessenten vorerst aber keine großen Hoffnungen machen. Denn von den verstaatlichten Industriekonzerne hat nur die CGE (Compagnie Générale de l'Electricité) 1982 einen Reingewinn erzielt. Alle anderen Gesellschaften gerieten mehr oder weniger in die roten Zahlen. Ihre noch völlig bekannten Verluste waren auf 15 Mrd. F geschätzt, nach der 1981 (vor der Verstaatlichung) erst 12,45 Mrd. F erreicht hatten. Inzwischen sind die noch am stärksten notleidenden Staatsbetriebe CGE, Saint-Gobain, Rhé-Poulenc, Thomson-Brandt und Renault von der Regierung zur Erlösung von jeweils 500 Mill. F beauftragt. „ermächtigt“ wird die Zinsmodifikation, damit die noch nicht bekannt. Die übrigen Bedingungen der Planverträge werden aus Wettbewerbsgründen geheimgehalten.

NAMEN

Helmut Mader, Vorstandsvorsitzender der Esidro-Einkaufsgenossenschaft Deutscher Drogisten eG, Mannheim, feiert am 4. März den 60. Geburtstag.

Dr. Fritz Deymann wird zum Jahresende aus Altersgründen als persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses Reuschel + Co., München, ausscheiden und in den Verwaltungsrat wechseln. Seine Stelle wird Dr. Ernst Thiemann,

Dresdner Bank, übernehmen. Am 1. Mai 1983 als persönlich haftender Gesellschafter eintritt.

Hans Thierfelder, Inhaber Arwa Ltd., in Parys, Südafrika, verendet am 4. März das 70. Lebensjahr.

Hans Georg Fleitgen, Market Director Baumaschinen der International Harvester Company in Neuss, scheidet aus dem Unternehmen aus, am 1. März 1983 eine neue Aufgabe in der Drescher AG, S. A. International-Hough, D. Sion, Heidelberg, zu übernehmen.

Was hat die Republik Irland allen anderen europäischen Ländern voraus?

30% und mehr.

Die Republik Irland war 1982 das einzige Land Europas, wo die Rentabilität noch verbessert werden konnte.

Seit Jahren schon beträgt die Eigenkapitalrendite hier mehr als das Doppelte des europäischen Durchschnitts.

Dieser Erfolg resultiert aus der traditionell unternehmerfreundlichen Haltung der Republik Irland. Auch für 1983 können hier ansässige Firmen wieder mit einer Eigenkapitalrendite von mehr als 30% rechnen.

Sprechen Sie jetzt mit den Profis. Mit der irischen Industrie-Entwicklungsbehörde IDA. Informieren Sie sich über den lukrativsten Standort Europas. Und lassen Sie sich vorrechnen, womit Sie rechnen können – wie schon 850 andere ausländische Unternehmen, die sich bereits erfolgreich in der Republik Irland niedergelassen haben.

© I. Statistik des US-Handelsministeriums 1978-1981 durchschnittlich 31,7%.

IDA Ireland

Ihr erster Schritt zum lukrativsten Standort Europas

REPUBLIK IRLAND

IDA Ireland
100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987

DEUTSCHE LEASING / 1982 gut abgeschnitten

Neugeschäft zog kräftig an

INCE ADHAM, Frankfurt
Als „klare Vorboten eines Wirtschaftswachstums“ wertet der Vorstand der Deutschen Leasing AG (DL), Frankfurt, das lebhafte Neugeschäft in allen von der DL angebotenen Leasing-Sparten: In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres 1982/83 (30.9.) verzeichnete die Gruppe 305 Mill. DM Neugeschäft, das sind 21 Prozent mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Auch unter Berücksichtigung der wegen der Investitionszulage vorgezogenen Bestellungen bleibe ein echter Nettowachstum von rund 14 Prozent, betonte Dietz.
Rund 100 Mill. DM des Neugeschäfts stammten von der im Juni 1982 gegründeten LGS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH, mit der inzwischen über 130 Sparkassen im Bundesgebiet zusammenarbeiten. Die zweite Neugründung der DL, die Deutsche Objekt-Leasing GmbH, mit der der Vorstoß ins Immobilien-Leasing erreicht wurde, trägt 30 Mill. DM zum Neugeschäft des laufenden Geschäftsjahres bei.
Neben dem Vorstoß in neue Teilmärkte hat sich, wie Dietz betonte, auch die Zinsentwicklung, die eine Senkung der Mietpreise erlaubte, positiv auf die Abschlussfähigkeit ausgewirkt. Für das ganze Geschäftsjahr rechnet Dietz mit einem zweistelligen Wachstum. Auch nach dem Vorstoß in das

KWU / Dividende auf 16 Prozent angehoben - Unzufrieden mit Auslastung der Werke Mülheim und Berlin

Auftragsbestand von über 30 Milliarden Mark

HANS BAUMANN, Mülheim
Bei der Gründung der Kraftwerk Union AG (KWU), Mülheim, 1969 hatte er sich ein Ziel gesetzt: Die Dividende muß das Dividendenmaß von Mutter Siemens erreichen. Im Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) hat Vorstandsvorsitzender Klaus Barthel es geschafft. Aus einem Ergebnis nach Steuern von 50 (35) Mill. DM zahlt KWU 16 (11) Prozent auf das Aktienkapital von 311 Mill. DM.
Aber nicht nur die Dividende signalisiert eine für die Zukunft gewappnete KWU, die wegen ihrer langfristigen Anlagengeschäfte größten Wert darauf legen muß, bei ihren Kunden als gesicherter Partner zu erscheinen. Diesen Eindruck vermittelt auch der Auftragsbestand, der zum Ende des Berichtsjahres auf 25,2 (23,6) Mrd. DM gewachsen ist. Zählt man das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres mit, so hat der Auftragsbestand die Marke von 30 Mrd. DM bereits überschritten. Von den 25,2 Mrd. DM entfallen 19,3 (18,8) Mrd. DM auf Inlandsaufträge und 5,9 (5,0) Mrd. DM auf Aufträge aus dem Ausland. Die Kernkraftwerke dominieren nach wie vor. Sie haben einen Auftragswert von 22,1 (21,6) Mrd. DM. Für fossil befeuerte Kraftwerke hat die KWU Aufträge über 3,1 (2,0) Mrd. DM in den Büchern.
Zukunftsweisend ist auch die Entwicklung der Investitionen. Sie wurden im Berichtsjahr um 25 Prozent auf 94 Mill. DM erhöht. Der Aufwand dafür soll auch in den kommenden Jahren in dieser Größenordnung beibehalten werden. Unverändert hoch sollen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bleiben. Im Berichtsjahr wurden dafür 186 (182) Mill. DM eingesetzt.
Die Zahl der Mitarbeiter bei der KWU ist um 3 Prozent auf 14 451 gestiegen. In welchem Maße auf die Qualifikation gesetzt wird, geht aus der Tatsache hervor, daß die Zahl der Mitarbeiter effektiv um 400 stieg. Außerhalb der Werke aber erhöhte sich die Zahl der Ingenieure um 570, in der Fertigung trennte sich die KWU von 220 Mitarbeitern. Barthel beklagt die schlechte Beschäftigung der Werke, die aller-

dings nur zu rund 10 Prozent zum Umsatz beitragen. Die Kapazität wurde nur noch zu 45 (52) Prozent ausgelastet. Der Umsatz der KWU stieg im Berichtsjahr von 3,9 auf 5,2 Mrd. DM, dann sind allerdings erhebliche Bestandsveränderungen bei unfertigen und fertigen Erzeugnissen von 0,24 (1,59) Mrd. DM.
Wenn er auch nicht unzufrieden ist mit den vergangenen fünf Quartalen, so drückt Barthel der Schuh doch sogleich an drei Stellen:
● Die Auslastung der Werke in Berlin und in Mülheim ist viel zu gering.
● Die Stromverbrauchszuwachsraten, die sich gegen Null bewegen, dämpfen deutlich die Investitionsbereitschaft der Kraftwirtschaft.
● Die Finanzschwäche vieler potentieller Abnehmerländer hemmt das Exportgeschäft ebenso wie die Finanzierungsschwäche für Exportgeschäfte der Bundesrepublik.
Doch Barthel wäre nicht Barthel, hätte er nicht auch Positives zu berichten. Als erstes nennt er das „akzeptable“ Ergebnis. Auf Platz zwei steht die Tatsache, daß KWU zum erstenmal seit fünf Jahren erste Teillieferungen erhielt, und zwar für die drei Konvoi-Kernkraftwerke Isar II in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckar-Westheim II in Baden-Württemberg. Zwei von diesen drei Aufträgen liegen bereits seit 1975 bei der KWU, es hat also sieben Jahre gedauert, ehe nun mit der Arbeit begonnen werden konnte. Seit ihrer Gründung hat die KWU 16 Kernkraftwerke gebaut mit einer Leistung von 12 127 MW. Zur Zeit sind weitere 13 Blöcke in Bau, für zwei fehlt noch die Baugenehmigung (Wyhl und Biblis C). Der Auftragsbestand für Kernkraftwerke beläuft sich damit auf 19 133 MW. Hinzu kommen 79 fossil befeuerte Kraftwerke und Einzelsturboaggregate mit einer Leistung von weiteren 21 556 MW, davon allein 53 aus dem Ausland mit 15 021 MW Leistung.
Mit größtem Stolz erfüllt die KWU die Verfügbarkeit der von ihr errichteten Druckwasserreaktoren, die im Kalenderjahr 1982 rund 85 Prozent betrug. „Das sind satte 25 Prozent mehr als der Durchschnitt der Druckwasserkernkraftwerke der westlichen Welt“, sagt Barthel.

P+S

Hoher Verlust im ersten Quartal

K. W. Hannover
Die Lage der deutschen Stahlindustrie hat sich im letzten Quartal 1982 dramatisch verschlechtert. Wie der Vorstand der zum Bundes-eigenen Salzgitter-Konzern gehörenden Salzgitter Peine Salzgitter AG (P+S), Peine, in einem Zwischenbericht schreibt, fiel die Walzstahl-Nachfrage auf ein seit den 50er Jahren nicht gekanntes Niveau zurück. Gegenüber dem Vorjahresquartal sei die Rohstahlproduktion in der Bundesrepublik um rund 25 Prozent gesunken.
Bei P+S selbst entstand im ersten Quartal 1982/83 (30.9.) den Angaben zufolge ein hoher Verlust, der deutlich über dem des Vorjahresquartals liegt. Der Vorstand erwartet auch für das zweite Quartal einen hohen Verlust, da eine bessere Absatzlage nicht zu erkennen ist. Im Berichtszeitraum nahmen die Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr deutlich ab, wobei die einbüßen fast ausschließlich im Drittlandexport entstanden.

P+S erreichte mit einer Rohstahlproduktion von 760 000 (790 000) t den niedrigsten Quartalswert seit Bestehen des Unternehmens. Der Absatz von Walzstahlzeugnissen ging um knapp 7 Prozent auf 599 000 t zurück, und die Umsatzerlöse lagen unter denen des Vorjahres. Da die Anlagenauslastung völlig unzureichend war, mußte P+S die Kurzarbeit zum Jahreswechsel ausweiten. Bei der Salzgitter Stahl GmbH entstand infolge von Erlöseneinbußen im Inland ein Verlust, der nicht durch das positive Ergebnis im Export ausgeglichen werden konnte.

BANKHAUS REUSCHEL / Zinsüberschuß stark gestiegen

Ertrag ging vor Wachstum

DW/VWD, München
Überaus zufrieden kann das Münchener Bankhaus Reuschel & Co. mit dem Geschäftsjahr 1982 sein. Obwohl sich die zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörende achtgrößte deutsche Privatbank nur ein behutsames, aber ertragsorientiertes Wachstum zum Ziel gesetzt hatte, stieg die Bilanzsumme um 3,2 Prozent auf 1,63 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen (einschl. Avals) um 7,4 Prozent auf knapp 2 Mrd. DM. Zudem erreichte nach Angaben des persönlich haftenden Gesellschafters Bernd Voss das Betriebsergebnis um „deutlich über 1 Prozent“ des Geschäftsvolumens eine neue Rekordhöhe. Es dürfte bei etwa 25 Mill. DM anzusetzen sein - Reuschel legt keine Gewinn- und Verlust-Rechnung vor.
Mit dem um über 30 (27) Prozent gestiegenen Zinsüberschuß werde man in der Bankenlandschaft wohl die „Nase vorne haben“, meinte Voss. Und das um deutlich über 10 Prozent höhere Provisionsergebnis müsse nicht für „herausgehende Aufwendungen“ herangezogen werden. Bei geringen außerordentlichen Aufwendungen und einem

Zuversicht zur Messe Kind + Jugend

Stuttgart/Köln (dpa/VWD) - Die deutschen Hersteller von Baby- und Kinderbekleidung aus Maschinenware gehen mit „verhaltener Zuversicht“ auf die Kölner Internationale Messe Kind + Jugend (18. bis 20. März 1983). Zuversicht auf der Auftragslage für die Frühjahrsaison 1983 zeigen sich die 58 Firmen, die dem „Modellkreis Kind + Jugend“ des Gesamtverbandes der Deutschen Maschinen-Industrie (Gesamtmaschi), Stuttgart, angehören. Das bis zu 10 Prozent höher als vor einem Jahr liegende Auftragsvolumen schere die Kapazitätsauslastung zu 80 bis 100 Prozent.
1982 habe der Markt für Baby- und Kinderbekleidung aus Maschinenware insgesamt ein „noch befriedigendes“ Bild gezeigt. Der Gesamtumsatz belief sich einschließlich T-Shirts auf rund 751 Mill. DM.
Jeder fünfte Hersteller von Baby- und Kinderbekleidung rechnet 1983 mit einem besseren Umsatzergebnis als im Vorjahr, jeder dritte umso mehr. Der Gesamtumsatz der Branche wird auf 800 bis 850 Mill. DM geschätzt. Der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen wurde mit 30,8 Prozent auf 164,5 Mill. DM nochmals kräftig aufgestockt. Sicht-, Termin- und Sparanlagen erhöht sich um 2,7 Prozent auf 1,05 Mrd. DM und ließen damit noch Wünsche offen. Auf 788 (733) Mill. DM nahmen die Kundenforderungen zu, während die Forderungen an Kreditinstitute auf 448 (451) Mill. DM zurückgeführt wurden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

ASKO zahlt 6 Mark

Saarbrücken (VWD) - Die Verwaltung der ASKO Deutsche Kaufhaus AG, Saarbrücken, wird für 1982 die Zahlung einer Dividende von 6 DM vorschlagen. Darüber hinaus sollen den Rücklagen „erhebliche“ Beträge zugeführt werden. Zur Stärkung des Eigenkapitals war 1981 der Jahresüberschuß von 1,8 (2,3) Mill. DM unter Dividendenverzicht auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Gänzliche Ergebnisse

Zürich (AP) - Ungeachtet der weltweiten Wirtschaftslaute haben die „Großen Drei“ im Schweizer Banwesen ihre Erträge 1982 weiter gesteigert und ihre Reservenpolster im Hinblick auf die gestiegenen Risiken im In- und Ausland nochmals kräftig verstärkt. Vom blieb wie auch 1981 die Schweizerische Bankgesellschaft, deren Bilanzsumme um 13 Prozent wuchs und erstmals die 100-Mrd.-St-Markie überschritt. Der Schweizerische Bankverein legte um 11 Prozent auf 97 Mrd. St. zu. Die Schweizerische Kreditanstalt setzte konsequent auf das bilanzneutrale Wachstum, so

daß die Bilanzsumme mit gut 73 Mrd. St. praktisch auf dem Vorjahresstand blieb. Allen drei Großbanken gemeinsam sind die beträchtlichen Steigerungsraten beim Cash-flow. Dabei lag die Kreditanstalt 1982 mit einer Zunahme um 41 beim Cash-flow am kräftigsten zu. Die Bankgesellschaft und der Bankverein wiesen Zunahmen von 35 und 30 Prozent aus.

Merz Pharma wächst

Frankfurt (dpa/VWD) - Auf die Zukunft vertraut der Frankfurter Pharma- und Körperpflegemittelhersteller Merz & Co., der am 1. März auf sein 75jähriges Firmenjubiläum zurückblickte. Im Geschäftsjahr 1981/82 (30.9.) ist der Umsatz des in Familienkreis befindlichen Stammhauses um 4 Prozent auf 110,7 Mill. DM gewachsen. Noch günstiger habe sich das neue Jahr angelassen: Bis zum 28. Februar betrug der Umsatzzuwachs 7 Prozent. Der Gruppenumsatz der Merz-Gruppe betrug 1981/82 etwa 150 Mill. DM.

Herkules übernimmt

Düsseldorf (Fy.) - Die zum schwedischen Papierhersteller Fiskeby

AB, Norrköping, gehörende Herkules Verpackungswerke GmbH, Sendenhorst, übernimmt den Betrieb der Natronag Gesellschaft für Verpackungssysteme mbH, Oker. Natronag gehört zum Konzern Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg AG (PWA), München. Der Natronag-Betrieb ergänzt die Herkules-Aktivitäten um den Bereich Füllmaschinentechnik. Herkules stellt Papier- und Kunststoffschläuche für die Zement- und Baustoffindustrie, die Ernährungs- und Futtermittelindustrie sowie für die Großchemie her. Die neue Gruppe wird mit 500 Beschäftigten etwa 100 Mill. DM Umsatz haben.

Briam 60 Jahre

Bonn (DW.) - Seinen 60. Geburtstag feiert heute Karl-Heinz Briam, Personalvorstand der Volkswagen AG in Wolfsburg. Der gebürtige Hamburger begann seinen beruflichen Weg als Redakteur bei den Gewerkschafts-Zeitungen. Nach Stationen in der IG-Metall-Zentrale und als Arbeitsdirektor im Vorstand der Fried. Krupp Hüttenwerke AG übernahm er 1976 die Aufgabe des Personalchefs bei VW.

Handwerk zur Messe mit Zuversicht

iz München
Nach einem Jahr mit 5 Prozent Umsatzrückgang (4,5 Prozent im Jahr 1981) sieht das deutsche Handwerk zuversichtlich in die weitere Wirtschaftsentwicklung von 1983. „Die von der neuen Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zeigen Wirkung“, erklärte der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Klaus-Joachim Kübler, gestern in München vor Beginn der 35. Internationalen Handwerksmesse (3. bis 13. 3.). Das Konjunkturklima werde heller, es gebe bereits Lichtblicke.

Kübler erwartet vor allem durch die wiederauflebende Bautätigkeit in der zweiten Hälfte dieses Jahres und 1984 Impulse auch für andere Wirtschaftsbereiche wie Wohnungsausrüstung und Zulieferwesen. Auch der im Handwerk bestehende Nachholbedarf an Investitionen werde deutlich zunehmen. Über die von der Bundesregierung gesetzten Akzente meinte Kübler: „Sie sind geeignet, Festsitzklima abzubauen, das Investitionsklima zu verbessern und verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

Dennoch wird der Vorjahresumsatz von 370 Mrd. DM voraussichtlich nicht erreicht. Um fast 70 Prozent stieg 1982 die Zahl der Insolvenzen im Handwerk auf 1830 Betriebe, womit ihr Anteil an der Gesamtzahl der Konkurse und Vergleiche von 12,9 auf 15,4 Prozent kletterte. Die Zahl der Beschäftigten sank um 3 Prozent auf rund vier Millionen.

Von der Rezession besonders betroffen sind das Bau- und Ausbaugewerbe, dessen Anteil am Handwerksgesamtumsatz von 40 auf 35 Prozent gesunken ist. Relativ stabil konnten sich allein die Lebensmittelbetriebe halten.

RUDOLF HELL / Preise und Kosten drückten auf den Ertrag - Gute Fortschritte in der Reprrotechnik

Klimaverbesserung in der grafischen Industrie

JAN BRECH, Hamburg
Eine spürbar verbesserte Stimmung in der grafischen Industrie registriert die Rudolf Hell GmbH, Kiel, die zu den weltweit führenden Herstellern der Repro-, Satz- und Informationstechnik gehört. Die Auftragseingänge in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres 1982/83 (30.9.) lassen nach Aussage des Sprechers der Geschäftsführung, Ernst-Erich Marhencke, erkennen, daß die Branche langsam aus ihrer bislang schwersten Krise herauskommt.
Bei Hell, die als 100prozentige Tochtergesellschaft der Siemens AG in rund 140 Ländern selbständig arbeitet, sind in den Monaten Oktober bis Februar 1983 Aufträge im Wert von 230 Mill. DM eingegangen. Das sind bereits mehr als die Hälfte der gesamten Auftrags-eingänge im Berichtsjahr 1981/82. Auch wenn dieser Schub nicht

über das ganze Jahr anhalten werde, so betont Marhencke, gehe man davon aus, daß das reale Umsatzvolumen und auch die Rendite gehalten werden könne. Die Preise in der grafischen Industrie dürften 1983 nochmals um 1 bis 2 Prozent zurückgehen, nachdem sie 1982 bereits um fast 4 Prozent nachgegeben hatten.
Im Berichtsjahr 1981/82 hat Hell wegen rezessiver Tendenzen auf fast allen Industriemärkten das stürmische Wachstum früherer Jahre zwar nicht wiederholt, die Positionen jedoch weiter gefestigt. Dank der angebotenen Spitzen-technologie und der weltweiten Infrastruktur mit 25 Demonstrations- und Ausbildungszentren in Europa und Übersee habe Hell nominal nochmals 12 und real 16 Prozent an Umsatz gewonnen, erklärt Marhencke. Das Gesamtumsatzvolumen erreichte 444,5 Mill. DM, wobei die

Zuwachsraten im Inland magere 2 Prozent, im Ausland (Umsatzanteil 70 Prozent) 16 Prozent betrug. Erhebliche Fortschritte hat Hell vor allem in der Reprrotechnik gemacht, die inzwischen rund 80 Prozent zum Umsatz beisteuert. Hell ist in diesem Bereich weltweit fast überall marktführend mit Anteilen von zum Teil über 50 Prozent (so etwa in den USA). Bei Scannern liefert das Unternehmen weit mehr als die Hälfte des gesamten Weltbedarfs. Gute Umsatzzuwächse seien auch in der Satztechnik erreicht worden, berichtet Marhencke.
Solide, wenn auch nicht mehr so glanzvoll wie in früheren Jahren, blieb die Ertragskraft. Der um 35 Prozent niedriger ausgewiesene Jahresüberschuß von 14,5 Mill. DM und die von 5,6 auf 3,5 Prozent verschlechterte Rendite lassen zwar die negativen Wirkungen von sinkenden Preisen und steigenden

Kosten erkennen, doch spiegeln diese Zahlen den Rückgang des Betriebsergebnisses nur bedingt wider. Hell habe im Berichtsjahr bei sehr konservativer Bilanzierung die Risikovorsorge erheblich erhöht und Reserven im steuerlich möglichen Umfang gebildet, erklärt Marhencke.
Abgebaut hat Hell auch die Belegschaft. Der technologische Strukturwandel hin zur Mikroelektronik müsse sich zwangsläufig auf den personellen Bereich auswirken, betont Marhencke. Die Zahl der Beschäftigten ist bis Ende Januar auf 2122 gesunken. 1982 hatte Hell noch 2348 Mann beschäftigt.
Die Innovationskraft von Hell, das heute 94 Prozent des Umsatzes mit Produkten erzielt, die nicht älter als fünf Jahre sind, sei ungebrochen. Für Forschung und Entwicklung werden jährlich zwischen 10 und 11 Prozent ausgegeben.

KONKURSE

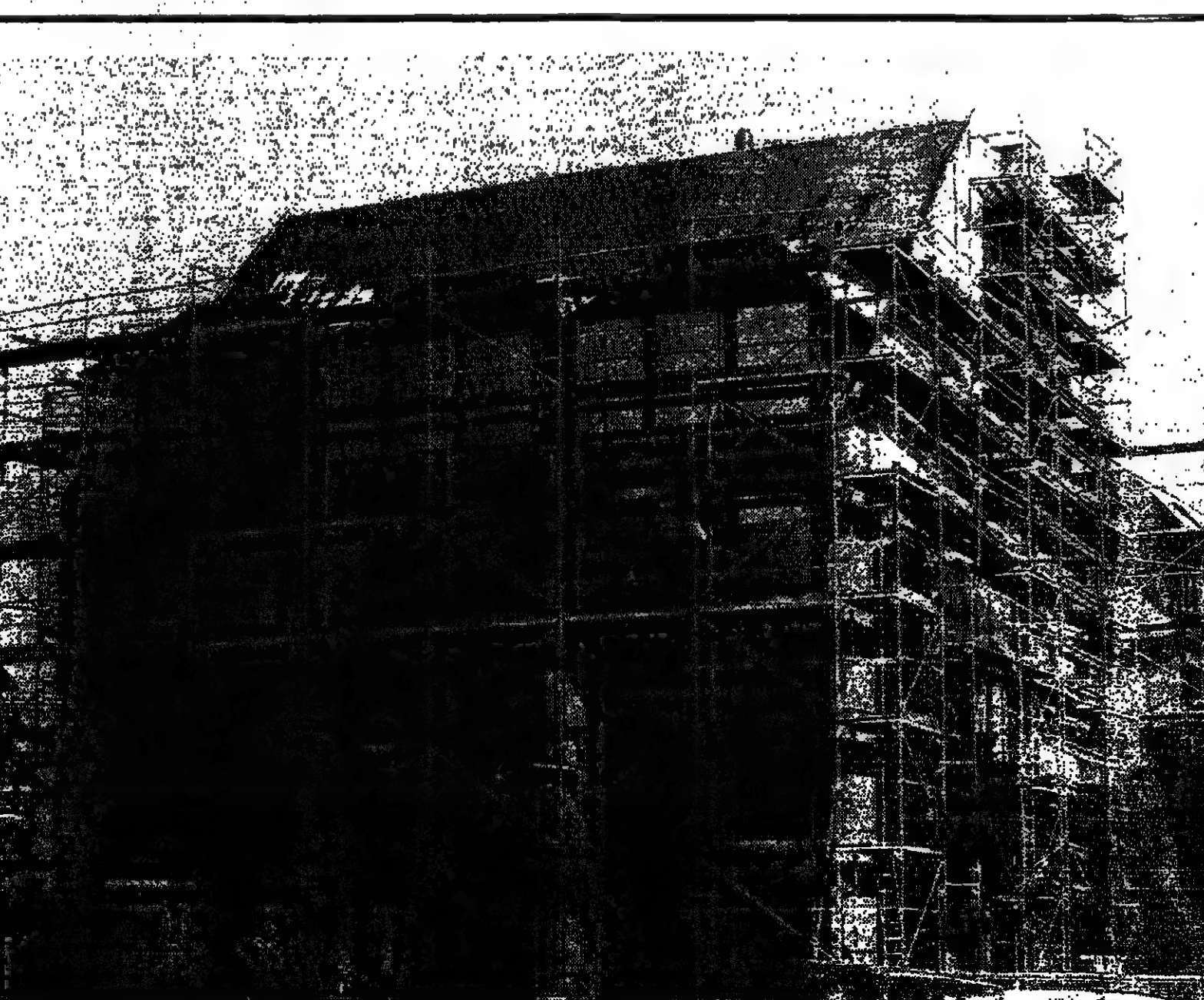
Konkurs eröffnet: Bad Homburg: HSR Heizung-, Sanitär- und Rohrlaufbau GmbH; Datteln: Necht, d. Johannes Karl Browaryk; Kaufm.; Göttersloh II Nova-Technik, Käte-Klima, Heizungs-Sanitär-GmbH; Hamm I: Rudolf Karl Taube; Heidelberg: ONKA Im- u. Export Warenvertrieb GmbH; Waldorf: Kleve: Antonius Konrad Eyckhof, Inh. d. Unternehmern I. Elektrobau u. Installation, Kranenburg: Mühlengasse: Berthold Ernst Mühlens, Kaufmann Ernst Mühlens; München: Reinhold G. Korfner GmbH; Unterschleißheim: HAPA Baumverpackungen GmbH; Baumverpackungen Dr.-Ing. Boris Kiefer (KG); Westfalen: Urauer Fliesenstudio GmbH; Ura: Rinfels: Hundertmark & Co. Bauges. mbH; Kranenburg: Tostedt: Necht, d. Elisabeth Werner geb. Frisch.

Appel am See: Wolftrahnsen: Josef Kastemüller, Bad Tölz.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Rolladen-Jalousiebaumeister Walter Flessler; Wismar/Lake: Kels Import GmbH & Co. KG, Seewald.

Vergleich eröffnet: Alfeld (Leine): Vetter u. Söhne OHG, Mühle-Brötchen; Seltgers: Ulrich Langer, Fuhrunternehmer, Inh. d. Otto Flotzsch, Schäfers Nr. 9; Wolfenbüttel: Will Dietrich GmbH.

Vergleich beantragt: Beckinghausen: Osthusenrich, u. Wilmers o. H. Rosenfabrik, Datteln; Peter Reinhard, Wilmers, Textiltechniker; Helmut Osthusenrich, Textilkaufmann, Datteln; Wellhausen: Uvatek Vertriebs GmbH, Tutzing.



Partner für Immobilien-Leasing - Deutsche Leasing

Ihre Immobilien-Investitionen erfordern in jeder Hinsicht sorgfältige Planung, fachmännischen Rat und Hilfestellung bei der Realisierung.
Gleich welche Objekte Sie planen - Verwaltungs- und Fabrikationsgebäude, Lagerhallen, Märkte -, nutzen Sie das gesamte Dienstleistungspaket der Deutschen Leasing.
Die Erfahrungen unserer Leasing-Spezialisten geben Ihnen die Sicherheit für Ihre Entscheidungen.

Wir sind für Sie ein wertvoller Partner
● bei der Objekt-Bewertung und Projektsteuerung
● bei der Schaffung einer soliden Finanzierungs- und Kalkulationsgrundlage
● bei der Freisetzung stiller Reserven, die Ihren Handlungsspielraum erweitern.
Erhalten Sie sich die finanzielle Flexibilität Ihres Unternehmens und treffen Sie Ihre Investitionsentscheidung mit der Deutschen Leasing gemeinsam.

Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6 - 12, 6000 Frankfurt/M. 60, Tel. (0611) 15291
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 20 1661, Hannover (0511) 34 58 14, Bielefeld (0521) 6 80 90, Düsseldorf (0211) 804 34, Köln (0221) 62 40 51, Frankfurt (0611) 666 40 11, Nürnberg (0911) 3 71 73, Karlsruhe (0711) 2 29 52, Stuttgart (0711) 29 96 81, München (089) 502 70 61

[illegible]

Donnerstag, 3. März 1983 - Nr. 52 - DIE WELT

TURNEN / Streit um die 16 Jahre alte Brigitta Lehmann

Geistig nicht mehr belastbar - oder ein Fall Berliner Familienklüngels?

KLAUS BLUME, Bonn

Es war heute vor vierzehn Tagen, gegen 13.30 Uhr. Ursula Hinz, die Bundesfachwartin Kunstturnen im Deutschen Turnerbund (DTB), teilte dem Schuldirektor Klaus Lehmann am Telefon mit: „Ihre Tochter Brigitta braucht sich am Nachmittag bei uns im Training nicht mehr sehen zu lassen.“ Die Begründung: „schrüb die höchste deutsche Turn-Dame eine Woche später in einem ausführlichen Brief: Brigitta Lehmann habe derzeit keine Perspektive, die Anforderungen des Weltmeisterschaftskaders zu erfüllen. Die 16jährige Oberschülerin sei seelisch und geistig nicht mehr belastbar, sie verhalte sich destruktiv und demonstriere gegenüber den Trainern stumme Ablehnung. Die Trainingsarbeit mit ihr sei mithin „unfallträchtig“ (Hinz), eine Suspension unumgänglich gewesen.“

Die WELT fragte Brigitta Lehmann: Sie wollen mit niemandem mehr reden? Antwort: „Das meinen Hinz. Entweder reden die gar nicht mit mir, oder soviel, daß ich nicht zu Worte komme.“ Frage: Sie haben keine Freude mehr am Kunstturnen? Antwort: „Vielleicht bei Hinzens. Aber ich trainiere jetzt bei meinem Verein OSC Berlin.“ Frage: Nur hin und wieder? Antwort: „Nein, sondern vielmals in der Woche. Hinz kommt ständlg Waldläufe.“ Frage: Um in Bewegung zu bleiben? Antwort: „Nein, als Vorbereitung auf die deutschen Meisterschaften am 12. März. Ich bin nicht so schlecht geworden, wie das Herr Hinz erzählt.“

Zur Erläuterung: Brigitta Lehmann gehört zu den drei besten deutschen Kunstturnerinnen. Bei den deutschen Meisterschaften 1982 belegte sie im Pferdsprung den zweiten, am Schwebeball den dritten und im Armstützen den fünften Platz. Die „Hinzens“, das sind Ursula Hinz, in Personalunion Bundes- und Landesfachwartin Berlin, und ihr Mann, der Polizeibeamte und Hobby-Trainer Jupp Hinz. Jupp Hinz, nach Feierabend Berliner Landestrainer, erhebt gemeinsam mit seiner Frau gegen den früheren Landeskunstturnwart Klaus Lehmann, einen Pädagogen, Diplom-Sportlehrer und früheren Turntrainer, den Vorwurf, er setze in seine Tochter Brigitta „eine riesige Erwartungshaltung“, die nicht erfüllt werden könnte.

Klaus Lehmann zur WELT: „Wenn Frau Hinz schreibt, wir, Brigittas Eltern, verhindern und unterbinden die Pläne, so stimmt das deshalb nicht, weil wir von den meisten Plänen gar nichts gewußt haben.“ Vielmehr sei Brigitta Lehmann vom Ehepaar Hinz bewußt von Lehrgängen bei dem tschechoslowakischen Cheftrainer Vladimir Prorok in Frankfurt eine Israel-Fahrt für den Berliner Turnerbund angesetzt. Frau Hinz hat zum gleichen Zeitpunkt ein Leihgarn für Klaus Lehmann: „Sollte Brigitta nicht

mit nach Israel fahren, scheidet sie aus dem Nationalkader aus.“ Vater Lehmann lehnte die Israel-Reise ab („zu strapazös vor den Europameisterschaften“), Ursula Hinz handelte entsprechend.

Übrigens sind die Leistungen von Brigitta Lehmann nicht - wie Frau Hinz behauptet - in den letzten 12 Monaten gesunken: Bei den Weltmeisterschaften 1981 in Moskau turnte Brigitta Lehmann im Achtkampf 72,55 Punkte, ein Jahr später in Debrecen 74,95 Punkte. Bundesportwart Hans-Jürgen Zacharias: „Wahrscheinlich wird Brigitta künftig in Hannover leben und trainieren.“ Zum Fall Hinz: „Dieser Familienklüngel muß aufhören.“

Lehmann müsse wegen dringender Schularbeiten in Berlin bleiben. Vater Lehmann: „In Wirklichkeit hatte sie schneefrei.“ Vor dem Ungarn-Länderkampf Ende November hieß es Brigitta müsse daheim das Haus hüten, ihre Eltern seien verreist. Auch das sei nicht richtig gewesen. Beim Ferienlehrgang Anfang Januar 1983 in Ruhpolding fehlte Brigitta Lehmann ebenfalls. Frau Hinz hatte ihr gesagt, der Lehrgang falle aus. Brigitta Lehmann wunderte sich dann freilich über die Kartengrüße der anderen Nationalturnerinnen aus Ruhpolding.

Vater Lehmann wertet das als Retourkarte auf die Teilnahme seiner Tochter an einer China-Reise des Deutschen Turnerbundes.

Fußball gegen Fernsehen - seit gestern ist eine weitere Runde im Kampf gegen den neuen Fernsehvertrag eingeläutet. Durch die schwache Vorstellung der Nationalmannschaft beim 0:1 gegen Portugal in Lissabon hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) zwar derzeit nicht die besten Karten. Dennoch will der Verband den Vertragspoker mit aller Schärfe durchführen.

Vor den weiteren Gesprächen mit den Anstalten ARD und ZDF beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt haben vor allen Dingen die Bundesliga-Spitzenklubs mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sie auch weiterhin auf einer erheblichen Honorar-Erhöhung bestehen werden. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten kämpfen angesichts einer Kostenexplosion allerdings selbst um eine Gebührenerhöhung.

Im Vorfeld dieser Gespräche waren schon scharfe Worte gefallen. Als Verfechter der harten Linie gegenüber den Fernsehanstalten hat Wolfgang Klein, Präsident des

DFB, Bonn angesichts der nur 7000 Zuschauer im Neckarstadion aber nicht. Mannschaftskapitän Bernd Förster: „Ich hoffe, daß wir nicht draußengehen müssen.“ Der Nationaltrainer Jupp Heynckes: Die Tore von Allgöwer und Reichert sind für jeden Stuttgarter noch 1000 Mark wert.

„Trotz des Formanstiegs“, meinte Gladbachs Trainer Jupp Heynckes, „stecken wir tiefer im Abstiegsstrudel denn je.“ Und Nationalspieler Lothar Matthäus sagte nach dem 1:2 gegen Bremen: „Jetzt haben sich wohl alle Fußball-Geister gegen uns verschworen.“

Er erhielten die Gladbacher von ihrem früheren Spieler Wolfgang Kleff: „Gladbach steigt nicht ab. Die meisten Spieler müssen jedoch zur Besinnung kommen. Sie müssen wieder denken lernen, konstruktiver agieren und zielstrebig werden.“ Als Beobachter meinte Horst Köppel, Trainer von Arminia Bielefeld: „Es sind die Nerven und der Überdruß, mit denen sich die Gladbacher selbst im Wege stehen, sonst wäre eine Niederlage nach der 1:0-Führung nicht mehr möglich.“

FUSSBALL / Seit gestern wieder harte Verhandlungen um neue Fernsehverträge

In Dänemark bleibt der Bildschirm selbst bei Länderspielen schwarz - Vorbild für den DFB?

Hamburger SV, sogar die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß künftig die Mattscheiben dunkel bleiben. Klein: „Keinen Fernsehvertrag kann und will ich nicht abschließen, wenn keine Einigung zustande kommt.“ Der Hamburger Jurist glaubt allerdings, daß trotz der harten Auseinandersetzung ein neuer Vertrag abgeschlossen wird.

Der frühere Weitspringer und NDR-Moderator hatte zudem verlangt, daß Reporter, die angeblich zu negativ berichten, abgelöst werden können. Außerdem sollten Kameras und Mikrofone aus dem Innenraum verschwinden. Der Präsident des Deutschen Meisters drängte sogar auf eine zeitliche Verlegung der samstäglichen „Sportschau“. Klein dazu: „Die Gefahr, daß uns diese Sendung eine Menge Zuschauer kostet, ist nicht von der Hand zu weisen.“ Dies sei einer der Gründe, warum die Klubs mehr Geld vom Fernsehen verlangen würden. Bisher zahlten die Anstalten 7,229 Millio-

nen Mark an den DFB. Dreiviertel dieser Summe wird zu gleichen Teilen an die 18 Klubs der 1. Liga ausgezahlt, jeder erhält rund 310 000 Mark. Nur ein Viertel geht an die 20 Zweitligaklubs. Bislang hat der Verband jedoch noch nicht die geforderten Zahlen genannt. Wolfgang Klein dazu: „Wir haben sie noch nicht beziffert, weil die Höhe der Zahlungen von den Sendezeiten abhängig sein wird.“

Beispiele aus anderen europäischen Ländern zeigen, wie schnell es tatsächlich zu einer Fußballfreien Zeit im Fernsehen kommen kann. In Dänemark und England kamen keine Einigungen über neue Fernsehverträge und höhere Honorare zustande. In Dänemark wurde deshalb der Fußball für dieses Jahr vollkommen vom Bildschirm und auch aus dem Radio verbannt. In England droht für die nächsten beiden Spielzeiten ein TV-Stopp.

Nachdem die staatliche Monopol-Gesellschaft Dänisches Radio (DR) die geforderte Honorar-Erhö-

hung um 150 Prozent von zwei auf fünf Millionen Kronen (von 560 000 auf 1,4 Millionen Mark) endgültig abgelehnt hatte, zog der Fußballverband die Konsequenz. Der Stopp in Radio und Fernsehen betrifft auch Länderspiele und vor allem auch die bislang beliebten Übertragungen von englischen Schlagerspielen.

In England lehnten die 92 Ligaklubs in der letzten Woche das Angebot der Fernsehsender „BBC“ und „ITV“ ab für die nächsten beiden Spielzeiten 5,3 Millionen Pfund (umgerechnet rund 20 Millionen Mark) zu zahlen. Jack Dunnett, Chef der Ligaklubs, sagt: „Wir werden jedes Angebot prüfen, das höher liegt.“ Doch die beiden Sender kündigten schon an: „Wir verhandeln über alles, nur nicht über noch mehr Geld.“

Die Mehrzahl der englischen Klubs wäre über einen Fernsehstopp keineswegs enttäuscht. Dunnett glaubt: „Den geringen Honoraranteil können die Klubs durch mehr Zuschauer in den Stadien ausgleichen.“

Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft so blamabel gegen Portugal verloren hatte, meldete sich Schalke Trainer Jürgen Sundermann als einer der ersten zu Wort. Als bitterböser Kritiker bekam er - völlig zu Recht - bei spielsweise für diese Sätze viel Beifall: „Das Spiel war eine Katastrophe und eine Negativwerbung für den Fußball. So und nicht anders geht das Verhältnis zu den Fans kaputt.“ Er, Sundermann, sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, den Spielern in erster Linie ein anderes, ein profithafteres Verhalten zu vermitteln.

Am Dienstagabend verlor Sundermanns Team in Köln 0:5 und schied aus dem Pokal aus. Nach einer Leistung, die man als indiskutabel, unwürdig, ja, als unverschämte Bezeichnung muß. Was hat Sundermann? Rügt er die mangelhafte Berufsauffassung seiner Spieler?

Wer darauf gewartet hatte, sah sich getäuscht. Der Schalke Trainer verbreitete statt dessen Begründungen. Sein Team sei in Gedanken beim Bundesliga-Absiegsstrudel gegen

Jupp Heynckes: „Tiefer im Abstiegsstrudel denn je“

Das Halbfinale des deutschen Vereinspokals nimmt allmählich Konturen an. Mit dem 1. FC Köln (3:0 über Schalke 04) und dem VfB Stuttgart (2:0 über Hertha BSC) stehen jetzt zwei Mannschaften für die Spiele am 2. April fest. Am nächsten Dienstag (8. März) wird das Feld nach den Spielen zwischen Dortmund gegen Bochum und Fortuna Köln gegen Borussia Mönchengladbach vollständig. In der Bundesliga wird die Situation für Mönchengladbach dagegen immer bedrohlicher. Die Mannschaft von Jupp Heynckes verlor am Dienstagabend das Nachholspiel gegen Bremen mit 1:2.

Spieler des Tages war in Köln Klaus Fischer, der gegen seinen früheren Verein Schalke 04 drei Treffer erzielte. Allerdings gegen eine Schalke Mannschaft, so räumte selbst Fischer ein, die nicht mehr zu bieten hatte als Zweitligafußball (siehe auch nebenstehenden Standpunkt).

Sundermann und wie sich seine Worte verändern . . .

Als die deutsche Fußball-Nationalmannschaft so blamabel gegen Portugal verloren hatte, meldete sich Schalke Trainer Jürgen Sundermann als einer der ersten zu Wort. Als bitterböser Kritiker bekam er - völlig zu Recht - bei spielsweise für diese Sätze viel Beifall: „Das Spiel war eine Katastrophe und eine Negativwerbung für den Fußball. So und nicht anders geht das Verhältnis zu den Fans kaputt.“ Er, Sundermann, sehe eine seiner Hauptaufgaben darin, den Spielern in erster Linie ein anderes, ein profithafteres Verhalten zu vermitteln.

Am Dienstagabend verlor Sundermanns Team in Köln 0:5 und schied aus dem Pokal aus. Nach einer Leistung, die man als indiskutabel, unwürdig, ja, als unverschämte Bezeichnung muß. Was hat Sundermann? Rügt er die mangelhafte Berufsauffassung seiner Spieler?

Wer darauf gewartet hatte, sah sich getäuscht. Der Schalke Trainer verbreitete statt dessen Begründungen. Sein Team sei in Gedanken beim Bundesliga-Absiegsstrudel gegen

SCHACH / Finanzielle Schwierigkeiten um das Kandidatenturnier

Hübner wollte Geld vom Verband

JOACHIM NEANDER, Frankfurt Unverhofft und nicht ganz freiwillig auch der Deutsche Schachbund (DSB) zum Austrichter für einen der vier Kandidatenwettkämpfe geworden, bei denen der Herausforderer für Weltmeister Anatoli Karpow ermittelt wird. Am 26. März, also noch während der deutsche Großmeister Robert Hübner im österreichischen Kurort Velden (ab 20. März) gegen den fast 62 Jahre alten sowjetischen Ex-Weltmeister Wassili Smyslow kämpft, wird in Bad Kissingen der Kampf zwischen dem Exdrussen Viktor Kortschnoi und dem Ungarn Lajos Portisch beginnen.

Eigentlich war dieser Kampf in Luzern vorgesehen. Aber die Schweizer wollten entweder alle vier Kämpfe (und dann noch das Halbfinale und Finale) - oder keinen. So kam es, daß der neue Präsident des Weltschachbundes (FIDE), der Filipino Florencio Campomanes, sich hilfflehend an den DSB wenden mußte. Aber auch die deutsche Schachszene spürt inzwischen die finanzielle Flaute. Zwar fand sich mit dem „Kurort 2002“ kurzfristig ein altbewährter Sponsor für den Spielort und die Unterbringung der Delegationen. Das von der FIDE festgesetzte Preisgeld von 20 000 Schweizer Franken (plus zehn Pro-

zent FIDE-Gebühr) jedoch konnten weder der DSB noch andere Stellen aus dem Hut zaubern. Im letzten Moment erklärten sich der Schweizer Verband für Kortschnoi und der ungarische Verband für Portisch bereit, je 11 000 Franken auf den Tisch zu legen.

Daß der Wunsch der Stadt Luzern (und auch einer spanischen Stadt), die gesamte WM der Herren und Damen als ein einziges gigantisches Turnier auszurichten, nicht erfüllbar war, lag an den Sowjets. Sie bestanden darauf, den Wettkampf ihrer beiden Vertreter Kasparow und Beljaski sowie vor allem die Spitzenpaarungen ihrer Damen auf eigenem Boden auszugetragen. Beim Kampf der Sowjetrussin Semjonowa gegen die Rumänin Muresan gelang ihnen das allerdings doch nicht. Die Rumänen protestierten gegen den Austragungsort Lworo. Auch dieser Kampf wird jetzt Zunftuch in Bad Kissingen finden, obwohl die Sowjets noch nicht zugestimmt haben.

Auch Robert Hübner bekam übrigens die finanzielle Flaute zu spüren. Er, der bei großen Wettkämpfen vor allem psychologische Probleme hat, wollte sich diesmal besonders gründlich vorbereiten. Experten aus dem sportlichen Bereich hatten ihm die Entwicklung

spezieller Trainingsprogramme angeboten. Aber das gesamte Programm inklusive Vorbereitungskämpfe gegen prominente Gegner sollte - so spricht man - 60 000 Mark kosten. Der DSB mußte aber dauernd abwinken. Hübner hat sich inzwischen um andere Sponsoren bemüht. Sein Sekundant soll der in den USA lebende Exil-Tschechoslowake und Großmeister Ljubomir Kavalek sein.

Gewinnt Hübner seinen Viertelfinalekampf in Velden, wäre der Sieger aus der Begegnung Ribli (Ungarn) - Torre (Philippinen) sein nächster Gegner. Gespielt werden in diesem Viertelfinale zehn Partien, die Unentschieden werden mitgezählt. Steht es am Ende 5:5, werden vier weitere Partien angehängt. Gibt es auch dann noch keinen Sieger, folgen entweder zwei Schnelldpartien, oder es wird gelost. Die Gegner müssen sich darüber vor dem Wettkampf einigen.

In Moskau führt Junioren-Weltmeister Garri Kasparow (19) gegen seinen Landsmann Alexander Beljaski nach zwei Spielen 1,5:0,5. Die erste Partie endete nach 88 Zügen unentschieden. Die zweite gewann Kasparow, weil sein Gegner beim 38. Zug die Bedenkzeit überschritt.

Mutter Kamizuru

Tokio (sid) - Die deutsche Tischtennis-Rekordnationalspielerin Utschi Kamizuru (28) ist Mutter eines Sohnes geworden. Die in Tokio lebende Utschi Kamizuru hatte 1982 nach der Bronzemedaille bei der Europameisterschaft ihre Karriere beendet.

Braun in Führung

Arzachena (UPI) - Der Italiener Moreno Argentin gewann die vierte Etappe der Sardinien-Rundfahrt für Radprofis. In der Gesamtwertung führt weiterhin der deutsche Fahrer Gregor Braun.

Keine einfache Aufgabe

Zeist (sid) - Bei der Junioren-Handball-Weltmeisterschaft im Dezember in Finnland trifft die deutsche Mannschaft in der Gruppe A auf die Favoriten UdSSR und „DDR“.

Ein weiter Wurf

Sotschi (dpa) - Hammerwurf-Weltrekordler Sergej Litwinow (UdSSR) erzielte in Sotschi mit 81,28 m Weltjahresbestleistung. Sein Landsmann Juri Dutschew warf den Diskus 68,82 m weit (ebenfalls Weltjahresbestleistung).

Amerikaner besiegt

Indianapolis (sid) - Im zweiten Box-Länderkampf gegen die Amateur-Auswahl der Sowjetunion unterlag die Staffel der USA in Indianapolis mit 4:8. Den ersten Vergleich hatten die Amerikaner 7:5 gewonnen.

Schiedsrichter gesperrt

Athen (UPI) - In der griechischen Fußballmeisterschaft wurde der Schiedsrichter George Stamatidis wegen schlechter Leistungen 40 Tage gesperrt. Der Linienrichter Vassiladis erhielt 50 Tage Sperre.

Röhrli zum Auftakt vorn

Estoril (sid) - Weltmeister Walter Röhrli (Regensburg) hat zum Auftakt der Rallye Portugal die Führung übernommen. Zweiter ist der Finne Alen.

ZAHLEN

FUSSBALL
DFB-Pokal: Viertelfinale: 1. FC Köln - Schalke 04 3:0 (3:0); Stuttgart - Hertha BSC 2:0 (0:0). Bundesliga: Nachholspiel: Mönchengladbach - Bremen 1:3 (0:0).

England, 1. Division, Nachholspiel: Swansea - Brighton 1:2.

TENNIS
Grand-Prix-Turnier der Herren in Kairo, erste Runde: Avendano (Spanien) - Elter (Deutschland) 6:2, 4:3, 6:3; Kary (Österreich) - Kereke (Deutschland) 1:3, 6:2, 6:4; Westphal (Deutschland) - Carter (USA) 6:3, 6:2.

ISHOOCKEY

Platzierungsspiele der deutschen Meisterschaft: Schwenningen - Düsseldorf 11:3 (Schwenningen spielt gegen Kaufbeuren am Platz 5, Düsseldorf am Freitag in Rießsee um Platz 7).

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Nachholspiel: TTC Jülich - Borussia Düsseldorf 8:4.

RADESPORT

Sardinien-Rundfahrt für Radprofis, vierte Etappe: 1. Argentin (Italien) 3:52:36 Stunden, 2. Pineda (Niederlande) gleiche Zeit, 3. Gavazzi (Italien) vier Sekunden zurück. - Gesamtwertung: 1. Braun (Deutschland) 12:08:12 Stunden, 2. Freuler (Schweiz) 28 Sekunden zurück, 3. de Wolf (Belgien) 2:10 Minuten zurück.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zur Wahl:

Samstag, 5. März

Montag, 7. März

Dienstag, 8. März

9. bis 19. März

Wer wollte diese Wahl wirklich? • Stimmensplitting - Rettung für die FDP? • Wahldemographisches und was dahintersteckt • Wahlergebnisse seit 1949 - eine Übersicht.

Ergebnisse der Doppelwahl • Hochrechnungen bei ARD und ZDF • Zusammensetzung des 10. Bundestages und des Landtages von Rheinland-Pfalz • Analyse des Wählerverhaltens • Reaktionen der Parteien und ihrer Spitzenpolitiker.

Einzelergebnisse aus allen Wahlkreisen • Vergleiche mit früheren Bundestagswahlen • Wie geht es weiter in Bonn? - Eine politische Analyse • Wahlforscher interpretieren das Ergebnis • Reaktionen aus Wirtschaft und Börse • Rheinland-Pfalz: Die Wahl im Schatten der Bundestagswahl.

Die Wahl und ihre Konsequenzen • Regierungsbildungen in Bonn und Mainz • Die neuen politischen Strategien bei Siegern und Verlierern • Ausführliche Dokumentation über die Wahl in Schleswig-Holstein am 13. März - Ergebnisse, Analysen, Kommentare.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

in Bonn ist näher dran

An: DIE WELT Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Ich möchte DIE WELT lesen

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Auf: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Wer schnurrt, grunzt nicht

Aus: Ich bin ein Fall für den Steriologen. Der einzige Trost: Meine Behinderung ist nicht tödlich, auch wenn die Fachliteratur bereits über vereinzelte Todesfälle berichtet hat. Die Spezialisten behaupten, mich keineswegs wie einen Paralytiker aus der Barriere der Krankheit zu halten, sondern als Mäusenphenomen: 70 Prozent der Menschheit, eine erhebliche Dunkelziffer nicht berücksichtigt, sind meine Leidensgenossen. Das beruhigt ungemein. Noch besser fühlen würde ich mich allerdings, wenn die Ärzte auf den lateinischen Krankheitsnamen verzichten könnten. Stere, heißt nämlich nicht mehr, aber auch nicht weniger als schnarchen.

Mittlerweile unterscheidet die steriologische Grundlagenforschung schon drei Hauptgruppen von nächtlichen Geräuschproduzenten. Ich wurde den Knurren-Schnarchern zugeteilt. Der Kasernenreiter unter dem Bett brachte es ans diagnostische Ohr des Fachmanns. Aufgefallen sind aggressive und drohende Unterzungen, überlagert von raubtierähnlichen Fauchen. Mit den anderen, den Schnur- und Grunz-Schnarchern, leide ich an einem Grundübel: Wie der Stuttgarter Chief-Steriologe Dr. Fritz Held nachwies, sind Schnarcher grundsätzlich nicht in der Lage, ihre Gefühle und Gedanken offen und bewusst im Lichte des Tages auszudrücken. Ich könnte mich, Dr. Held zufolge, schon glücklich schätzen, wenn aus meinem Knurren ein aggressives Schnarchen würde. Nicht auszudenken, aber wenn meine phonetische Umwelt-Belästigung in ein Grunz-Schnarchen umschlagen würde! Alles Schweinscheine könnte man mir (im Steriologie-Lehrbuch ist es nachzulesen) nachsagen.

Herrn Dr. Held, im Hauptberuf Kinder- und Jugendpsychiater, muß man um sein Forschungs-Hobby bescheiden. In seiner jüngsten Studie im Deutschen Ärzteblatt, plump als Glossen etikettiert. Vermutlich rein zufällig in der Ausgabe zur Wahl. Denn nur Böswillige können mutmaßen, daß er damit die unpolitischen Schnarcher in der Kollegenschaft aufzählen wollte.

Fundgrube ohnegleichen: Bundes-Filmarchiv in Koblenz feiert Jubiläum

Der Herr über 196 000 Rollen

Die Einlieferung ist noch so neu, daß man sie noch nicht einmal im pedantisch nach Ort und Person geführten Register auffinden kann: Ein Schmalfilmstreifen aus Bielefeld hat dem Bundes-Filmarchiv in Koblenz einen alten Streifen verkauft, auf dem neben Kindgeburtstag und Sackdäule auch ein Exkurs festgehalten wurde, von dem es bisher überhaupt kein authentisches derartiges Material gab - eine deutsche Synagoge brennt in der Reichs-Kristallnacht.

Alle angeblichen Filmaufnahmen solcher Synagogenbrände, auch die in jüngsten Dokumentarfilmen aus aktuellem Anlaß verwendeten, sind „gefälscht“, sagt Filmarchiv-Chef Professor Friedrich Kahlenberg, in ordentlichem Behälterdeutsch. Leiter der Abteilung III des Bundesarchivs zuständig für „Nichtstaatliches Schriftgut, nichtstaatliches Archivgut, Filmarchiv“. Fast 30 Jahre ist das Filmarchiv jetzt alt, und Prof. Kahlenberg ist Hüter von 38 700 Dokumentar- und 2600 Spielfilmen auf 196 000 Rollen.

Die wahrscheinlich erste Anregung dazu, auch das empfindlichste Dokumentarmaterial zur Zeitgeschichte, den Film, für die Nachwelt aufzuheben, stammt möglicherweise vom damaligen Direktor der „Urania“ in Berlin, Franz Goerke, der in einem Huldigungsbuch aus Anlaß des 25. Regierungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II. die Einrichtung eines „Staats-Archivs für kinematographische Aufnahmen“ vorschlug. Zwar habe Goerke damals das „Bewegungsbild“ als eine „untergeordnete Schauspielerei zur Belustigung einer unreflexionierten Masse“ geachtet und „zu deren Verflachung und Verrohung beigetragen“, andererseits müsse man sich vergegenwärtigen, „welche Dokumente wir wissenschaftlich zugrunde gehen lassen“.

Das war 1912. Abgesehen von einem kurzlebigen „Leichtfilmarchiv“ das 1945 und 1946 im Reichsbereich des unruhigen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda aufgebaut worden war, geschah aber nichts. Und als das Bundes-Filmarchiv in Koblenz eingerichtet wurde, war ihm zunächst nur die Aufgabe gestellt, „Dokumentarfilme als Quelle zur deutschen Geschichte nach archivfachlichen

Grundsätzen zu erfassen, zu erhalten und der wissenschaftlichen wie im pedantisch nach Ort und Person geführten Register auffinden kann: Ein Schmalfilmstreifen aus Bielefeld hat dem Bundes-Filmarchiv in Koblenz einen alten Streifen verkauft, auf dem neben Kindgeburtstag und Sackdäule auch ein Exkurs festgehalten wurde, von dem es bisher überhaupt kein authentisches derartiges Material gab - eine deutsche Synagoge brennt in der Reichs-Kristallnacht.

Alle angeblichen Filmaufnahmen solcher Synagogenbrände, auch die in jüngsten Dokumentarfilmen aus aktuellem Anlaß verwendeten, sind „gefälscht“, sagt Filmarchiv-Chef Professor Friedrich Kahlenberg, in ordentlichem Behälterdeutsch. Leiter der Abteilung III des Bundesarchivs zuständig für „Nichtstaatliches Schriftgut, nichtstaatliches Archivgut, Filmarchiv“. Fast 30 Jahre ist das Filmarchiv jetzt alt, und Prof. Kahlenberg ist Hüter von 38 700 Dokumentar- und 2600 Spielfilmen auf 196 000 Rollen.

Die wahrscheinlich erste Anregung dazu, auch das empfindlichste Dokumentarmaterial zur Zeitgeschichte, den Film, für die Nachwelt aufzuheben, stammt möglicherweise vom damaligen Direktor der „Urania“ in Berlin, Franz Goerke, der in einem Huldigungsbuch aus Anlaß des 25. Regierungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II. die Einrichtung eines „Staats-Archivs für kinematographische Aufnahmen“ vorschlug. Zwar habe Goerke damals das „Bewegungsbild“ als eine „untergeordnete Schauspielerei zur Belustigung einer unreflexionierten Masse“ geachtet und „zu deren Verflachung und Verrohung beigetragen“, andererseits müsse man sich vergegenwärtigen, „welche Dokumente wir wissenschaftlich zugrunde gehen lassen“.

Das war 1912. Abgesehen von einem kurzlebigen „Leichtfilmarchiv“ das 1945 und 1946 im Reichsbereich des unruhigen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda aufgebaut worden war, geschah aber nichts. Und als das Bundes-Filmarchiv in Koblenz eingerichtet wurde, war ihm zunächst nur die Aufgabe gestellt, „Dokumentarfilme als Quelle zur deutschen Geschichte nach archivfachlichen

Ältester Dokumentarfilm im Koblenzer Archiv ist ein Streifen von 1895 aus Berlin, der Arbeiter beim Verlassen einer Fabrik und Straßenverkehr in der alten deutschen Hauptstadt zeigt. Viele der ersten Nachkriegs-Wochenendfilme ab 1945 waren bisher unauffindbar, die erste, die auch vorhanden ist, zeigt die Einsetzung der Militärregierung in Deutschland, Waffenablieferung der Bevölkerung und Erschießung eines durch Militärgericht verurteilten Zivilisten in der US-Zone.

Die Erhaltung des als geschichtlich wertvoll bezeichneten Filmmaterials als das Kostbarste dabei vielleicht ein Bild für Bild handkolierter Modelle aus dem vorigen Jahrhundert - erfordert großen technischen Aufwand, zumal, so Professor Kahlenberg, „ein alter Film bei uns erst dann als archivisch gesichert gilt, wenn das sogenannte Sicherungspaket erarbeitet worden ist“. Das bedeutet ein getrenntes Bild- und Tonnegativ, ein besonders weiches kopiertes Positiv, das eine neue Kopie auch nach vielen Jahren ermöglicht (so genanntes „Lavalend“- und eine kombinierte Arbeitskopie für Hauszwecke.

Die sachgerechte Lagerung in klimatisierten Film-Magazinen auf der Koblenz benachbarten Festung Ehrenbreitstein kostet jetzt in jedem Jahr rund 240 000 Mark allein für den Strom. In die 50er Jahre wurden Kino-Filme aus dem vorliegenden Material hergestellt. Diese feuergefährliche Ware befindet sich in 18 Räumen im Festungsteil „Contre-Garde-links“ und muß unter besonderen Luftfeuchtigkeits- und Temperaturverhältnissen aufbewahrt werden.

Alte Filme werden oft erst durch Vergleich mehrerer Kopien, auch in Auslandsbesitz, in der Originalfassung wiederhergestellt. Der technische Aufwand, sie zu waschen, mit Ultrachalk zu säubern, mit dem teuersten der vorhandenen Geräte so zu kopieren, daß verblichene Farben früher Farbfilme wiederbelebt werden, ist ein aufwendiges Kapital für sich.

Für Professor Kahlenberg tickt dabei auch eine „Zeitbombe“. Er meint: „Wenn schlecht gelagerte Nitrofilme nicht innerhalb von zehn Jahren umkopiert sind, kommen sie für Archivbearbeitung nicht mehr in Frage.“

BERNHARD NITSCHKE



Die abstrakte Gogowelt zum Nierenkünstler Ernst Wilhelm Nay's „Mollisard“ (1948), aus der Berliner Ausstellung

FOTO: BINDER / THELE

Berlin: „Grauzonen - Farbwellen 1945-1955“

Im Schneewittchensarg

Im Foyer der Akademie der Künste stehen eine schneefarbene Isotta und ein Motorroller mit Beiwagen. Man hätte Lust, sich hineinzuversetzen und durch diese Ausstellung, die die Jahre des Neubeginns 1945-1955 zeigen will, mit Karacho hindurch zu knattern. Tempo 50 war damals noch nicht gefragt. Gemacht, die beiden Fahrzeuge sind Ausstellungsstücke!

Eine Treppe höher kann man sich den Koffern überstülpen. Boris Blacher, Carl Orff, Pierre Boulez, Karlheinz Stockhausen und viele andere sind hier zu sehen. Man ist in der Zeit der Nachkriegsmoderne, der Zeit der Neuen Musik, der Zeit der experimentellen Musik. Die Ausstellung zeigt die Werke dieser Komponisten, die in der Zeit der Nachkriegsmoderne, der Zeit der Neuen Musik, der Zeit der experimentellen Musik.

Ein nicht mißverständliches zu werden: All dies ist hochinteressant und überaus sehenswert. Es ist wohl bezeichnend, daß Besucher, die damals um die dreißig waren, hier nur das musikalische Geschehen, nicht den rumorenden Geist der damaligen Zeit wieder spüren, während jüngere Betrachter, die noch zur Schule gingen, gerade die Koordinaten ihres damals festgelegten kulturellen Bewußtseins erinnern, helle mit glänzendem Auge, halb mit ironischem Blinzel.

Die Plakate, die man reihenweise zusammengetragen hat, bleiben hier nur schematische Pflicht-Kulisse. Literatur, wenn auch der umfangreichste Teil der Schau, kann, weil nur durch dokumentarische Anwesenheit unter Glas belegt, zwangsläufig in einer Ausstellung nur begrenzte Wirkung zeigen.

Den langweiligsten Part hat überraschenderweise die Bildende Kunst. Bilder als Namen: Baummeister, Geiger, Götz, Meistermann, Ney, Schultze, Winter. War das denn alles? Wurde nicht diese Malerei die sich im Bild ihre eigene abstrakte Gegenwart schuf, von der ersten Stunde an mit Vehemenz und ans Temperament gehenden Diskussionen erlitt und belebt? Erst da, wo die Malerei ins Internationale mündet, bei den Deutschen in Paris, Hartung und Wols, hat die Schau in diesem Bereich wieder Spannung.

Zweifeln an einer (wichtigen) Ausstellung, auch dann, inwiefern sie überhaupt in Ausstellungen darstellen lassen, sozusagen unter der Käseglocke - zumal wenn diese allzu formlos ausfällt. (Bis 27.3., Katalog 33 Mark).

PETER HANS GÖPFERT

Taschenbuchmarkt: Ende der Massenproduktion

Neue Enthaltensamkeit

Der Taschenbuch-Markt ist völlig unübersichtlich geworden, nicht nur für den Käufer, sondern auch für viele Buchhändler. Doch ein Ende der überbordenden Produktion ist kaum in Sicht: 1982 hat es insgesamt 4948 Neuerscheinungen gegeben, oder wenn man so will: 379 neue Taschenbücher pro Tag. Setzt man jedes Buch mit 1,5 cm Dicke an, wären das rund 5,70 Meter Bücher im Monat, fast ein ganzes Regal voll.

Ein Vergleich der Produktionszahlen von 1982 mit denen von 1981 ergibt, daß im vergangenen Jahr im Schnitt 42 Prozent mehr Romane und sogar 90 Prozent mehr Sachbücher veröffentlicht wurden. Fast ebenso kräftig sind die Preise nach oben geschwenkt, wobei einschlägerischer der Umfang der Bücher leicht abnahm. Bei der Gebrauchs-Literatur ist Science-fiction zur Zeit der Renner, während der Krimi immer mehr an Boden verliert. Allerdings nicht im Mai, neben der Weihnachtzeit dem anderen Schwerpunkt der Verlagsauslieferung. Vor der Urlasson ist leichte Kost zu niedrigen Preisen gefragt.

Was die allgemeine Produktion betrifft, zeichnet sich allerdings für die Monate Januar und Februar 1983 eine Trendwende ab: Es sind erheblich weniger Taschenbücher als in den Vorjahresmonaten des Vorjahres erschienen. Drastisches Beispiel für die Reduzierung ist der zum Bauer-Konzern gehörende Moewig Verlag, der bereits die Auslieferung im Oktober 1982 von 20 auf 14 Titel gekürzt hatte und ab Januar 1983 nur noch sieben Neuerscheinungen pro Monat produziert.

Die Gründe für die „Neue Enthaltensamkeit“ der Verlage sind vielfältiger Natur:

- Man hat erkannt, daß die Zeit der Massenproduktion zu Ende ist und sich auch auf dem Taschenbuch-Sektor nur noch Qualität behauptet.
- Projekte, die nur geringe Verkaufschancen haben, werden nicht mehr in Angriff genommen.
- Zu viele Neuausgaben gefährden die „Backlist“ (d. h. alle Bücher, die früher in der entsprechenden Taschenbuchreihe erschienen sind), denn die meisten Buchkäufer haben nur einen begrenzten Etat zur Verfügung.

Flexibilität heißt deshalb das Heilmittel für den Weg aus der Krise. Die Taschenbuch-Verlage müssen neben den langfristig geplanten Reihen in der Lage sein, schnell auf die Tendenzen des Marktes einzugehen zu können. Das kann die „Neue Historische Bibliothek“ heraus, die sich an ein allgemein-geschichtlich interessiertes Publikum wendet. Rowohl versucht das Gebiet des Sports mit „Schulsporthandbuch“ und „Arbeitsbuch Schulsport“ zu erschließen. Ullstein präsentiert die Reihe „Museum im Ullstein Taschenbuch“. Besonders beliebt sind auch Veröffentlichungen zu aktuellen Filmen und Fernsehspielen (bei Heyne und Goldmann).

Und auch dies gibt es noch: Am 3. März ist Erstverkaufstag der im Düsseldorf'schen Verlag erscheinenden Reihe „Hermes Handlexikon“. Zunächst sind 10 Titel vorgesehen. Die Bücher machen es sich zur Aufgabe, einzelne Wissensgebiete lexikalisch zu umreißen; außerdem sollen sie die Leser in die Zeitgeist, Datenwerke, biographische Lexika, Kulturführer und Epochenlexika in der neuen Reihe vertreten sein.

Mit dieser Reihe könne eine Art „Revolution“ auf dem Buchmarkt beginnen. Die Handlexika werden nämlich auch als gebundene Bücher zu haben sein, allerdings erst einige Zeit später. Damit kehrt sich die bislang unangefochtene Abfolge um, wonach zuerst die teure Hardcover-Ausgabe und im Anschluß daran das billige Taschenbuch zu erscheinen hat. Der neue Trend - wenn er anhält - signalisiert, daß Taschenbücher als Verbrauchsgüter angesehen werden, während nur das gebundene Buch als Zierde des Bücherchranks akzeptiert wird.

KARL P. APONER

Agentenkrimi: Malko Linge nun auch im Film

Sechs Leichen weniger

Seit 1965 schreibt der Journalist Gérard de Villiers seine „Malko“-Agentenkrimis. Siebzig Bände sind bereits erschienen; sie heißen „Todes-Roulet der roten Krimmer“, „Die Spur führt ins Weiße Haus“, „Krieg in Abu Dhabi“, „Agenten-Buch“, „Die Tote von Budapest“ etc., und ihre respektable Weltgesamtauflage beträgt 80 Millionen. Da wurde es Zeit, daß man anfang, die Abenteuer Malko Linges auch zu verfilmen.

Artur Brauner und der Franzose Raymond Danon koproduzierten „S. A. Malko - Im Auftrag des Pentagon“. Das Drehbuch verarbeitete der Romanautor selber, straffte die Handlung gegenüber dem Malko-Band Nummer 45 („Terror in San Salvador“) ein bißchen, ließ ein halbes Dutzend Leichen weg und arrangierte den Schlussskampf zwischen Malko und dem bösen-brutalen Enrico Chacon (Raimund Harnsfort) hübsch vor verspiegelten Wänden.

Malko Linge ist ein österreichischer Prinz, besitzt ein von seinen Vätern ererbtes Schloß und ist von den denkmalpflegerischen Ideen besessen, es in einem Fort zu renovieren. Das kostet viel Geld, und das verdient er sich als freier Lohnarbeiter des CIA. Wie James Bond wird er mit heißen, fast unüberschaubarer Spezialaufgaben betraut und stets dorthin geschickt, wo's brennt und wo man aus politischen Gründen keine offiziellen Agententeams einsetzen kann.

Diesmal geht es um den abtrünnigen CIA-Mann Enrico Chacon, genannt „der Schlichter“, dessen sich Amerika geniert. Er hat sich selbständig gemacht, reagiert auf keinen Befehl mehr und foltert

und ermordet, von Militärs und rechtsextremen Großgrundbesitzern unterstützt, Regimegegner und Bauern, Bischöfe und Kellnerinnen. Er muß beschleunigt Operationen durch David Wise (Alexander Kerst), unschädlich gemacht werden.

Für 250 000 österreichische Schillinge fliegt Malko Linge nach San Domingo. Die Handlung basiert - wie bei 007 - auf dem Prinzip, daß der fast allmächtige Bösewicht den Prinzen zwar dringend töten will, es aber aus irgendeinem Grund verschmäht, den gefährlichen Weg zu gehen, der ihm hundert prächtige Möglichkeiten böte: statt dessen fädelt er jeden Mordversuch auf zu kunstvolle und komplizierte Weise ein, daß er scheitern und der Kampf weitergehen muß.

Den Prinzen Malko Linge spielt der Muskelmann Miles O'Keefe (bisher bewährt als Tarzan und als wilder Ato) furcht- und charmerlos, unfroh, hölzern und verbissen wie einst Horst Buchholz den Moderator in der Astro-Show. Er sitzt Wodka trinkend an der Bar, springt durch ein Fenster, besteht die langweiligste Autofolgeverfolgung, die man seit vielen Filmen gesehen hat, spricht mehrere Sprachen (bloß keinen Ton Österreichisch), zieht schnell ein paar Mädchen aus, taucht einen Mann ins Fotoentwicklerbad, schießt zwei andere tot, ersetzt Augenwimpern durch kühnen Umsichtstaren und Humor durch gequältes Lächeln. Und obliegt natürlich, denn mehrere Fortsetzungen sind schon geplant.

Man sieht an „Malko“, wie gut die James-Bond-Filme sind.

LUDWIG MERKLE

Eklat im Münchener Jugendtheater: Die szenische Kantate „Kafir Kassem“

„Lieber erschießen als verhaften“

Noch steht Kipphardt umstrittenes Stück „Bruder Eichmann“ auf den Spielplänen der bayerischen Landeshauptstadt. Da führt sich das kommunale Jugendtheater der Stadt aufgerufen, mit einem ähnlichen Knüller herauszutreten. „Kafir Kassem“ - Bericht über ein Dorf in der Türkei. Es handelt sich um eine „szenische Kantate“ für eine Schauspielerin mit vier Musikern, die sich auf eine Begegnung mit dem Suezkrieg im Oktober 1956 an der israelischen Grenze bezieht.

Damals waren einige arabische Zivilisten irtümlich von israelischen Militärposten erschossen worden. Über ein Dorf war eine Ausgangssperre verhängt worden. „Ein Kind namens Talal“, erzählt nun die Schauspielerin in München, „rannte seiner Ziege auf der Straße nach. Weder das Kind noch die Ziege wußten, daß über das Dorf eine Ausgangssperre verhängt war. Auf einmal fielen

Schüsse. Das Kind wurde getötet. Sein Vater rannte zu ihm, und das Gewehr setzte sein tödliches Geschick fort. Die Mutter folgte dem Vater und dem Kind, die Tochter Nura lief zu ihren Eltern. ... Die Kantate“ folgt wörtlich der Erzählung eines palästinensischen Schriftstellers. Bereits vor der Uraufführung hatten Münchner CSU-Stadträte die Befürchtung geäußert, daß hier historische Ereignisse im Nahen Osten in Szene gesetzt würden, um einseitigen politischen Effekt zu machen. Und in der Tat, genau darum handelt es sich. So erklärt z. B. ein israelischer General: „Ein Erschossener ist bequemer als ein Verhafteter.“

Eine „Kantate“ für deutsche Jugendliche? In Wahrheit ging es um nichts weiter als um hinterhältige, einseitige politische Indoktrination. Das zeigte sich auch in der anschließenden Diskussion.

Zunächst wies der Leiter des Theaters, Jürgen Flügge, den Vor-

JOURNAL

Solschenizyn erhält Templeton-Preis

dpa, London Dem in den USA lebenden russischen Schriftsteller und Dissidenten Alexander Solschenizyn ist der Preis der amerikanischen Templeton-Stiftung zuerkannt worden, wie in London mitgeteilt wurde. Die Auszeichnung, die mit einer Preissumme von 170 000 Dollar zu den höchstdotierten Ehrungen gehört, soll - wie alljährlich - am 10. Mai in der Londoner Guildhall überreicht werden. Die Templeton-Foundation begründete ihre Entscheidung damit, daß Solschenizyn als „Pionier bei der Wiederbelebung von Religion in atheistischen Nationen“ gewirkt habe. Er sei ein lebendes Symbol für die fortwährende Lebenskraft der orthodoxen geistlichen Tradition.

Der Covent Garden erstmals in den USA

SAD, Los Angeles Die königliche Oper Covent Garden wird bei dem am Rande der Olympischen Spiele im kommenden Jahr in Los Angeles veranstalteten Olympischen Festival der Künste gastieren und damit zum ersten Mal in seiner Geschichte in die USA auftreten. „Peter Grimes“, „Turandot“ und „Zauberflöte“ stehen auf dem Programm. Eine Neuinszenierung von „Turandot“ mit Plácido Domingo und Gwyneth Jones wird im Dorothy Chandler Pavilion im Music Centre von Los Angeles ihre Premiere erleben. Damit wird zum ersten Mal in der Geschichte des traditionsreichen Opernhauses eine Neuinszenierung außerhalb Englands aus der Taufe gehoben.

Appell zur Rettung alter Industriestadt

AFF, Islamabad Mohenjo-Daro, eine der beiden Hauptstädte der Induskultur und eine der ältesten Siedlungsanlagen der Welt, droht in kurzer Zeit vom Erdboden zu verschwinden, falls die 5000 Jahre alte Stätte in Pakistan nicht sehr bald vor dem Wassern des Indus gerettet wird. Diesen eindringlichen Appell hat der Generaldirektor der Unesco, Amadou Mahtar Mbow, in Islamabad abgegeben, um die notwendigen 17 Millionen Dollar zur Finanzierung eines Rettungsprogramms zusammenzubringen.

Japan Art Galerie zeigt Ikebana-Körbe

DW, Frankfurt Die japanische Kunst des Blumensteckens „Ikebana“ ist inzwischen vielen bei uns vertraut. Doch das Wort „Hanakago“ klingt den meisten fremd. Es bezeichnet die meist kunstvoll aus Bambus geflochtenen Körbe, die die Ikebanas-Gefäße aufnehmen. Eine Auswahl dieser Hanakago zeigt die Japan Art Galerie in der Frankfurter Guterstraße 26. März. Es handelt sich dabei um alte Arbeiten aus der Meiji-Zeit (1867-1912).

Der Kanton unterm Bett oder Oswalds Skelett

SAD, Bern Die sterblichen Überreste des Minnesängers Oswald von Wolkenstein, der vor 538 Jahren starb, waren jetzt Mittelpunkt von Forschungsarbeiten der Universität Bern. Im Jahr 1973 war in einer Kirche in Novacella bei Brixen (Südtirol) während Umbauarbeiten ein Skelett entdeckt worden. Vier Jahre lang verarbeitete es der Bibliothekar des Klosters in einer Kartonschachtel unter seinem Bett auf, bis man vermutete, es könnte sich um die Überreste des 1445 verstorbenen Oswald von Wolkenstein handeln. Berner Wissenschaftler bestimmten daraufhin Geschlecht, Sterbedatum, Größe und Konstitution des Verstorbenen. Der Schädel wurde mit zeitgenössischen Abbildungen Oswalds verglichen, und es wurde Deckungsgleichheit festgestellt. Sogar zwei deutliche Kinnhöcker am Unterkiefer waren mit den alten Abbildungen des Minnesängers identisch.

KULTURNOTIZEN

Cesare Mazzonis wird neuer künstlerischer Leiter der Mailänder Scala und damit Nachfolger von Francesco Siciliani.

Das Klavierduo Alois und Alfred Kontarsky wurde auf der 9. Musik-Biennale in Ost-Berlin mit dem „Preis der Kritik“ ausgezeichnet.

John Neumeier, dem Ballettdirektor der Hamburgischen Staatsoper, ist der „Dance Magazine Award“ zuerkannt worden.

In Haifa ist jetzt ein „Museum der israelischen Eisenbahn“ eingeweiht und eröffnet worden. Leopold Sedar Senghor, ehemalige Staatspräsident Senegals, ist zum Ehrenmitglied der Frobenius-Gesellschaft ernannt worden.

Jean Mabey (52) ist der neue Leiter des Pariser Kulturzentrums „Georges Pompidou“ und damit Nachfolger von Jean-Claude Groshens.

Das amerikanische Musical „Cats“ (Katzen) erlebt seine kontinental-europäische Erstaufführung während des Frühlingstheaterfestivals (18.-27. 3.) in Budapest.

Die 15. Internationale Buchmesse von Brüssel findet vom 12 bis 20. März statt.



Vom Tarzan zum Supergenten: Miles O'Keefe als Malko Linge in „Gérard de Villiers' Film“

FOTO: ASCOT

Sechs Jahre Haft für Marianne Bachmeier

Angeklagte bleibt auf freiem Fuß / Revision angekündigt

dpa, Lübeck
Ohne erkennbare Gefühlsregung nahm Marianne Bachmeier gestern in Lübeck den Spruch des Schwurgerichts entgegen, das sie wegen Totschlags an Klaus Grabowski, der ihre Tochter Anna umgebracht haben soll, zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilte, aber den von der Staatsanwaltschaft beantragten Haftbefehl ablehnte. Als die 32-jährige, die an diesem Tag einen weißen Pullover, schwarze Hose und weiße Stiefel trug, sich nach der Urteilsverkündung mit ihren Verteidigern in das Beratungszimmer der Anwälte zurückzog, sagte sie zu ihrem vor der Tür wartenden Verlobten Rolf Brockmann: „Komm ruhig mit rein.“

Aus Sicherheitsgründen hatte das Gericht, bei dem gestern morgen wieder mehrere Morddrohungen eingegangen waren, im Foyer des Verhandlungssaals mit eisernen Gittern eine Absperrung für die Angeklagte und die übrigen Prozeßbeteiligten installieren lassen. Unter dem für sie bereits zur Gewohnheit gewordenen Gewitter von surrenden Fernsehkameras verfolgt, betrat die Angeklagte den bis auf den letzten Platz gefüllten Gerichtssaal.

Das mit Spannung erwartete Urteil wurde jedoch erst mit 30minütiger Verspätung verkündet. Die Sicherheitskontrollen waren an diesem Tag besonders gründlich und daher zeitraubend. Der erste Zuhörer wartete - nach eigenem Bekunden mit einem „Fluchmann“ ausgerüstet - bereits seit 4 Uhr 28 vor der Tür. Nur wer früh aufgestanden war, konnte das Ende des sensationellen Prozesses miterleben: Etwa 30 bis 40 Menschen fanden keinen Einlaß mehr.

Nach dem Spruch der Richter standen die Zuhörer noch lange in Gruppen vor dem Gerichtsgebäude und diskutierten Urteil und Strafmäß. „Für mich bleibt Mord“, schalt einen nach dessen Rechtfertigung das Urteil zu milde ausgefallen war. „Ich hätte ihr mehr gegeben“, ergänzte eine

Kantinenangestellte des zum Gerichtssaal umgewandelten Landesbauamtes, die mit den Zuhörern Marianne Bachmeier nach der Urteilsverkündung vor der Tür erwartete. Es gab jedoch auch andere Stimmen. „Ich finde das Urteil gerecht“, sagte eine ältere Frau.

Die drei Anwälte von Marianne Bachmeier haben angekündigt, daß die Verurteilte in die Revision gehen will. „Der Prozeßverlauf und die Ergebnisse der Beweisaufnahme ließen dieses Strafmaß nicht erwarten und haben es auch nicht gerechtfertigt“, erklärte die Verteidigerin. Das Gericht sei mit der „nicht überzeugenden und widersprüchlichen Ablehnung eines minder schweren Falles des Totschlags und mit der verhängten Strafe“ eng mit der Staatsanwaltschaft „zusammengerückt“. Diese will erst in den nächsten Tagen „prüfen und entscheiden“, ob sie ebenfalls Revision einlegen wird.

Die Verteidiger warfen dem Gericht weiter vor, es habe „die begründbare und begründete Möglichkeit, die Mindeststrafe von fünf Jahren wegen der Gesamtumstände des Falles nach Paragraph 49 StGB weit zu unterschreiten“, völlig unerörtert gelassen. Paragraph 49 des Strafgesetzbuches regelt „besondere gesetzliche Milderungsstände“.

Beim Strafmäß war das Gericht dagegen davon ausgegangen, daß kein minder schwerer Fall von Totschlag vorliege. Es hatte jedoch eine Reihe entlastender Momente anerkannt und war so bei der Bemessung der Strafe im Rahmen von fünf bis 15 Jahren Freiheitsstrafe mit sechs Jahren im unteren Bereich geblieben.

Der vorsitzende Richter Bassen ging dann davon aus, daß die Angeklagte von dem Strafmäß unter Anrechnung der 15monatigen U-Haft und Berücksichtigung, daß ihr ein Drittel der Strafe erlassen würde, noch rund zweieinhalb Jahre abzusitzen habe.

Seite 2: Das Urteil



Stürme im Sonnenland

Mindestens neun Menschenleben forderten bis gestern die schweren Stürme, die seit einigen Tagen über Kalifornien toben. Gestern wurde außerdem Los Angeles von einem leichten Erdbeben erschüttert, dessen Stärke mit 3,2 Punkten auf der nach oben offenen Richterskala erreichte. Es entstand jedoch nur geringer Sachschaden. Unüberschaubar sind dagegen die Schäden, die die seit Tagen anhaltenden Wolkenbrüche und Erdstöße im Sonnenstaat Kalifornien anrichten. Bei Windgeschwindigkeiten bis zu 135 Stundenkilometern wurden ganze Küstenstriche überflutet. Tausende Menschen sind obdachlos. Einige Gebiete im Großraum von Los Angeles wurden evakuiert, nachdem

viele Häuser unbewohnbar geworden waren und die Menschen sich auf die Dächer geflüchtet hatten. Teile der Stadt Pacifica waren gestern akut gefährdet, weil die schwere See mit jedem Brecher mehr Land schluckte (Foto oben). In weiten Teilen auch des Landesinnern ist der Verkehr auf den überfluteten Straßen völlig lahmgelegt (Foto rechts). Die Unwetter machten auch eine Änderung des Besuchsprogramms der englischen Königin Elizabeth notwendig, die zur Zeit die USA bereist. Sie konnte nicht wie geplant mit der königlichen Yacht „Britannia“ von Los Angeles, wo sie zu Gast auf der Ranch von US-Präsident Reagan war, nach San Francisco reisen.



Katastrophale Trockenheit in Südafrika

dpa, Pretoria
Die seit Januar anhaltende Trockenheit hat die Landwirtschaft in vielen Teilen Südafrikas an den Rand des völligen Zusammenbruchs gebracht. Auf der „Situationskarte“ des Landwirtschaftsministeriums in Pretoria sind die Teile der Provinz Transvaal sowie Teile der Oranjerivier- und der Kapprovinz als „Katastrophengebiete“ verzeichnet. Fast alle übrigen Teile des Landes werden als „Dürregebiete“ geführt.

In Kruger-Nationalpark stirbt das Wild, weil Wasserstellen und ganze Fluß-Systeme vollkommen ausgetrocknet sind. Die Maisproduktion, die in guten Jahren bei 15 Millionen Tonnen liegt, ist um 51 Prozent zurückgegangen. Nicht viel besser steht es um die Zuckersonnenblumen- und Erbsenproduktion. Gemüse- und Früchtereimer stehen vor dem Ruin.

In den schwarzen „Homelands“ sind bereits 800 000 Rinder verendet. Aus den nördlichen Gegenden der Kapprovinz und von den Farmern am Oranjerivier wird gemeldet, daß die Nambij-Wüste rascher als sonst nach Süden vordringt.

Buthad in Alaska

dpa, New York
Auf der Flugpiste des einsamen Wellers McCarthy in Alaska hat ein Mann sechs Menschen erschossen und zwei andere verletzt. Der 34-jährige Täter konnte Stunden später auf der Flucht mit einem Schneemobil von der Polizei gestellt werden. Über das Motiv wurde nichts bekannt.

Big Ben steht schief

AP, London
Big Ben, der Uhrenturm des britischen Parlamentsgebäudes und eines der Wahrzeichen Londons, hat Schlagseite. Dies wurde jetzt in Unterhaus mitgeteilt. Staatliche Landvermesser haben festgestellt, daß der Uhrenturm an seiner Spitze um knapp 23 Zentimeter vom Lot abwich.

Lehrerin ging k. o.

dpa, Wies
Mit einem gezielten Kinnhaken hat ein elfjähriger Schüler in Salzburg seine Lehrerin vor versammelter Klasse k. o. geschlagen. Zuversichtlich der Junge die Schrauben an Stuhl der Lehrerin gelockert, so daß diese unter dem Gelächter der Kinder mehrmals ins Schwanken geriet. Der Schüler wurde für vier Wochen vom Unterricht ausgespart.

Prominenter Verdächtiger

dpa, Bochum
Gegen den Bochumer Bürgermeister Georg Musil (SPD) und seine Frau wird nach Angaben der Bochumer Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Bochumer Beiseptikandal wegen Verdachts des Betruges ermittelt. In dem Beiseptikandal, bei dem ein Schaden von mehr als 1,5 Millionen Mark angerichtet worden sein soll, wurden die Krankenkassen für Medikamente zur Kasse gebeten, die gar nicht verkauft worden waren.

Mehr Service bei der Bahn

hs, Hamburg
Den verstärkten Einsatz von Eisenbahnen im Kunden-Service und die zusätzliche Öffnung von Fahrkartenstellen in den Hauptverkehrszeiten hat der Bundesverband der Gewerkschaften Deutsche Bundesbahnangehörige (GDBA) gestern in Hamburg gefordert.

Riesen-Fang

AFF, Peshawar
Der pakistanische Zoll ist die größte jemals in Pakistan beschlagnahmte Menge Heroin in die Hände gefallen. Am Rande der Pufferzone zwischen Afghanistan und Pakistan wurden 421 Kilo Heroin entdeckt, das auf dem westlichen Schwarzmarkt einen Wert von über 600 Millionen Mark erreicht.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin & Marshall, Ottobrunn, bei.

ZU GUTER LETZT

„An den Weltbörsen sind die Bullen los“ (Schlagzeile einer dpa-Meldung über Boom-Spekulationen).

LEUTE HEUTE

Hoch zu Pferd

Mit seinen beiden Pferden „Wrochi“ und „Farah Diba“ ist der 25-jährige Syrer Adnan Assam von Syrien nach Los Angeles zu den Olympischen Spielen im Mai 1984 unterwegs. Im vergangenen September hatte er sein Heimatdorf Suneida verlassen und ist jetzt in Athen eingetroffen. Der Reiter will sich am 15. März in Patras nach Italien einschiffen, Frankreich durchreiten, nach Großbritannien übersetzen und von dort in die USA fliegen.

Königliche Schnitten

König Hussein von Jordanien hat einen Wiener Bäckereimeister zum Hoflieferanten für seine Frühstücksbrötchen ernannt. Während seines Weihnachtsurlaubes in sei-

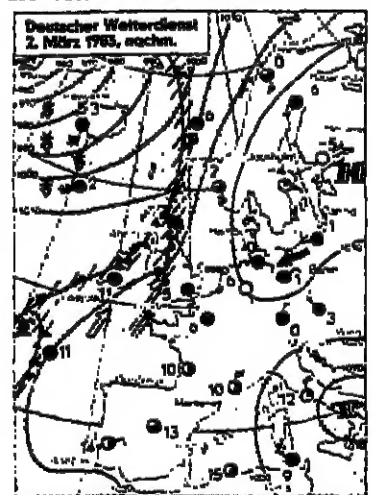
ner Wiener Villa in Grinzing am Fuß des Kahlenberges hatte sich der Haschemitenherrscher in eine Vollkorn-Toastbrotsorte des Bäckereimeisters Kurt Mamm „verliebt“. Der Hof in Amman bestellt nun telefonisch in Wien. Die jordanische Botschaft befördert das „Königsbrot“ als Diplomatengepäck direkt an den königlichen Frühstückstisch.

Schnee-Fall

Aga Khan, religiöses Oberhaupt der Ismaeliten, hatte Pech beim Skifahren in St. Moritz: Erstürzte so unglücklich, daß er per Rettungsseil in ein Tal geholt werden mußte. Er hatte sich im tiefen Pulverschnee einen komplizierten Oberschenkelbruch zugezogen.

WETTER: Heiter

Wetterlage: Hoher Druck bestimmt das Wetter in Deutschland.



Vorherige für Donnerstag und ganz Deutschland:
In den Frühstunden gebietsweise neblig, sonst heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Nachmittags Temperaturen zwischen 5 und 9 Grad. Nachts meist wolkenlos und Abkühlung auf plus bis minus 4 Grad, dabei streckenweise Beifälle auf den Straßen. Schwacher Wind um Südost.

Weitere Ausblicke für Freitag:
Von Westen her wolkiger und milder.

| Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr: | | | |
|-----------------------------------|-----|------------|-----|
| Berlin | 1° | Kairo | 21° |
| Bonn | 2° | Köpenh. | 2° |
| Dresden | 2° | Las Palmas | 17° |
| Essen | 2° | London | 5° |
| Frankfurt | 3° | Madrid | 12° |
| Hamburg | 3° | Malland | 10° |
| List/Sylt | 1° | Mallorca | 13° |
| München | 0° | Moskau | -7° |
| Stuttgart | 0° | Nizza | 15° |
| Alger | 15° | Oslo | -1° |
| Amsterdam | 5° | Paris | 6° |
| Athen | 14° | Prag | -1° |
| Barcelona | 12° | Rom | 12° |
| Brüssel | 4° | Stockholm | 12° |
| Budapest | 7° | Tel Aviv | 17° |
| Bukarest | 0° | Tunis | 9° |
| Helsinki | -5° | Wien | 3° |
| Istanbul | 7° | Zürich | 2° |

Sonnenaufgang am Freitag: 7.02 Uhr. Untergang: 18.07 Uhr. Wendeaufgang: - Uhr. Untergang: 18.29 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Touristen zwischen den Fronten des Taxikrieges

Vor allem deutsche Urlauber leiden unter Streit in Malaga

GEORG BAUER, Hamburg
Bis ins Detail hatten die drei älteren Damen aus Oldenburg ihren diesjährigen „Winter“-Urlaub im sonnigen Süd-Spanien vorbereitet. Selbst einen Taxifahrer aus dem kleinen Küstenort Torre del Mar, einen ihnen aus früheren Urlaubstagen bekannten und seriösen Mann, hatten sie zum Flughafen nach Malaga bestellt, um sich in aller Ruhe in die Stadt fahren zu lassen. Doch kaum hatten die Rentnerinnen ihre Füße auf spanischen Boden gesetzt, konnte von Ruhe keine Rede mehr sein. Zwar wartete der bestellte Wagen auf die Damen, doch einsteigen durften sie nicht. Raussteigen durften sie nicht. Raussteigen durften sie nicht. Raussteigen durften sie nicht.

„Nehmen Sie ein Taxi des Syndikats“, entnahmen die Deutschen, des Spanischen unkundig, den energischen Gesten von Fahrern und Polizisten. Unter Protest fügte sich das weibliche Trio schließlich. Seit Wochen tobt am Flughafen von Malaga der Kampf um die Kundschaf. Den Mitgliedern des Syndikats, in ihrem Vorgehen offenbar von der Polizei gedeckt, scheint jedes Mittel recht. Fahrgäste werden unter den Augen der Ordnungshüter aus ortsfremden Taxen geholt, Kollegen handgreiflich bedroht, Reifen aufgeschlitzt. Eifersüchtig hüten die Malagenses ihre Prinzipien, insbesondere die lukrativen Standplätze am Flughafen, und achten darauf, daß aus der Provinz bestellte Chauffeure mit leeren Wagen die Heimfahrt antreten.

Der Grund der Auseinandersetzung beruht auf einer unklaren Rechtslage: Während die Taxifahrer der Hafenstadt behaupten, nur sie dürften im internationalen Stadtgebiet Fahrgäste aufnehmen, legen die „Provinzier“ diesen Passus ganz anders aus.

Daß es zu dem Taxi-Krieg in Malaga überhaupt kam, haben sich die Hafenstädter allerdings selbst zuzuschreiben. Ihr rüdes Benehmen gegenüber den Kunden ließ erfahrenen Urlauber, die seit Jahren in der Nähe von Malaga überwinteren, auf Chauffeure aus der Provinz zurückgreifen. „Wir kennen die Leute und wissen, daß sie uns nicht übers Ohr hauen wollen“, weiß der Hamburger Ulrich Baum.

Wie andere Rentner erlebte auch er, daß die Taxifahrer aus der Hafenstadt trotz eines festen Tarifs zum Teil bis zu 80 Prozent überhöhte Gebühren verlangten. Noch Unversöhnlicher forderten, wenn sie Fahrgäste mit dem gleichen Ziel aufnehmen, von jedem einzelnen den vollen Preis. Touristen, die sich weigerten zu zahlen, wurden gedroht, ihr Gepäck wegzufahren.

Gemeinsam mit Freunden machte Spanien-Fan Baum nun den spanischen Minister für Tourismus in einem Schreiben auf die Zustände am Flughafen aufmerksam. Außerdem schaltete er das Konsulat der Bundesrepublik Deutschland in Malaga ein, das die Beschwerde „den zuständigen spanischen Stellen“ vortrug. Das Problem sei bekannt, so hieß es da, eine Lösung in Vorbereitung. In dem Antwortschreiben des Konsulats an den Rentner wurde ein Pressebericht mitgeliefert, aus dem hervorging, daß eine glückliche Regelung zwischen den motorisierten Streithähnen gefunden worden sei. Eine vorläufige Meldung. Zwei weitere Termine, zu denen sich die Betroffenen an einen Tisch setzen wollten, sind ebenfalls ungenutzt verstrichen.

Rentner Baum bereit seine Initiative, die den Stein ins Rollen gebracht hat, unterdessen sehr. Er leidet in seiner spanischen Ferienwohnung unter Telefonterror, und das Syndikat machte dunkle Andeutungen, gegen ihn vorzugehen, wenn er sich nicht entschuldige.

Der Blick vom Zuckerhut endet im Trüben

Strand und Wasser vor Rio werden immer schmutziger

W. THOMAS, Rio de Janeiro
Die Umweltschutzbehörde des Staates Rio de Janeiro hatte kurz vor dem Karneval schlechte Nachrichten: Die Strände am Zuckerhut werden immer schmutziger. Die Abwässer der zu schnell wachsenden Stadt, die bereits mehr als sechs Millionen Einwohner zählt, lassen auch die vornehmsten Küstenstreifen in Ipanema und Leblon zur Kloake verkommen - bedrohlich für die Gesundheit.

Allerdings, der Sandgürtel um Rio ist überlaufen wie immer. Nur wenige „Cariocas“ wollen die Warnungen ernst nehmen. „Ich könnte mir nichts Traurigeres vorstellen als Rio ohne Strände“, sagte Kenney Neob, das „Garota de Ipanema“-Miss Ipanema - dieses Jahres Rio ohne Strände, das wäre wie Berlin ohne Kurfürstendamm oder München ohne Schwabing.

Hier, zwischen Flamengo und Ipanema, schlägt das Herz dieser Bilderbuchmetropole. Von morgens bis abends pilgern leicht bekleidete, goldbraun gebrannte Menschen mit Handtüchern und Strohmatten bewaffnet in Richtung Meer. An Wochenenden gleicht der Pilgerzug einer Völkerwanderung.

An der „Praia“, dem Strand, wird gesonnt, geflürt, gespielt, gelesen, gegessen, geschlafen und getanzt. Wenn es dunkel wird, huldigen in weiße Gewänder gehüllte Negerinnen dem Umbanda-Kult. Auch Präsident Joao Baptista Figueiredo, ein sportlicher General, zieht bei seinen Besuchen in Rio die Badehose an. Er läßt sich gern dort sehen, wo jeder gesehen werden will, der etwas auf sich hält: in Ipanema. Der Stadtteil Copacabana ist längst nicht mehr die beste Gegend.

Am Strand von Ipanema sind die Wohnungen heute teurer als in New Yorks fünfter Avenue. Drei-Zimmer-Appartements in Beverly Hills, dem exklusivsten Viertel, kosten eine Million Dollar und mehr.

Jeder Straßenblock hat ein bestimmtes Publikum. Am „Posto“, einem Beobachtungsstand der Lebensretter, versammelt sich gewöhnlich das Film- und Fernsehvolk. Schauspielern, Produzenten, Regisseuren. Nebenbei, in Höhe der Rua Vinicius de Moraes, nach dem vor drei Jahren verstorbenen Bossa-Nova-Idol benannt, campieren 70 Musiker, Maler und Bohème-Typen. Die Gegend um das Café „Barril 1800“ gehört den Männern, die gern „unter Männern“ weilen. Die längst gesellschaftsfähig gewordenen „Viados“ schätzen genauso knappe Textilien wie die Frauen.

In dieser Saison sind die Tangas noch um einige Millimeter schmaler. Königsblau und kleine gelbe Blümchen sind die große Mode. Oben ohne hat sich nie durchgesetzt. Europäerinnen wollen einmal diese Sitten nach Ipanema importieren. Sie wurden von den Gigolos mit Sand beworfen.

Antonio Carlos Jobim, der mit Vinicius de Moraes vor 20 Jahren einer Schönheit aus Ipanema einen musikalischen Weiterfolg gewidmet hat, glaubt, daß die heutige Garota-Generation noch attraktiver ist als die damalige. Sie ist auch intelligenter. Kenney Neob (20), die kürzlich von der städtischen Tourismusbehörde gekürte „Miss Ipanema“, möchte einmal Psychologie studieren. Der Lieblingsautor dieser hellen Dame heißt Sigmund Freud.

Jobim bedauert: „Die Mädchen werden immer besser und ich immer älter.“ Der Bossa-Nova-Bande erreichte mittlerweile das 55. Lebensjahr. Sein Urteil über die Frauen gilt jedoch nicht für die Strände. Er registrierte bereits vor der Umweltschutzbehörde alarmierende Zeichen. Längst hat er ein Lied geschrieben, in dem er den Lärm, den Schmutz und das Gedränge der einst so paradiesischen Praia beklagt.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. „Orientierungen“ bringt in Heft 14 unter anderem Beiträge zur Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft und zum ökonomischen Staatsversagen sowie eine Untersuchung über Subventionen und Sparrmöglichkeiten für öffentliche Haus-

halte. Oswald von Nell-Breuning beschreibt die Notwendigkeit einer souveränen Unternehmensführung in gleichwertiger Verantwortung vor Kapital und Arbeit. Die Marktwirtschaft in Japan und einige Gesundheitssysteme des Auslandes werden vorgestellt. Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? -

Bitte schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1

Handwritten signature or text at the bottom of the page.